

Pakistan: Jiand Baloch ist wieder frei – die BelutschInnen nicht!

Liga für die Fünfte Internationale, Infomail 1065, 17. August 2019

Am 2. August konnten wir die Freilassung des Studentenführers der Baloch Students Organization (BSO) Jiand Baloch feiern, die auf der Facebookseite der BSO bekanntgegeben wurde (<https://www.facebook.com/bsol967/>). Jiand „verschwand“ am 30. November 2018. Einige Tage später „verschwanden“ drei weitere Genossen der BSO, Zareef Rind, Changez Baloch und Aurangzaib Baloch. Während letztere am 5. Januar wieder freigelassen wurden, mussten all jene, die Jiand und seinen Idealen nahestehen, für weitere sieben Monate um sein Leben fürchten.

Die Entführung oder das so genannte „Verschwinden“ von BelutschInnen wie Jiand ist eine gängige Praxis gegen politische AktivistInnen und Angehörige unterdrückter, nationaler Minderheiten in Pakistan. Es trifft die Bevölkerung Belutschistans, Pakistans südwestliche Provinz, besonders hart. Geschätzte 20.000 Menschen sind seit den 1990ern verschwunden. Viele wurden nie wieder gesehen nur als geschundene Leichnahme, die am Straßenrand abgeworfen wurden. Der pakistanische Zentralstaat und die KapitalistInnenklasse, die vor allem im Punjab und in Karachi angesiedelt ist,

verfolgen seit jeher eine Agenda der inneren Kolonisierung gegenüber den anderen drei Provinzen und weiteren Regionen wie Gilgit-Baltistan. Das belutschische Volk ist am stärksten betroffen, da die Region reich an Ressourcen und von geostrategischer Bedeutung ist, jedoch nur wenige ihrer BürgerInnen in der Position sind, sich der Ausbeutung durch inländisches und internationales Kapital entgegenzustellen. Die brutale Unterdrückung jeglichen Widerstandes hat immer wieder zur Bildung von Guerilla-Kräften geführt. In Reaktion auf eine Wiederbelebung der Guerilla-Bewegung 2018 hat der Staat mit voller Gewalt jedwede Form von Opposition unterdrückt.

Die Liga für die Fünfte Internationale und REVOLUTION standen auf der Seite der belutschischen studentischen AktivistInnen und warben international für ihre unmittelbare und sichere Freilassung. Wir haben das getan, weil wir davon überzeugt sind, dass nur durch die Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung unterdrückter Völker ein gemeinsamer Kampf gegen den Kapitalismus entstehen kann. Nur durch die Solidarität mit der unterdrückten „Peripherie“ – sei es in Kashmir, Palästina oder Belutschistan – können die ArbeiterInnen in den Metropolen eine Einheitsfront gegen die Unterdrückung und die gemeinsame Ausbeutung mit ihren Brüdern und Schwestern schaffen.

Wir möchten all jenen Menschen, AktivistInnen und Organisationen, danken, die ihre Stimme in Solidarität mit Jiand Baloch und der BS0 erhoben haben. Es waren eure Anstrengungen, die das Leben eines Genossen gerettet haben. Anstatt die BS0 zu zerstören, hat die staatliche Repression nun zu ihrer größeren Bekanntheit geführt. Neue Schichten der Gesellschaft wurden über die demokratischen und sozialistischen Ziele der jungen belutschischen AtivistInnen aufgeklärt. Wir glauben, dass genau das der Weg ist, wie internationale Solidarität aussehen kann und der Aufbau einer sozialistischen ArbeiterInnen- und Jugendbewegung vorangebracht werden kann. Sie werden nicht durch passives Abwarten auf eine bessere Zukunft entstehen. Sie entstehen durch das mutige und bewusste Eingreifen von SozialistInnen in Kämpfe, wie jenes des belutschischen Volkes für Freiheit.

In diesem Sinn möchten wir nicht nur jenen danken, die Jiand unterstützt haben, sondern alle daran erinnern, dass auch heute noch tausende BelutschInnen vermisst werden. Die Provinz steht immer noch faktisch unter Militärherrschaft. Demokratische Rechte bestehen allenfalls auf dem Papier. Wir möchten euch daher darum bitten, auch in Zukunft eure Stimme zu erheben. Die Linke und ArbeiterInnenorganisationen in Pakistan und international müssen sowohl politische als auch materielle Unterstützung für

den Aufbau einer sozialistischen Jugend- und ArbeiterInnenbewegung in Belutschistan leisten.

Solidarität mit dem Kampf der Bevölkerung von Jammu und Kaschmir

Erklärung der [Revolutionary Socialist Movement](#), Pakistan, 10. August 2019, Infomail 1064, 11. August 2019

Am 5. August präsentierte Amit Shah, Indiens Innenminister und gleichzeitig Präsident der regierenden Bharatiya Janata Party (Indische Volkspartei, BJP), im Rajya Sabha (Staatenversammlung; zweite Kammer), dem Oberhaus des indischen Parlaments, einen Präsidentenbefehl zur Aufhebung von Artikel 370, einer Verfassungsbestimmung, die dem Staat Jammu und Kaschmir einen Sonderstatus einräumte. Nach einer kurzen Debatte wurde die Resolution im Oberhaus mit einer Mehrheit von 125 Stimmen gegen 61 angenommen.

Aufhebung von Artikel 370

Im Unterhaus (Lok Sabha; Volksversammlung; erste Kammer) wurde der Beschluss mit einer Mehrheit von 367 Stimmen gegen 67 Stimmen gefasst. Artikel 370 gab der gesetzgebenden Versammlung Jammus und Kaschmirs die Befugnis, eigene Gesetze in allen Bereichen zu erlassen, mit Ausnahme von Fragen der Außenpolitik, der Verteidigung und der Kommunikation, die bei Delhi blieben. Außerdem hatte der Staat Jammu und Kaschmir das Recht auf eine eigene Verfassung und eine eigene Flagge. Diese Verfassungsbestimmungen verpflichteten den indischen Staat, diese Bestimmungen nicht ohne die volle Zustimmung beider Seiten zu ändern.

Mit der Aufhebung von Artikel 370 wurde all dies jedoch beendet. Der Staat Jammu und Kaschmir wurde seines Status der begrenzten Autonomie innerhalb Indiens beraubt. Die von der BJP ausgearbeitete Resolution schlägt ferner vor, den Staat in zwei Unionsterritorien aufzuteilen: erstens Jammu und Kaschmir und zweitens Ladakh. Das bedeutet, dass die erstere ihre eigene gesetzgebende Versammlung beibehalten und die indische Zentralregierung einen

(weisungsgebundenen) Gouverneurstatthalter ernennen wird, während Ladakh direkt von Delhi aus regiert wird, d. h. es wird dort keine eigene gesetzgebende Versammlung geben.

Darüber hinaus wurde unter der Präsidialverordnung auch Artikel 35-A aufgehoben. Diese Verfassungsbestimmung erlaubte es der Legislative des Staates Jammu und Kaschmir zu definieren, wer die ständigen BewohnerInnen des Staates sind, d. h. seine BürgerInnen. Dies war ein Gesetz aus der Zeit der Maharadscha-Herrschaft vor 1947, nach dem einE Nicht-Kaschmiri nicht in den Genuss der Bestimmungen für den Kauf von Land in Kaschmir und den Eintritt in den Staatsdienst kommen konnte (Maharadscha: großer Herrscher/Fürst/König). Nun, da Kaschmir keine eigene Verfassung mehr haben wird, muss es sich wie jeder andere Staat an die indische Verfassung halten. Das bedeutet auch, dass alle indischen Gesetze automatisch auf Kaschmiris anwendbar sind und Menschen von außerhalb des Staates dort Immobilien kaufen können. Kurz gesagt, der Staat Jammu und Kaschmir wurde zu einem Teil Indiens gemacht, indem man ihm seinen Sonderstatus entzogen hat.

Bereits viele Tage vor der Aufhebung von Artikel 370 war eine Situation ähnlich einem

Ausnahmezustand geschaffen worden, in der alle Nichtansässigen, TouristInnen, StudentInnen und ArbeitsmigrantInnen in Kaschmir zur Ausreise gezwungen wurden.

In einer der ohnehin schon am stärksten militarisierten Zonen der Welt wurde der Einsatz von Truppen erhöht. Die örtliche Polizei wurde aller Autorität beraubt und entwaffnet, während alle Bildungseinrichtungen geschlossen und die BewohnerInnen von Jugendherbergen vertrieben wurden. Darüber hinaus wurden Internet-, Mobilfunk- und sogar Festnetztelefondienste eingestellt. Außerdem wurde sogar die kaschmirische Führung im Dienste der indischen Staatsinteressen unter Hausarrest gestellt, während die Führung der FreiheitskämpferInnen hinter Gittern landete. Mehr als 500 Menschen sitzen in Haft, und es gab Berichte, dass 50 DemonstrantInnenen getötet wurden, als sie versuchten, zu mobilisieren und der Ausgangssperre zu trotzen.

In dieser Situation kursieren alle möglichen Gerüchte, die eine Atmosphäre von Angst und Chaos erzeugen.

Hindutva-Politik

All dies geschieht natürlich im Rahmen der Hindutva-Politik von

Narendra Modi. Hindutva ist das neue Gesicht des indischen Kapitals, das versucht, sich China als Wirtschafts- und Militärmacht anzugleichen. Die Modi-Regierung will die Kriegshysterie fördern, damit einerseits jeder Widerstand und jede Meinungsverschiedenheit im Namen des Vorwurfs der „Feindschaft gegenüber Indien“ zerschlagen werden kann. Andererseits zielen solche Maßnahmen darauf ab, indischen KapitalanlegerInnen die Möglichkeit zu geben, Kaschmir auszubeuten und zu plündern. Sofort nachdem Kaschmir seines Sonderstatus beraubt wurde, hat die KapitalistInnenklasse auf beiden Seiten der Grenze Gefühle von Hass und Kriegshysterie verbreitet.

Auf der einen Seite der Grenze wird die aktuelle Entwicklung als Sieg für die Modi-Regierung wahrgenommen. In Pakistan hingegen sieht die KapitalistInnenklasse, die mit einer schweren Wirtschaftskrise konfrontiert ist, ihren einzigen Ausweg ebenfalls im Schüren von Kriegshysterie. Die aktuelle Entwicklung hat die beiden Atommächte in Konfliktstellung gebracht. Sollte jedoch tatsächlich ein Krieg stattfinden, würde der größte Preis dafür von der einfachen Bevölkerung getragen werden, insbesondere von Kaschmiris, die seit 70 Jahren die Hauptlast der Politik der beiden Länder getragen haben.

Dennoch hat die aktuelle Situation auch die Chancen für einen neuen Kampf geschaffen. Dieser neue Kampf würde einerseits der barbarischen Besetzung kaschmirischer Länder und der Massaker durch Indien entgegenstehen und andererseits auch die Rolle des pakistanischen Staates, der seine eigene Hegemonie in der Region haben will, in Verbindung mit der Politik des pakistanischen Staates in seinen besetzten Gebieten, den so genannten Asad Kaschmir (teilautonomes pakistanisches Gebiet) und Gilgit-Baltistan (Nordregion; pakistanisches Sonderterritorium unter Bundesverwaltung), die die Region in zwei Teile zerrissen hat, deutlich machen.

Fragen neuer neuen Bewegung

Es ist sehr wahrscheinlich, dass zum jetzigen Zeitpunkt eine neue Bewegung entstehen wird, die die Selbstbestimmung Kaschmirs zum Ziel hat und alle Nationen im Staat Jammu und Kaschmir zu einer Unabhängigkeitsbewegung zusammenführt. In diesem Zusammenhang sind einige Dinge zu berücksichtigen, sollte eine solche Bewegung ausbrechen. Die Grundlage dieser Bewegung muss dringend säkular sein, um die Spaltungen zu überwinden, die durch hinduistische versus

muslimische politische
Ideologien hervorgerufen werden, und zweitens sollte die
Bewegung keine
Illusionen in irgendeinen der umliegenden Staaten oder in die
imperialistischen
Mächte wie die USA oder China haben. Alle diese Mächte hegen
ihre eigenen
egoistischen Interessen und jede Zusammenarbeit mit ihnen im
Namen der Lösung
des Konflikts in Kaschmir kann verheerende Folgen für die
dortige Bevölkerung
haben.

Die Vereinten
Nationen sind in Wirklichkeit auch eine Institution, die über
ihren
Sicherheitsrat stets die imperialistischen Interessen schützt,
wo immer diese
DiebInnen sich einigen können. Andernfalls ist dieses Gremium
gelähmt und tut
nichts. Das kaschmirische Volk ist sich bewusst, dass die UNO
in den letzten 72
Jahren der Besetzung und Teilung des Landes durch Indien und
Pakistan praktisch
akzeptiert hat, anstatt den Konflikt zu lösen und ein
Referendum abzuhalten,
wie 1948 versprochen wurde. Stattdessen müssen die Bewegung
und ihre Führung
direkt an die Massen der ArbeiterInnenklasse in Indien und
Pakistan appellieren,
sich für Klassenolidarität einzusetzen.

Im Gegensatz zu
dem, was in den pakistanischen Mainstream-Medien präsentiert
wird, genießt die

Hindutva-Ideologie nicht in allen Bereichen der indischen Gesellschaft

Anerkennung. Stattdessen haben sich Organisationen von StudentInnen, Frauen und ArbeiterInnen gegen diese Politik der BJP-geführten Regierung gestellt. Anstatt das Recht auf Selbstbestimmung für Kaschmir und den Abzug der indischen Truppen aus dem Staat zu fordern, haben sich die Hauptströmungen der indischen Linken weitgehend gegen die Aufhebung von Artikel 370 ausgesprochen, weil sie die Entwicklung als Bedrohung für die indische Verfassung und den Säkularismus sehen.

Anstatt sich der indischen Besatzung und Kolonisierung der Region als Verletzung des Grundsatzes des Rechts auf Selbstbestimmung zu widersetzen, verteidigt die Linke de facto diese Kolonisierung, indem sie sich auf Kaschmir als einen integralen Bestandteil des indischen Staates bezieht. Und das, obwohl die indischen Streitkräfte seit Jahrzehnten die schlimmsten Gräueltaten gegen das kaschmirische Volk verüben, lange bevor Artikel 370 widerrufen wurde.

In den von Indien besetzten Gebieten Jammu und Kaschmir sind durch die Auferlegung einer Gouverneursherrschaft durch Narendra Modi trotz Medienberichterstattungsverbot

und Ausgangssperre Proteste junger Menschen ausgebrochen.
Einige
DemonstrantInnen wurden getötet und jede Art von
demokratischer Aktivität wird
durch den Einsatz von nackter Gewalt und Angst unterdrückt.
Die Zahl der Proteste
wird in den nächsten Tagen wahrscheinlich zunehmen und der
indische Staat wird
jede erdenkliche Methode anwenden, um die Bewegung zu
zerschlagen. Wir haben in
der Vergangenheit gesehen, wie Delhi zu Massenverhaftungen,
Folter, Massakern
und Vergewaltigungen gegriffen hat, um viele Arten von Kämpfen
zu zerschlagen.
Die kaschmirische Bewegung muss auf solche Repressionen
vorbereitet sein und
sich bewaffnen, um die Bewegung gegen militärische Barbarei
und Unterdrückung
zu verteidigen.

Alle wirklich
demokratischen und arbeitenden Kräfte müssen verlangen:

- Das Ende der Besetzung des Staates Jammu und Kaschmir!
- Den Abzug aller Streitkräfte der Teilungsmächte,
einschließlich der paramilitärischen Polizei, aus dieser
Region.
- Freilassung aller politischen Gefangenen und
inhaftierten DemonstrantInnen.

- Aufhebung aller Beschränkungen der demokratischen Freiheiten wie der Versammlung, der Medien usw.
- Anerkennung des souveränen Status von vor 1947 für ganz Jammu und Kaschmir.

Die Bildung von Nachbarschafts- und Betriebskomitees ist eine wichtige Aufgabe, sowohl um den Widerstand zu mobilisieren als auch, sobald die Bedingungen es zulassen, um Wahlen zu einer souveränen verfassunggebenden Versammlung durchzuführen, die über die Zukunft des Staates Jammu und Kaschmir nach den Wünschen der Bevölkerung der Region entscheiden soll. Darüber hinaus muss der Kampf für ein sozialistisches Kaschmir Teil eines Kampfes für ein sozialistisches Südasien werden. Auf dem Weg zu diesem Ziel ist es die Pflicht und im Interesse aller unterdrückten Nationen und der ArbeiterInnenklasse, in voller Solidarität mit dem Kampf für die Freiheit Kaschmirs zu stehen. Hier ist die Rolle der indischen ArbeiterInnenklasse, die im Januar einen 150 Millionen starken eintägigen Generalstreik durchgeführt hat, entscheidend.

Klimacamp Leipzig – Antiimperialismus unerwünscht!

Martin Suchanek, Infomail 1064, 11. August 2019

Die drohende Zerstörung der natürlichen Grundlagen menschlicher Existenz hat in den letzten Jahren in vielen Ländern zur Entstehung einer neuen Umweltbewegung geführt. Hunderttausende beteiligten sich an Fridays for Future, Zehntausende mobilisieren gegen die Braunkohleverstromung. In den vom Imperialismus beherrschten Ländern wehren sich Lohnabhängige, Bauern/BäuerInnen und Indigene gegen die fortgesetzte, ja beschleunigte Ausplünderung und Verwüstung ganzer Regionen.

Tausende nehmen auch an den Klimacamps oder bei Fridays for Future teil, um über die strategische Orientierung der Bewegung zu diskutieren.

So weit so gut.

Internationalismus?

Die Gruppe ArbeiterInnenmacht hatte Anfang Juni einen Workshop mit dem Titel „Capitalism kills – Imperialismus, Konkurrenz und die Zerstörung von Mensch und Natur“ angemeldet. Dieser war von der Programmgruppe des Klimacamps in den

Veranstaltungskatalog aufgenommen worden und sollte am Freitag, dem 9. August, stattfinden. Bei der Einreichung des Workshops hatten wir auch immer klargemacht, dass der Referent Chris Kramer für die Gruppe ArbeiterInnenmacht spricht und dem Workshop die jüngst erschienene [Broschüre unserer Organisation](#) zugrunde liegt.

Umso erstaunter waren wir, als unsere GenossInnen am Morgen des 9. August über einen Aushang am Camp erfahren mussten, dass der Workshop abgesagt sei. Eine direkte Begründung per Mail oder Telefon – beides hatte die Vorbereitungsgruppe des Klimacamps seit Wochen (!) – kam uns erst gar nicht zu.

Am Camp gelang es uns wenigstens noch, vor dem geplanten Beginn der Veranstaltung verantwortliche SprecherInnen der Programmgruppe zu erreichen und von diesen eine mündliche Begründung ihres Vorgehens zu erhalten.

Als politische Gründe wurden uns dabei genannt:

- Antizionismus und Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf, für die ArbeiterInnenmacht einsteht. Dieser „Vorwurf“ wurde über unsere Zusammenarbeit mit der BDS-Kampagne „untermauert“ und mit nicht näher definierten „Erfahrungen“ mit REVOLUTION Leipzig. Antizionismus und letztlich auch Internationalismus, so wurde einfach behauptet, seien eben „antisemitisch“ wie auch eine „einseitige“ Haltung der Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung im Kampf gegen seine Unterdrückung.

- Das Klimacamp stünde für einen „neuen“ Antikapitalismus jenseits der „Dogmatik“ der „personalisierenden“ Kritik der „traditionellen“ marxistischen und linken Gruppierungen.
- Das Camp sei undogmatisch und sollte kein Tummelplatz für „orthodoxe“ marxistische Gruppierungen sein, sondern vielmehr den Kapitalismus als „System“, als Sachzwang und fetischisierende Form jenseits personalisierter Subjekte wie „KapitalistInnenklasse“ und „ArbeiterInnenklasse“, unterdrückter und unterdrückender Nationen etc. begreifen. Nicht nur der „einseitige“ Bezug auf die ArbeiterInnenklasse, sondern auch die Unterstützung von nationalen Befreiungsbewegungen sollten keinen Platz haben.
- Es sei ein „breiter Konsens“, dass Veranstaltungen internationalistischer und „orthodox“-marxistischer Gruppierungen auf dem Camp und beim angeblichen „neuen“ Antikapitalismus nichts zu suchen hätten.

Ganz offenkundig machten sich die Programmgruppe oder jedenfalls deren VertreterInnen uns gegenüber eine Reihe von „Standardargumenten“ der sog. Anti-Deutschen zu eigen.

Auf unsere Nachfragen, wo denn der „breite Konsens“ bezüglich der politischen Ausrichtung des Camps transparent und nachvollziehbar präsentiert würde, mussten auch die VertreterInnen der Programmgruppe zugestehen, dass das nicht so klargemacht wäre.

Auf unsere Nachfragen, warum unsere „Unvereinbarkeit“ mit dem Camp – trotz „transparenter“ Einreichung – erst am Abend vor der Veranstaltung bemerkt worden sei, konnten wir nur lächerliche Ausreden erhalten wie, dass die Vorbereitungsgruppe sehr viel zu tun hätte, nicht alle gleich „bewusst“, also gleichmäßig anti-deutsch indoktriniert, an die Sache rangingen. Außerdem wäre es ein sehr „schwieriger Prozess“.

Außerdem wäre das Thema „hoch komplex“ – wie überhaupt alles andere, wozu die Vorbereitungsgruppe nicht rasch oder einheitlich reagierte. Das Wörtchen „komplex“ wurde uns überhaupt wie ein Zauberwort um die Ohren geschlagen, wenn wir um eine konkrete Erklärung fragen oder z. B. wissen wollten, ob die Politik der Regierung Netanjahu rassistisch sei. Statt eines klaren Ja oder Nein wurden wir auf die „Komplexität der Situation“ verwiesen. Dabei muss man wohl kein politisches Genie sein, um den Rassismus der israelischen Regierungspolitik zu erkennen. Umso bemerkenswerter, dass die Gleichsetzung von Antizionismus mit Antisemitismus, das einfache Nachplappern der israelischen wie auch bundesdeutschen Staatsdoktrin diesen Freunden und Freundinnen der „Komplexität“ keine weiteren Schwierigkeiten bereitet!

Klartext

Das Verbot des Workshops der Gruppe ArbeiterInnenmacht durch die Programmgruppe und OrganisatorInnen des Camps verlief intransparent, bürokratisch und unter Missachtung jeder demokratischen Form.

Uns wurde eine öffentliche Stellungnahme auf dem Camp – z. B. auf dem Plenum verwehrt, ja diese wurde erst gar nicht „erwogen“.

Die TeilnehmerInnen des Camps sollten darüber auch nicht diskutieren dürfen, ob sie die Position der Programmgruppe teilen oder nicht.

Unser Ausschluss wurde auf eine bürokratisch-autoritäre Weise vollzogen, wie sie selbst in den Hochzeiten der stalinistischen oder sozialdemokratischen Dominanz über linke oder soziale Bewegungen selten vorkam.

Deren Führungen waren wenigstens formal-demokratisch, wenn auch im Rahmen einer bürokratischen Struktur, legitimiert. Die politische Führung des Klimacamps stellt hingegen eine vollkommen abgehobene Clique dar, die „Basisdemokratie“ spielt.

Ein Blick in das Programm des Camps, auf die Webseite oder auf die öffentlichen Verlautbarungen lässt die Veranstaltung als strömungsübergreifendes Diskussionsforum erscheinen. Die bis zur kurzfristigen

Absage unseres Workshops

problemlose Kommunikation und Aufnahme unserer Veranstaltung
erweckten

auch bei uns den Eindruck, dass eine offene, transparente und
auch kontroverse

Diskussion unter Linken gewünscht wurde.

Wir können nur darüber spekulieren, ob es bezüglich unserer
„Zulassung“ unterschiedliche Positionen in der
Vorbereitungsgruppe gab oder ob
diejenigen, die mit uns sprachen, wirklich eine gemeinsame
Auffassung

vertraten. Im Endeffekt ist das auch nicht wichtig, weil die
politische

Position der anti-deutschen, anti-internationalistischen
Kräfte offenkundig so

stark war, dass die Absage des Workshops einer marxistischen
Organisation

durchgezogen wurde und die anti-deutschen DoktrinärInnen ihren
Willen

durchsetzen konnten. Auch wenn wir eine Veränderung der
politischen

Kräfteverhältnisse in der Vorbereitungs- und Programmgruppe
begrüßen würden, so

haben wir wenig bis keine Hoffnung darin. Und ganz sicher wird
diese Änderung

nicht stattfinden ohne den Aufbau eines
internationalistischen,

antirassistischen und klassenkämpferischen Pols in der
Umweltbewegung.

Die Bedeutung der Absage des Workshops der Gruppe

ArbeiterInnenmacht liegt nicht nur darin, dass eine Gruppe
ausgegrenzt und

mundtot gemacht werden soll, für die internationalistische

Arbeit,
Klassenpolitik und der Kampf für den Aufbau einer
revolutionären Partei und
Internationale seit Jahren Schwerpunkte ihrer Politik
darstellen. Was am 9.
August uns betraf, betrifft auch alle anderen Gruppierungen und
Strömungen, die,
trotz aller auch tiefgehender politischer Differenzen, einen
ähnlichen Anspruch
haben.

Die explizite Ausgrenzung von Antizionismus und Solidarität
mit Befreiungsbewegungen konterkariert vollständig die an sich
zu begrüßende
Ausrichtung des Camps auf den Zusammenhang zwischen
Umweltzerstörung, Rassismus
und Antikolonialismus. Was nützt das freilich, wenn der
Befreiungskampf der
PalästinenserInnen, eine der wichtigsten konkreten Formen des
anti-imperialistischen und anti-kolonialen Kampfes, ignoriert
oder gar bekämpft
wird. Ein solcher „Antirassismus“ und „Antikolonialismus“
verkommt zur Lüge. Er
dient allenfalls zur Verwirrung und zur Rechtfertigung der
konkreten
imperialistischen Politik.

Nicht besser ist es um die falsche Entgegenstellung von
„Systemkritik“ am Kapitalismus und Klassenpolitik bestellt.
Wie jede
ausbeutende Gesellschaftsformation ist natürlich auch die
bürgerliche Gesellschaft
durch einen grundlegenden Klassenwiderspruch gekennzeichnet.
Die Tatsache, dass
sich die Logik der Kapitalakkumulation auch gegenüber

einzelnen KapitalistInnen
als Zwangsgesetze der Konkurrenz geltend macht, ändert
überhaupt nichts daran,
dass sich in der bürgerlichen Gesellschaft Lohnarbeit und
Kapital als
antagonistische Klassen gegenüberstehen. Revolutionär ist nur
eine Politik, die
auf die Formierung der ArbeiterInnenklasse als „Klasse für
sich“ zielt, ihr
Bewusstsein und ihre Selbstorganisation vorantreibt und auf
alle
gesellschaftlichen Fragen eine sozialistische, eine
proletarische Antwort zu
geben vermag. Nur durch die internationale ArbeiterInnenklasse
kann eine neue,
sozialistische Gesellschaft überhaupt geschaffen werden, die
die Bourgeoisie stürzt,
die bürgerlichen Staatsapparate zerschlägt und durch eine
Rätedemokratie und
demokratische Planwirtschaft ersetzt. Die Formierung eines
proletarischen
Klassensubjekts stellt eine unerlässliche Voraussetzung für
die revolutionären
Überwindung von Ausbeutung, Unterdrückung und Zerstörung der
Umwelt dar. Wer
dem Kampf für die Herausbildung eines kollektiven
Klassensubjekts, das
notwendigerweise die Macht einer feindlichen, herrschenden
Personengruppe – der
KapitalistInnenklasse – brechen muss, abstrakter
„Systemkritik“ entgegenstellt,
muss unwillkürlich die Formierung der ArbeiterInnenklasse von
einer Klasse an sich zu einer
Klasse für sich ablehnen und ideologisch und realpolitisch
bekämpfen.

Das steckt auch politisch hinter dem Verbot unseres Workshops: das Verhindern der Veranstaltung einer Organisation, die für Internationalismus und revolutionäre Klassenpolitik steht. Die gegen die Gruppe ArbeiterInnenmacht vorgebrachten Einwände stellen demagogische, längst entkräftete Lügen dar, wie ein Lesen unserer Publikationen leicht zeigt.

Wir wollen an dieser Stelle noch einmal die an unseren Positionen interessierten Klima-AktivistInnen auf unsere Broschüre [„Capitalism Kills“](#) verweisen. Wir veröffentlichen außerdem auch das [Manuskript unseres Workshop-Beitrages](#), so dass unvoreingenommene GenossInnen nachlesen können, was von der Programm-Gruppe zensiert wurde.

Am 9. August konnte sie unseren Workshop absagen und verhindern – zum Schweigen bringen wird sie uns nicht.

Capitalism kills

Imperialismus, Kapitalismus und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen

Redemanuskript Gruppe ArbeiterInnenmacht, Infomail 1064, 11. August 2019

Im Folgenden veröffentlichen wir das Redemanuskript für den Workshop „Capitalism Kills“, der beim Klimacamp in Leipzig von den OrganisatorInnen verboten wurde. Zu den Hintergründen siehe: [Klimacamp Leipzig – Antiimperialismus unerwünscht](#)

Einleitung

Nachhaltigkeit, Umweltverträglichkeit, Klimaretterung – allgemein anerkannte Ziele/Fragen – damit z. T. so allgemein, dass sie kaum noch etwas auszusagen scheinen. Für „rasches Handeln“ ist (fast) jede/r, Nachhaltigkeit ist in aller Munde.

Problem sind klar: a) Übernutzung von Ressourcen (z. B. Überfischung, Raubbau an Boden...) und b) Überlastung von Senken (Verschmutzung, Müll, CO₂ = Atmosphäre als Senke).

So tagte das sog. Klimakabinett über über zwei „Modelle“ zur Rettung der Umwelt: CO₂-Steuer und Zertifikathandel

Außerdem soll der „ökologische Umbau“ der Gesellschaft vorangebracht werden.

Bemerkenswert ist: einerseits scheinbare Geschäftigkeit der Regierungen – bei manchen einfach auch nur Scheintätigkeit zur „Rettung der Umwelt“ – zugleich realer Rückschritt.

Im Folgenden wollen wir uns damit beschäftigen, woran das eigentlich liegt.

Als Hintergrund wollen wir dabei auf die von unserer Gruppe – Gruppe ArbeiterInnenmacht – erstellte Broschüre „Capitalism kills.“

Imperialismus, Kapitalismus und die Zerstörung von Mensch und Natur“

(<http://arbeiterinnenmacht.de/broschueren/capitalism-kills>)
verweisen, auf die sich die folgende Einleitung stützt.

Dabei werde ich auf folgende Punkte eingehen:

- Green Economy und die Probleme der bürgerlichen Umweltstrategie
- Kapitalismus und Umwelt
- Umweltparadoxon
- System des Umweltimperialismus
- Umwelt, Kapitalismus und die zentrale Bedeutung der Eigentumsfrage

Green Economy

Hierzu auch eine Reihe mehr oder weniger nebulöser Schlagwörter: Green Growth, Green New Deal, ... green ... bis zum Grünen Punkt. In unserer [Broschüre](#) schreiben wir dazu:

„Sie umschreiben die Vorstellung, dass die Grundlagen unserer Gesellschaft und Ökonomie – die kapitalistische Wirtschaftsordnung – weiter bestehen und ihre negativen

Umweltauswirkungen reduziert und/oder schließlich ganz überwunden werden könnten bei gleichzeitiger Beibehaltung des Wachstums, der kapitalistischen Akkumulation. Diese Konzepte sind heute im öffentlichen Umweltdiskurs vorherrschend. Sie werden nur selten hinterfragt, geschweige denn in Frage gestellt, sondern meistens als völlig selbstverständlich vorausgesetzt.“ (Seite 6)

Zur Lösung des „Umweltproblems“ werden in diesem Diskurs zwei zentrale Mittel angeführt:

a) Technische Umstellung

– damit auch vorherrschende Tendenz, die Umweltfrage als „Technologiefrage“ zu diskutieren, nicht als gesellschaftliche (was auch das Verhältnis der menschlichen Gesellschaft zur Natur voraussetzen würde)

b) „Vernünftiger Rahmen“, wo Umwelt, „sozialer Ausgleich“, Entwicklungspolitik im Rahmen eines „Sozialpaktes“ miteinander verbunden werden sollen, ...

Abgesehen wird dabei von der systemischen Logik des Kapitalismus wie auch von seiner historischen Genese. Gerade diese müssten jedoch in den Blick genommen werden.

Kapitalismus und Umwelt I

1. Kapitalismus ist historisch auf die Energieproduktion durch fossile Träger angewiesen. Warum? Fabrikssystem erfordert eine stabile, stetig laufende Antriebsmaschine für die industrielle Produktion. Daher auch die Bedeutung der Dampfmaschine, später Verbrennungsmotor und Elektrizität (und damit verbundene Energieproduktion)

2. Damit in diesen Komplex ein großer Teil des Kapitalstocks (des konstanten Kapitals) eingebunden: Öl, Energie, Auto, Verkehr, damit große Teile der chemischen Industrie, Bergbau, Transport, Metall- und Elektroindustrie ... (inkl. der Produktion der Produktionsmittel für den Sektor)

D. h. ein großer Teil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals hängt – zumal in den imperialistischen Staaten – daran.

3. Warenproduktion immer Produktion von Gütern, deren gesellschaftliche Nützlichkeit sich erst im Nachhinein offenbart. Daher immer schon krisenanfällig.

4. Produktion erfolgt für Profit, nicht für Deckung von Bedürfnissen. Dass ein Bedürfnis befriedigt wird mit einem Produkt, ist im

Kapitalismus nur Mittel zum eigentlichen Zweck. Drückt sich auch im Verhältnis von Gebrauchswert zu Wert/Tauschwert aus. Das kann im Kapitalismus nicht gelöst werden (allenfalls gemildert durch Druck der Gesellschaft, partielle Reformen).

5. Immanente Krisentendenz, Überakkumulation macht Veränderung noch schwieriger, weil „Umbau“ auch Vernichtung von Kapital erfordert – oder Alimentierung der KapitalistInnen durch die Gesellschaft (Kohlekompromiss). Kapital fließt zur günstigsten Anlagesphäre, nicht zur „sinnvollsten“ (ökologisch, sozial).

6. Im Kapitalismus unmöglich, Akkumulation „ökologisch“ zu beschränken. Warum? Weil das Motiv der Produktion in der Aneignung von Mehrwert besteht, daher Akkumulation um der Akkumulation willen. Diese ist – ihrem Ziel nach – schrankenlos, d. h. sie wird nur durch jeweils historisch bestimmte Schranken des Kapitals beschränkt (die nach einer Krise verschoben werden können). Aber auch dann wird die Anarchie der Produktionsweise nur auf höherer Stufe reproduziert.

7. Imperialismus, Konkurrenz, Kampf um Neuaufteilung der Welt machen Umweltfrage noch prekärer. Die ökologischen Kosten sollen KonkurrentInnen, ArbeiterInnenklasse und „Dritter Welt“ aufgehalst werden. Darin liegt auch Logik von Trumps „Umweltpolitik“ (aber nicht

nur von ihm,
sondern allen Staaten, die um die Vorherrschaft ringen).

8. Im imperialistischen System bildet außerdem der Nationalstaat ein Hindernis für jede sinnvolle Lösung, da dieser die Interessen des nationalen Kapitals im Blick hat – nicht eine sinnvolle Verteilung ökologischer oder sonstiger Folgekosten des Kapitalismus.

Wie die Broschüre an mehreren Stellen zeigt, sind auch „erneuerbare“ Energien nicht frei von prekären Lösungen. Energieerzeugung aus Biomasse führt z. B. zur Vernichtung von AgrarproduzentInnen, Einseitigkeit, Ersetzung von Land für Ernährung, steigenden Lebensmittelpreisen – zugleich Monopolisierung ...

Auch die „Energiewende“ ist ein Flickwerk, das ähnliche Problem inkludiert – auf Kosten der Masse der Lohnabhängigen, z. B. Kosten für Energie, CO₂-Steuer = Massensteuer

9. Externalisierung der Umweltkosten – im Kapitalismus immanent.

„Umwelt“ erscheint als Gratisproduktivkraft, weil sie keinen „(Tausch)Wert“ hat, wohl aber Reichtum und Gebrauchswert hervorbringt.

Gilt im Grunde für drei Gruppen von Phänomenen: die Erde (Rohstoffe, Wasser, Luft, „Natur“), private Reproduktion (Familie), allgemeine gesellschaftliche Produktivkraft der Arbeit (Infrastruktur, Wissenschaft, Bildung, ...)

Ähnliches gilt im Kapitalismus auch für andere Phänomene (Wissenschaft, Kooperation, private Hausarbeit).

Längerfristige Folgekosten sind daher nicht eingepreist – aber Preissystem (Zertifikat Handel) verschiebt das Problem nur, löst es nicht wegen Anarchie des Marktes, abgeleiteten Operationen (Handel u. Spekulation mit Zertifikaten. Grundsätzlich auf Gesellschaft abgewälzt: auf ArbeiterInnenklasse, v. a. aber auch Länder und Bevölkerung der sog. „Dritten Welt“, also der Halbkolonien.

Umweltparadoxon

Es erscheint dies an der Oberfläche oft verkehrt.

In etlichen imperialistischen Ländern hat sich die Lage z. B. im Bereich des Grundwassers, der Bodenverseuchung, industrieller Abwässer in den letzten Jahrzehnten tatsächlich verbessert.

Sicher selbst nicht Resultat von Einsicht, sondern auch von

Bewegungen – Umweltbewegung, ArbeiterInnenbewegung.

„Externalisierung“ – Auslagerung der Umweltzerstörung: ein Phänomen in Halbkolonien.

– Verlagerung bestimmter Produktion und des Ressourcenabbaus (ökologisch schädlicher, energieintensiver, ...).

Damit erscheint auch die Umweltbilanz der imperialistischen Länder „grüner“.

Stofflich betrifft das Rohstoffförderung (Öl, Kohle, Uran, ...), Verlagerung arbeitsintensiver, umweltschädlicher Produktion (Textil, Stahl, Zement, ...), Agrarsektor (Großflächen, ...)

Daher Problem, die „Ökobilanz“ einer kapitalistischen Wirtschaft nur national zu messen.

Externalisierung hat allerdings Grenzen (Kapitalstock noch immer in imp. Ländern konzentriert, eine „echte“ Deindustrialisierung findet nicht statt, vielmehr aus den imperialistischen Ländern gesteuerte internationale Arbeitsteilung – inkl. imperialistischer Monopole und von diesen kontrollierten Produktions- und Verteilungsketten).

Tw. auch rückläufige Tendenzen oder umgekehrte (Fracking; Subvention der extrem produktiven Agrarproduktion in den

imperialistischen
Ländern).

Grenze auch an den Bedürfnissen der imperialistischen Konkurrenz und Blockbildung (Aufbau konkurrierender Einflusssphären).

Daran scheitern natürlich auch multi-laterale Abkommen (Klimaabkommen von Paris).

Umweltimperialismus

Schon oben gezeigt, dass der Marxismus immer auch die ökologische Frage mitdachte – aber Sozialdemokratie und Stalinismus reproduzierten ein Verhältnis zur Natur, das ökologischen Riss nicht mitdachte, Umweltfragen im Grunde als rein technische betrachtete.

Die Externalisierung von negativen Folgen des Kapitalismus entsteht „naturwüchsig“ im System des Weltmarktes (im Unterschied zur Vorstellung der bürgerlichen Ökonomie).

Kapitalismus eben nicht einfach ein Handels- oder Tauschsystem, sondern eine Produktionsweise, im Kern Produktion und Aneignung von Mehrwert.

Expansion des Weltmarktes und Imperialismus (ab Ende 19. Jh.) verstärken die Ungleichheit, globale, hierarchische Arbeitsteilung und verstetigen sie. „Ausbruch“, Nachholen ... findet seine Grenzen an dieser bestehenden globalen Arbeitsteilung. Kern ist Konzentration und Zentralisation des Kapitals in den imperialistischen Ländern (Monopole, Finanzkapital), die Akkumulation und „Entwicklung in den Halbkolonien – die sehr ungleichzeitige Züge annehmen kann – bestimmen. Nicht nur und v. a. über Handel und Tausch, sondern über Kapitalexport, Finanzmärkte (Schulden, Spekulation, ...) und Währungssystem. Institutionell, staatlich und letztlich militärisch gesichert.

Wie generell im Kapitalismus ist dabei zwischen Wertseite und stofflicher Seite des Verhältnisses zu unterscheiden.

– Halbkolonien auf bestimmte Sektoren, Rohstoffe ... fixiert.

– Imperialistische Kapitale bestimmen letztlich auch die ökonomische Struktur der Halbkolonie.

Diese Fragen werden vom Mainstream der Umweltbewegung (Grüne) ignoriert.

Linkere Strömungen werden dabei oft von Theorien des

ungleichen Tausch und der „imperialen Lebensweise“ inspiriert.

Positiv ist dabei, dass das Augenmerk auf die Aneignung von „Umweltraum“ in den Halbkolonien gelegt wird.

Aber problematische Theorien: „Ungleicher ökologischer Tausch“.

Kann als Beschreibung verwendet werden, ökonomisch jedoch äußerst problematisch.

Ein Problem besteht im Versuch, ein gemeinsames Wertmaß für Gebrauchswert und Wert zu finden, also gesellschaftliche Arbeit mit energetischen Größen zu kombinieren.

Problem liegt auch darin, dass das Problem kolonialer oder halb-kolonialer Ausbeutung v. a. auf der Verteilungs-, nicht auf der Produktionsebene gesucht wird.

Das findet sich auch in den Theorien von der „imperialen Lebensweise“ wieder.

Unterschied zwischen Halbkolonie und Imperialismus (arm und reich) wäre größer als zwischen den Klassen – Eigentums-/Produktionsverhältnisse erscheinen hier nur als sekundär.

Hat Tendenz zur klassenübergreifenden Politik, Lösung über Kleinproduktion, Änderung der Konsumweise, ...

(Kein Zufall, dass diese Ideologie Lage des Kleinbürgertums in den Halbkolonien oder der „bewussteren“ MittelschichtskonsumentInnen in den imperialistischen Ländern entspricht.

Wir halten demgegenüber in der [Broschüre](#) Folgendes fest:

„Um die ökologische Dynamik des Kapitalismus zu verstehen, muss an diesem Verständnis angeknüpft werden und müssen die Material- und Energieflüsse zwischen den imperialistischen und halbkolonialen Nationen als Teil des imperialistischen Gesamtsystems begriffen werden.

Dies hat notwendigerweise auch Folgewirkungen auf die Klassenstruktur in den imperialistischen Zentren – nicht nur hinsichtlich der Bereicherung der herrschenden Klasse, der oberen Schichten des KleinbürgerInnentums und der Mittelschichten, sondern auch für die ArbeiterInnenklasse. Ein bedeutender Teil der Lohnabhängigen kann über einen Anteil an der Ausbeutung der ‚Dritten Welt‘ integriert werden, kann über längere Perioden Einkommen erkämpfen, die über den Reproduktionskosten liegen, die eine dem KleinbürgerInnentum ähnliche Lebensweise erlauben, wenn auch oft mit enorm hoher Ausbeutung verbunden (was sich z. B. in der enormen Arbeitsproduktivität und Intensität der Beschäftigten in der Exportindustrie zeigt).

Der Kapitalismus kann sich das nur unter drei Bedingungen leisten: (i) eine ständige Expansion der Kapitalakkumulation,

(ii) die Extraktion von Extraprofiten aus armen Ländern und (iii) die systematische Externalisierung seiner sozio-ökonomischen Auswirkungen. Die soziale Stabilisierung ‚zu Hause‘ durch die Externalisierung negativer sozialer und ökologischer Folgen des Kapitalismus bildet somit ein zentrales, herrschaftsstabilisierendes Element dieses Systems. In den halbkolonialen Ländern werden dafür Rohstoffe geplündert, Landstriche und Wasserressourcen zerstört, Bevölkerungen entwurzelt und zwangsumgesiedelt, Kleinbäuerinnen und -bauern von ihren Felder vertrieben, Wälder gerodet und geplündert. Das kennzeichnet das System des Umweltimperialismus und erklärt das ‚Umweltparadoxon‘.“

D. h., es ist nicht zu leugnen, dass es in der ArbeiterInnenklasse – siehe Stellung der ArbeiterInnenaristokratie, materielle und ideologische Bindung an imperialistische Monopole über Extraprofite – tatsächlich auch eine materielle Basis für reaktionäre, bornierte Positionen gibt (ähnlich dem Sozialchauvinismus, Sexismus, ...).

Aber das ändert nichts daran, dass besser gestellte Lohnabhängige selbst noch ausgebeutet sind; dass das nicht auf „die Klasse“ (prekäre Elemente, ...) zutrifft und umgekehrt findet sich eine solche kleinere, aber oft hochkonzentrierte Schicht auch in Halbkolonien (Indien, Südkorea, Brasilien).

Kapitalismus und Umwelt II

Noch einmal zum Verhältnis Mensch-Natur unter

kapitalistischen Produktionsverhältnissen.

Kapitalismus ist gesellschaftliche Produktion mit privater Aneignung – das bildet zugleich einen zentralen Widerspruch der Produktionsweise. Dieser drückt sich auch im Verhältnis zur Natur aus. Arbeit, menschliche Arbeit ist immer zweckbestimmte Umformung von Natur, unter Ausnützung von Naturkräften zur Schaffung von Gebrauchswerten, zur Befriedigung von Bedürfnissen.

Das wird auch in einer klassenlosen Gesellschaft so sein.

So wie sich aber in der kapitalistischen Gesellschaft die gesellschaftlichen Verhältnisse „verkehrt“ darstellen, sich ihre Gesetze hinter dem Rücken der ProduzentInnen durchsetzen, so auch im Verhältnis zur Natur.

Daher die Eigentumsfrage zentral – nicht einfach im Sinne „wem gehört es“, sondern im Sinn des Brechens des Kapitalmonopols als Voraussetzung einer bewussten, planmäßigen Vergesellschaftung.

Ein nachhaltiges Verhältnis von Mensch-Natur, ein Verhältnis, das die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit nachhaltig und dynamisch reproduziert – kann nur auf Basis einer Gesellschaft entstehen, die auch die Produktion, das Verhältnis zwischen verschiedenen

Sektoren (z. B. Landwirtschaft und Industrie), zwischen Produktion und Reproduktion ... bewusst und gemäß den Zwecken der Gesellschaft reguliert, plant.

Die materiellen Voraussetzungen existieren dazu grundsätzlich, gesellschaftliche statt individueller Subsistenzproduktion und eine Klasse, das Proletariat, das sich selbst nur durch die Enteignung der EnteignerInnen, durch die Expropriation der PrivateigentümerInnen an Produktionsmitteln befreien kann. Der Kapitalismus selbst verweist als globale Produktionsweise darauf, dass die Lösung des Problems in einer globalen, revolutionären Umwälzung liegt. Für die Umweltbewegung heißt das, dass sie internationalistisch, klassenpolitisch ausgerichtet und antikapitalistisch werden muss.

„Deshalb“ – so enden wir in unserer [Broschüre](#) – „ist die Lösung der ökologischen Frage aufs Engste mit der Überwindung des Kapitalismus verbunden. Die Schaffung einer Perspektive für eine sozialistische Gesellschaftsordnung, die in der Lage ist, diese grundlegenden Widersprüche zwischen der menschlichen Ökonomie und den natürlichen Bedingungen zu überwinden, bei gleichzeitiger Befriedigung der materiellen und immateriellen Bedürfnisse aller Menschen, ist die zentrale Herausforderung für RevolutionärInnen im 21. Jahrhundert.“

Ein Aktionsprogramm für Palästina

*Liga für die Fünfte Internationale, Herbst 2018,
Revolutionärer Marxismus 51, Mai 2019*

Ein Jahrhundert nach der Balfour-Erklärung, in der Großbritannien zum ersten Mal eine nationale Heimstätte für die Jüdinnen und Juden in Palästina versprach und gleichzeitig zusagte, dass „nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der bestehenden nichtjüdischen Gemeinschaften in Palästina beeinträchtigen könnte“, werden die Rechte eben dieser Gemeinschaften des palästinensischen Volkes massiv verweigert. Heute sind es zwölf Millionen, von denen weniger als die Hälfte noch in ihrer historischen Heimat, sei es im Staat Israel oder in den besetzten Gebieten des Westjordanlandes und des Gazastreifens, lebt. Die restlichen sechs bis sieben Millionen sind Flüchtlinge, die noch immer in notdürftigen Lagern leben, in die sie und ihre Familien 1948 und 1967 vertrieben wurden.

Trotz alledem gibt es die PalästinenserInnen als Nation, als Volk, weiterhin und sie widersetzen sich so entschlossen wie eh und je ihrer Vernichtung. Sie kämpfen gegen eine der am besten ausgerüsteten Armeen der Welt, die mit Atomwaffen bewaffnete israelische Armee, unpassend als „Verteidigungstreitkräfte“ (IDF) bezeichnet. Dazu kommt ein gewaltiger Apparat der Überwachungs- und Geheimdienste, Mossad (Institut für Aufklärung und besondere Aufgaben; Auslandsgeheimdienst) und Schin Bet/Schabak (Allgemeiner

Sicherheitsdienst; Inlandsgeheimdienst), der repressive Regime auf der ganzen Welt mit Neid erfüllt. Die israelische Cyber-Kriegsführungskapazität wird als eine der fünf oder sechs besten der Welt angesehen. Um das Ganze abzurunden, verfügt dieser Gegner über die uneingeschränkte logistische und finanzielle Unterstützung der einzigen Supermacht der Welt, den USA.

Der zionistische SiedlerInnen-Kolonialismus hatte zwei Voraussetzungen: die Migration jüdischer Flüchtlinge vor dem in Europa grassierenden Antisemitismus nach Palästina sowie ein politisches und wirtschaftliches Regime, das die Vertreibung der bereits dort lebenden Bevölkerung ermöglichte. Das wurde durch ein Bündnis mit dem britischen Imperialismus möglich, der im Ersten Weltkrieg über das Osmanische Reich siegte und eine zwanzigjährige Herrschaft über Palästina errichtete. So wurde es einer beträchtlichen (aber immer noch nicht mehrheitsfähigen) Siedlerpopulation möglich, sich anzusiedeln und zu bewaffnen. Diese Bewegung, insbesondere ihr sogenannter ArbeiterInnenflügel, verfolgte ein Programm der Enteignung armer palästinensischer Bäuerinnen und Bauern sowie eines Ausschlusses aller nichtjüdischen ArbeiterInnen aus den Fabriken, Läden und Büros.

Ohne den europäischen Massenmord am jüdischen Volk, Höhepunkt der antisemitischen Verfolgung im Holocaust (Shoa) und enorme historische Tragödie der Jüdinnen und Juden in Europa, hätte das zionistische Projekt jedoch nie die Unterstützung einer Mehrheit des jüdischen Volkes erlangen können. Sechs Millionen starben, davon fast fünf Millionen aus den jiddischsprachigen Gemeinschaften Polens und der Sowjetunion und eine halbe Million aus Ungarn. Doch der Zionismus war nicht das Hauptinstrument des Widerstandes gegen diesen Vernichtungsfeldzug, und er bot den meisten seiner Opfer auch keine Zuflucht, bevor es zu spät war. Die

UnterstützerInnenmächte Israels, Großbritannien und die USA, haben ihre Grenzen für die Masse der jüdischen Flüchtlinge weder vor noch nach dem Krieg geöffnet. Sie versuchten auch nicht, die Shoa durch Bombardierung der Infrastruktur des Massenmordes zu verhindern, selbst nachdem sie wussten, dass sie im Gange war. Die PalästinenserInnen hingegen waren, trotz der reaktionären Sympathien einiger ihrer FührerInnen, nicht für den Holocaust verantwortlich. Trotzdem wurden sie gezwungen, deren Kosten zu bezahlen. Das zionistische Projekt verhinderte nicht das Abschlachten der europäischen Juden, und die Gründung Israels war dadurch nicht gerechtfertigt.

So führte eine historische Tragödie zur nächsten: der Besetzung von 78 Prozent des britischen Mandatsgebiets Palästina und der umfassenden ethnischen Säuberung mittels Vertreibung von mindestens 750.000 PalästinenserInnen aus ihren Häusern und von ihrem Land, der Nakba (arabisch: Katastrophe) von 1948. Palästinensischen BürgerInnen Israels ist es bis heute gesetzlich verboten, derer zu gedenken. Aber die Katastrophe endete 1949 nicht. 1967 schloss Israel die Besetzung aller verbliebenen palästinensischen Gebiete ab, als die IDF das gesamte Westjordanland und den Gazastreifen einnahm und weitere 300.000 vertrieb. Seitdem hat Israel unerbittlich weiter „Fakten geschaffen“ und die fruchtbarsten Landstücke im Westjordanland nach dessen Eroberung an sich gerissen. Trotz der Osloer Abkommen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) bleiben 61 Prozent des Westjordanlandes unter der direkten Kontrolle der IDF. Die Besiedlung geht bis heute weiter, unterstützt durch den Bau der Apartheids-Mauer, festungsartige Siedlungen, militärisches Sperrgebiet und Militärstraßen sowie unzählige Kontrollpunkte. Israelische Statistiken aus dem Jahr 2018 zeigen, dass heute 435.708 jüdische SiedlerInnen im besetzten Westjordanland leben. Wird Ost-Jerusalem dazugerechnet, steigt diese Zahl auf 700.000. Eine dauerhafte und unumkehrbare Situation zu schaffen, in der die Gründung eines souveränen und

wirtschaftlich überlebensfähigen palästinensischen Staates unmöglich ist, bleibt das Ziel aller israelischen Regierungen, egal, ob sie es offen aussprechen oder stillschweigend durchführen.

Israel fordert immer wieder die Anerkennung seines Existenzrechts von den PalästinenserInnen ein und bezeichnet alle, die das verweigern, als AntisemitInnen. Aber ein Staat, dessen Existenz darauf beruht, einem anderen Volk sein Recht auf Selbstbestimmung zu verweigern, kann dieses nicht für sich selbst in Anspruch nehmen. Die palästinensische Führung hat das Existenzrecht trotzdem immer wieder (1988, 1993 und seitdem) anerkannt, aber keine israelische Regierung hat je das Recht Palästinas, als souveräner Staat zu existieren, anerkannt.

Das Versprechen des britischen Labour Parteichefs Jeremy Corbyn, Palästina als Nation anzuerkennen, sollte er an die Regierung kommen, hat eine beispiellose Verleumdungs- und Hetzkampagne gegen ihn und den linken Flügel der Partei ausgelöst. Er hat die Belagerung des Gazastreifens und das Gemetzel an unbewaffneten DemonstrantInnen 2018 verurteilt und gedroht, Rüstungsgeschäfte und militärische Zusammenarbeit zu unterbinden, wenn dieser Zustand anhält. Die BDS-Kampagne („Boycott, Divestment and Sanctions“; Boykott, Investitionsabzug und Sanktionen), in der antizionistische Jüdinnen und Juden in Israel wie auch im Ausland eine führende Rolle spielen, löste bei den rechten Regierungsparteien Israels eine wahnhaftige Kampagne gegen die FreundInnen der PalästinenserInnen aus.

Die Unterstützung wiederum zeigt, dass es eine Perspektive für Palästina gibt, seine Vertriebenen zurückkehren zu lassen und in einem gemeinsamen Staat leben zu können, der beide jetzt in

Palästina lebenden Nationen respektiert. Das bedeutet keineswegs eine „Vertreibung der Jüdinnen und Juden ins Meer“, einen „zweiten Holocaust“ oder all die anderen Horrorgeschichten, mit denen den PalästinenserInnen ihre Rechte vorenthalten werden sollen.

Palästinensischer Widerstand

Bis 1967 setzte die palästinensische Führung, in der Hoffnung, eines Tages Israel besiegen zu können, auf Befreiung durch die arabischen Staaten, insbesondere auf diejenigen, die wie Ägypten von nationalistischen Regimen regiert wurden. Aber nach dem Sechstagekrieg und der Versöhnung Ägyptens mit den USA wurde klar, dass PalästinenserInnen selbst die Hauptinstanz ihrer eigenen Befreiung sein mussten. Die Fatah unter Jassir Arafat, die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) unter George Habasch, die Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP) und andere Gruppierungen wandten sich dem „bewaffneten Kampf“ zu, also einer Strategie der Guerillakriegsführung. Aber auch diese ist gescheitert.

Die Strategie hat jedoch den Fokus des Widerstands auf die Bevölkerung der besetzten Gebiete verlagert. Im Dezember 1987 begann die erste Intifada in Gaza. Junge PalästinenserInnen, nur mit Steinen und Benzinbomben bewaffnet, standen gegen die ganze Macht der IDF. Der damalige israelische Verteidigungsminister Jitzchak Rabin ist dafür berüchtigt, seinen Streitkräften befohlen zu haben, gefangenen DemonstrantInnenen „die Knochen zu brechen“. Die folgenden fünf Jahre heldenhaften und massenhaften zivilen Ungehorsams, von Streiks, Demonstrationen, Steuerverweigerung und Boykotten israelischer Produkte, führten zu einer zunehmenden weltweiten Feindseligkeit gegenüber Israel und wurden für seine

amerikanischen GeldgeberInnen so unangenehm, dass die Verhandlungen zwischen Israel und der PLO 1993 zu den Osloer Abkommen führten. Diese sollten in Vereinbarungen über Fragen des „dauerhaften Status“ wie den Jerusalems, Wasserrechte, Grenzabgrenzung, Siedlungen und Flüchtlinge münden.

Der Rest der 1990er Jahre wurde in fruchtlosen Verhandlungen über diese Themen verbracht. Schlimmer noch, die Bedingungen für die BewohnerInnen des Westjordanlandes, des Gazastreifens und der arabischen BürgerInnen Israels selbst haben sich verschlechtert, da das Kontrollpunktregime das Wirtschafts- und Familienleben erschöpfend und demütigend gestaltete. Aber das beste Angebot auf dem Gipfel von Camp David im Juli 2000 war ein palästinensischer Kleinstaat, der in vier nicht zusammenhängende Gebiete unterteilt war, die von israelischen Territorien und IDF-Truppen umgeben waren. Diese an die Bantustans der südafrikanischen Apartheid erinnernden Kantone hätten keine Kontrolle über ihre eigenen Grenzen, Lufträume oder Wasserressourcen. Die Gründung eines solchen „Staates“ hätte zudem illegale Siedlungen auf seinem Territorium und weitere Gebietsforderungen innerhalb der Grenzen von 1967 legitimiert.

Die sogenannte „Zwei-Staaten-Lösung“, die von PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation) und PLA (Palästinensische Befreiungsarmee; militärischer Arm der PLO) wiederholt akzeptiert, von nachfolgenden israelischen und US-Regierungen in Worten befürwortet und von der Hamas unterstützt wurde, hat sich als Fata Morgana erwiesen, die sich in israelischen Übergriffen immer weiter in Luft auflöst. Diese angebliche Lösung hat zum Hauptziel, die Weltöffentlichkeit zu täuschen. Mit dem Scheitern des Camp-David-Abkommens, dem Ausbruch der zweiten Intifada und dem Bau der Trennbarriere, besser bekannt als Apartheids-Mauer, wurde klar, dass Israel nie eine tragfähige Zwei-Staaten-Lösung

akzeptieren würde. Israel wird niemals einen souveränen und gleichberechtigten palästinensischen Staat akzeptieren oder die Rückkehr derjenigen zulassen, die vertrieben wurden.

Die Befreiung des palästinensischen Volkes und die Freiheit der Völker des Nahen Ostens von westlicher Herrschaft und Ausbeutung erfordern den revolutionären Sturz Israels als rassistischen Staat und seine Ersetzung durch einen einzigen bi-nationalen Staat, sowohl für sein palästinensisches als auch für sein israelisch-jüdisches Volk. Das bedeutet weder die Vertreibung der israelischen Bevölkerung noch ihre Zerstörung als Nation.

Strategie und Führung

Der panarabische Nationalismus, sei es auf der Grundlage der palästinensischen Bourgeoisie in der Diaspora oder der herrschenden Klassen in den umliegenden Staaten, hat weder Palästina befreit noch das Los seiner Bevölkerung wesentlich verbessert. Kleinbürgerliche Guerilla-Kräfte, ob beeinflusst durch nasseristische oder baathistische Regime in den 1960er Jahren oder durch radikale StalinistInnen in den 1970er und 1980er Jahren, sind daran ebenfalls gescheitert. Die Fatah, zuerst unter Jassir Arafat und dann unter Mahmud Abbas, wandte sich der reaktionären Utopie eines von ImperialistInnen vermittelten Friedensprozesses mit Israel zu. Dabei wurde sie zu einer Kollaborateurin des zionistischen Staates und der imperialistischen Mächte trotz der wiederholten Vertrauensbrüche und Erniedrigungen seitens Tel Avivs/Jerusalems und Washingtons.

Nach 25 Jahren Oslo-Abkommen kontrolliert die Palästinensische

Autonomiebehörde (PA/PNA) nur 39 Prozent des Westjordanlandes, während der Rest unter IDF-Besatzung steht. Viele PalästinenserInnen wandten sich wegen ihrer Unterwerfung unter die ZionistInnen sowie der offensichtlichen Korruption und Gier ihrer AnführerInnen gegen die Fatah. Bei den Wahlen zum Legislativrat 2006 erhielt die Hamas 44,45 Prozent der Stimmen, während für Fatah nur 41,43 Prozent stimmten. Gemeinsam mit Israel und den USA sabotierte die Fatah die Hamas-Regierung und behielt die Macht im Westjordanland, verlor aber Gaza.

Die Hamas mit ihrer reaktionären islamistischen Ideologie widersetzte sich weiterhin Israel und zog so dessen erbarmungslosen Hass und den des Westens auf sich. Gaza wurde in einen Angst und Schrecken verbreitenden Belagerungszustand versetzt, um fast 2 Millionen Menschen kollektiv für den Widerstand der Hamas zu bestrafen. Aber die Hamas-Strategie der Raketen gegen Israel und die Selbstmordattentate auf israelische SoldatInnen und ZivilistInnen erwies sich als völlig wirkungslos, den Willen eines so mächtigen Gegners zu brechen. Gleichzeitig gab sie Israel den Vorwand, den BewohnerInnen von Gaza hundertmal mehr Zerstörung und Terror anzutun, als die Hamas jemals anrichten könnte. Es ist klar, dass weder Fatah- noch Hamas-Regime Palästina befreien können.

Kurz gesagt, weder der Verlass auf arabische Monarchien oder nationalistische DiktatorInnen noch sonstwie mutige Guerillas oder islamistische politische MärtyrerInnen können das palästinensische Volk befreien. Nur der massenhafte Kampf der ArbeiterInnen, Bäuerinnen, Bauern und Jugendlichen, zum Beispiel in der Intifada oder den Demonstrationen im Westjordanland und Gazastreifen, kann eine Grundlage zu einem wirkungsvollen Aufbegehren sein. Auch der Generalstreik und Betriebsbesetzungen werden den Kampf verstärken und Solidaritätsaktionen von fortschrittlichen Israelis, in der

umliegenden Region und der ganzen Welt, motivieren.

Die für eine solche Strategie erforderliche Führung muss eine revolutionäre Partei verkörpern, die palästinensische VorhutkämpferInnen weltweit, in den besetzten Gebieten, in Israel und die Vertriebenen umfasst sowie mutige antizionistische israelische Juden und Jüdinnen. Allein aufgrund des Charakters des Kampfes muss dieser sowohl international ausgerichtet als auch internationalistisch geführt werden, um die größtmöglichen Kräfte gegen die Unterdrückung zu mobilisieren. Diese Organisation muss ein Programm als Strategie für den Sieg formulieren, das an den anhaltenden Kämpfen an allen Fronten ansetzt.

Ende der Belagerung von Gaza

In Gaza werden 1,9 Millionen Menschen in einem Freiluftgefängnis, das einem Ghetto gleichkommt, eingesperrt. Sie werden von Land- und Seeseite belagert und regelmäßig in ihren Häusern, Schulen, Krankenhäusern und Betrieben bombardiert. Die Materialien zum Wiederaufbau sind begrenzt. Gaza ist in seiner Wasser-, Strom-, Nahrungsmittel- und medizinischen Versorgung auf die Israelis angewiesen, die diese regelmäßig als Kollektivstrafe für Widerstandshandlungen, die sie frech als Terrorismus verunglimpfen, unterbrechen. Tatsächlich ist es die IDF, die die Bevölkerung dieser Enklave terrorisiert. Dazu kommt die hoffnungslose wirtschaftliche Lage: Die Hälfte der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist arbeitslos, und laut den Vereinten Nationen steht die Wirtschaft kurz vor dem Zusammenbruch.

Seit dem einseitigen Rückzug Israels aus dem Gazastreifen im

Jahr 2005 und dem Sieg der Hamas bei den Wahlen 2006 hat Israel wiederholt Großangriffe auf Gaza gestartet: die Operationen Hot Winter 2008, Cast Lead 2008–09, Pillar of Defence 2012 und Protective Edge im Juli 2014. Diese Angriffe haben in vielen Ländern Massenproteste ausgelöst. Als die internationale Solidaritätsbewegung im Mai 2010 die Gaza-Solidaritätsflotte organisierte, um die Blockade des Gazastreifens durch die israelische Marine mit lebenswichtigen Gütern an Bord zu durchbrechen, enterten Spezialeinheiten die Boote und zwangen sie umzukehren. Auf einem der Schiffe, der Mavi Marmara, töteten sie dabei neun AktivistInnen. Viele mehr wurden verletzt.

Seit März 2018, als ein Bündnis vieler Organisationen unter Beteiligung breiter Massen von Jugendlichen den „Großen Marsch der Rückkehr“ zur Mauer um den Gazastreifen organisierte, starben über 160 Menschen im Kugelhagel der IDF. Die meisten von ihnen waren unbewaffnet. Diejenigen die als bewaffnet galten, führten Steinschleudern und Brandballons mit sich. Wenig später erklärte Donald Trump zum 70. Geburtstag Israels Jerusalem zum Sitz der US-Botschaft. Er erkannte Jerusalem damit als die Hauptstadt Israels und nicht Palästinas an. Als wäre das nicht genug, fror er gleichzeitig auch 300 Millionen Dollar an US-Beiträgen an das UNRWA (UN-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten) ein.

Nachdem Trump und Netanjahu den ägyptischen Diktator und den saudischen Kronprinzen für ein de-facto-Bündnis gewonnen haben, steht als nächster Schritt eine neue israelische Offensive gegen den Libanon, Gaza oder Iran unter dem Deckmantel eines verlogenen „Friedensplans“ an, der wohl sicher abgewiesen werden würde.

In den kommenden Jahren muss die internationale

Solidaritätsbewegung mit Palästina ihr Handeln um die Forderungen herum verstärken:

- Beendigung der israelischen Land-, See- und Luftblockade gegen Gaza und Öffnung seines Hafens für Hilfe, Handel und wirtschaftliche Versorgung.
- Vollkommene Bewegungsfreiheit in das Westjordanland und nach Ägypten.
- Für die internationale Anerkennung der EinwohnerInnen Gazas als BürgerInnen eines souveränen Staates Palästina.
- Massive Hilfe beim Wiederaufbau und der Ausstattung von Schulen, Kliniken und Häusern sowie Arbeitsplätzen, die von den „Großmächten“ bezahlt werden, die die Region geplündert haben.

Weltweite Solidarität mit Palästina

Die BDS-Bewegung will Institutionen aller Art davon überzeugen, die Finanzierung und Unterstützung für alle israelischen und internationalen Agenturen oder Unternehmen, die an der Verletzung palästinensischer Rechte beteiligt sind, einzustellen. Sicherlich wird BDS allein nicht die israelischen Verbrechen wie den Armeeterror gegen Gaza oder den Siedlungsbau und die Fragmentierung der palästinensischen

Gebiete im Westjordanland beenden können. Ein Umschwenken der öffentlichen Meinung in den imperialistischen Demokratien allein wird an der Unterstützung ihrer HerrscherInnen für Israel nichts ändern. Nur radikale und grundlegende politische Veränderungen in diesen Ländern, verbunden mit dem Sturz der Marionettenregime der Länder im Nahen Osten, Länder die sie ausbeuten und dominieren, können das schaffen.

Dennoch ist BDS ein Schritt in diese Richtung, und deshalb setzen der israelische Staat, seine Botschaften in der ganzen Welt und die zionistische Bewegung Himmel und Hölle in Bewegung, um die Kampagne und ein Anwachsen der öffentlichen Sympathie für die palästinensische Sache zu stoppen. Die Boykottkampagne gegen Südafrika allein führte nicht zum Untergang der Apartheid, sondern die massenhaften Aktionen der Jugend in den Townships (Vorstädten) und antirassistischen ArbeiterInnenbewegung in den 1970er und 1980er Jahren. Ebenso kann die BDS-Kampagne die Verbrechen Israels benennen und den Kampf der palästinensischen Massen und ihrer UnterstützerInnen in der israelischen Gesellschaft fördern und unterstützen. Ebenso wichtig ist aber eine Solidarisierung mit den demokratischen und ArbeiterInnenbewegungen in den umliegenden Ländern, wie sie im Arabischen Frühling 2011 auf den Plan traten.

Die von israelischen Botschaften organisierte Antwort auf den Erfolg von BDS beruht darauf, Parteien, akademische Institutionen und Regierungen zu zwingen, die Definition des Antisemitismus durch die „Internationale Allianz zur Erinnerung an den Holocaust“ (IHRA) zu akzeptieren. Dazu gehören auch Beispielsätze wie „dem jüdischen Volk sein Recht auf Selbstbestimmung zu verweigern, z. B. indem behauptet wird, dass die Existenz eines Staates Israel ein rassistisches Bestreben sei“ und „von ihm ein Verhalten zu verlangen, das von keiner anderen demokratischen Nation erwartet oder verlangt wird“, die im Kern antisemitisch seien. Wie bereits dargelegt, ignoriert die erste Formulierung, dass die gängige Interpretation der jüdisch-israelischen Unabhängigkeitserklärung von 1948 als Recht, die arabische Bevölkerung zu vertreiben, sehr wohl ein rassistisches Unterfangen ist. Auf die massenhafte Vertreibung der nichtjüdischen Mehrheitsbevölkerung und die apartheidartige Unterdrückung der verbliebenen PalästinenserInnen gibt es nun mal kein demokratisches Anrecht. Zionistische Behauptungen, dass antiisraelische und antizionistische Ansichten selbstredend antisemitisch seien, entwerten die Bekämpfung des wirklichen, ursprünglichen Antisemitismus und lenken davon ab. Der befindet sich noch immer im Arsenal rassistischer PopulistInnen und offener FaschistInnen und kommt immer wieder zum Vorschein, wenn die Gesellschaft in

die Krise schlittert. Aber die Aktionen Israels schützen nicht die Interessen der jüdischen Gemeinschaften weltweit – sie isolieren und schädigen sie. Menschen, die die PalästinenserInnen verteidigen und Islamfeindlichkeit bekämpfen, werden auch die ernsthaftesten KämpferInnen gegen die AntisemitInnen sein.

Es ist eine zentrale Aufgabe, die Arbeiterbewegung in Europa und Nordamerika dafür zu gewinnen, ihre Unterstützung für die palästinensische Befreiung zu erklären und diese als untrennbaren Teil ihres eigenen Kampfes für den Sozialismus zu verstehen. Als Schritte in diese Richtung müssen wir die Parteien und Gewerkschaften der internationalen ArbeiterInnenbewegung für die folgenden Forderungen gewinnen:

- Boykott der Firmen, wissenschaftlichen und akademischen Institutionen, die Material für die israelische Aggression und Unterdrückung produzieren.
- TransportarbeiterInnen auf Straßen, Schienen, Docks und Flughäfen sollten sich weigern, Exporte und Importe abzuwickeln, angefangen bei Waffen und Hochtechnologieprodukten, die zur Unterdrückung benutzt werden, sowie für Waren aus israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten usw.
- Zurückweisung aller Versuche, Kritik und Boykott Israels

als Antisemitismus zu stigmatisieren und zu verbieten.

Gleiche Rechte für die palästinensischen BürgerInnen Israels

Das jüngste Grundgesetz Israels definiert Israel als „den Nationalstaat des jüdischen Volkes“, das allein das Recht auf Selbstbestimmung hat und dessen Sprache, Hebräisch, die alleinige Staatssprache ist. Damit bekennt sich Israel schuldig im Sinne der Anklage, eine Form der Apartheid, ein rassistisches Unternehmen zu verkörpern. Es ist nicht antisemitisch, das auszusprechen. Israel und der Zionismus sind nicht gleichbedeutend mit der jüdischen Identität oder den Jüdinnen und Juden auf der ganzen Welt, von denen sich immer mehr, trotz Einschüchterung, gegen Israels Behandlung der PalästinenserInnen aussprechen. Bis heute wird Millionen von PalästinenserInnen der Zugang zu ihrer Heimat verwehrt. Ihr Land und Eigentum bleiben konfisziert, nur weil sie keine Jüdinnen und Juden sind. Seit seiner Gründung hat Israel eigene BürgerInnen auf dieser Grundlage systematisch diskriminiert und NichtbürgerInnen wie die PalästinenserInnen im Westjordanland und im Gazastreifen einem Militärregime unterworfen, das sich durch Freiheit der Kolonisation, aber anhaltende Zerstörung palästinensischer

Häuser und strikte
Trennung auszeichnet.

1973 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Internationale Konvention über die Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid. Die darin enthaltene Definition von Apartheid umfasst auch das Verweigern des „Recht(s) auf Verlassen des Landes und auf Rückkehr ins Heimatland, auf Staatsangehörigkeit, auf Freizügigkeit der Bewegung und des Aufenthalts“. Die Definition umfasst auch „die Enteignung von Grundbesitz, der einer ethnischen Gruppe gehört“. Tatsächlich dürfen „Nichtjuden und -jüdinnen“ auf den 93 Prozent des von ihren Vorfahren enteigneten und vom israelischen Staat kontrollierten Landes keinen Boden kaufen oder mieten. Die BürgerInnenrechtsorganisation Adalah (deutsch: Gerechtigkeit) rechnet vor, dass mehr als 50 Gesetze palästinensisch-israelische BürgerInnen bei Landbesitz, Wohnrechten, dem Recht auf ein Familienleben, Bildung und anderen Themen diskriminieren. Obwohl palästinensische BürgerInnen Israels bei Parlamentswahlen wählen und Knessetabgeordnete werden können, lehnte dieses Parlament 2016 ausdrücklich einen Gesetzentwurf ab, der die Gleichstellung zu einem Grundgesetz gemacht, also in den Verfassungsrang gehoben hätte.

Palästinensische Dorfgemeinden und städtische Gebiete werden regelmäßig zu „unerlaubt errichteten“ erklärt und abgerissen.

Israelische nichtjüdische BürgerInnen mit EhepartnerInnen aus dem

Westjordanland oder dem Gazastreifen können diese nicht nach Israel bringen.

Das Höchste Gericht gestand zwar zu, dass dies eine Verletzung der

Menschenrechte sei, fügte aber hinzu: „Menschenrechte sind kein Rezept zum

nationalen Selbstmord“, und wies Klagen dagegen zurück. Weiters sind

Wohngebiete rassistisch getrennt und das Schulsystem privilegiert offen jüdische

Israelis. Auch der Wohnungsbau ist im Grunde genommen segregiert. 70 Prozent

der israelischen Gemeinden verfügen über Zulassungskommissionen, die potenzielle

EinwohnerInnen auswählen und PalästinenserInnen systematisch ausschließen.

Der Staat kontrolliert 93 Prozent des Landes in Israel, und eine Regierungsbehörde, die „Israelische Landverwaltung“ (ILA), verwaltet

und verteilt dieses Land. Die ILA verfügt über kein Mandat, Land nach fairen

Kriterien zu verteilen, und die Mitglieder des Jüdischen Nationalfonds (JNF;

gegründet 1901 von Theodor Herzl!) machen fast die Hälfte des ILA-Aufsichtsrates aus. Der JNF übernimmt hier eigentlich staatliche Aufgaben.

Im Jahr 2005 behauptete der Vorsitzende, Yehiel Leket, dass seine Organisation

„nicht verpflichtet ist, zum Wohle aller ihrer BürgerInnen, (sondern) nur zum

Wohle der jüdischen Bevölkerung zu handeln. Der JNF besitzt auch direkt 13 Prozent aller öffentlichen Flächen, von denen viele zu den fruchtbarsten und produktivsten des Landes gehören. Eine besonders brutale staatliche Kampagne wurde gegen mindestens 250.000 BeduinInnen in der Negevwüste und in Galiläa durchgeführt. Die traditionell nomadischen HirtInnen gelten als BlockiererInnen zionistischer Siedlungsprojekte und als Hindernis im Weg der Ausweitung israelischer Kontrolle über diese Gebiete. Ihren Gemeinschaften wird regelmäßig die Anerkennung verweigert und somit ein Rechtsvorwand geschaffen, ihre Unterkünfte abzureißen. Ihre medizinischen und Bildungseinrichtungen sind in einem fürchterlichen Zustand im Vergleich zu denen, die jüdischen Israelis zur Verfügung stehen.

Gegen diese groben Verstöße gegen demokratische Rechte und den grassierenden Rassismus fordern wir:

- Uneingeschränkte Bewegungsfreiheit zwischen allen Teilen des historischen Palästina für alle arabischen PalästinenserInnen und alle jüdischen Israelis.
- Eine gemeinsame StaatsbürgerInnenschaft für alle arabischen PalästinenserInnen und alle jüdischen Israelis mit der Möglichkeit für palästinensische Flüchtlinge außerhalb des Landes, diese zu erlangen.

- Die Abschaffung des israelischen Rückkehrgesetzes und aller anderen Gesetze, die einen privilegierten Zugang zu Einwanderung, Aufenthalt oder Staatsbürgerschaft auf Grundlage der jüdischen Abstammung oder Religion gewähren.

- Die Abschaffung aller israelischen Gesetze, die das Recht der arabischen BürgerInnen Israels einschränken, ihre Staatsangehörigkeit auf EhepartnerInnen oder Nachkommen zu übertragen.

- Die Abschaffung aller israelischen Gesetze, die arabische BürgerInnen Israels im Bereich des Eigentums oder anderer BürgerInnenrechte diskriminieren, und die vollständige zivile Gleichstellung von Jüdinnen/Juden und AraberInnen im gesamten historischen Palästina.

- Das Verbot und die Aufhebung von „privaten“ und anderen „nichtstaatlichen“ Rechtsvorschriften, Verträgen oder Übereinkommen, die das Aufenthaltsrecht von Nichtjuden und -jüdinnen einschränken.

- Verstaatlichung des Jüdischen Nationalfonds sowie seine Öffnung für PalästinenserInnen, Abschaffung aller Privilegien für Jüdinnen und Juden sowie Zugang zur Nutzung von Staatsland für alle.

- Anerkennung des Rechts der BeduinInnen auf das Land, auf dem sie leben und ihre Tiere versorgen.

Die Befreiung des Westjordanlandes von der israelischen Besatzung

Die besetzten Gebiete, vom israelischen Staat „Judäa und Samaria“ genannt und allgemein als Westjordanland bezeichnet, sind ein Archipel palästinensisch verwalteter Inseln. Die rund 20 Kilometer breite Zone wird mit Ausnahme des Gebietes um Jericho (arabisch: Ariha) vom Militär besetzt.

Andererseits ist ein Landstreifen entlang der „Grünen Linie“, der jetzt durch die Sicherheitsbarriere begrenzt und teilweise durchtrennt wird, im Widerspruch zu den UN-Resolutionen stark besiedelt. Gab es 1993, als die Osloer Abkommen unterzeichnet wurden, 260.000 israelische SiedlerInnen im Westjordanland und in Ostjerusalem, so sind es heute mehr als 600.000 in etwa 140 Kolonien. Vor allem hier hat Israel eine Apartheidsituation geschaffen, in der Israelis das beste Land besetzen und Vorrang beim Zugang zu Ressourcen haben, während PalästinenserInnen von Mauern, Militärstraßen und Kontrollpunkten eingeschlossen sind und ihre Dörfer und Städte oft von Hügelsiedlungen bewaffneter und aggressiver SiedlerInnen dominiert werden.

Die „Sicherheitsbarriere“, jetzt international als „Apartheids-Mauer“ bekannt, verstößt gegen das Völkerrecht, obwohl natürlich

keine internationale Behörde und keine Staatsmacht Israel dafür belangen kann und will. Ebenso sind die Ausrufung Jerusalems als „ungeteilte“ und ewige Hauptstadt Israels 2018 und deren Anerkennung durch die Vereinigten Staaten weitere Maßnahmen, um zu verhindern, dass die Stadt jemals zur Hauptstadt Palästinas wird. Israel behindert aufdringlich politische Aktivitäten der PalästinenserInnen, die in bürgerlichen Demokratien Grundrechte sind. Kontrollpunkte und Trennmauern behindern die Bewegungsfreiheit, was das Funktionieren des palästinensischen Legislativrates erschwert, wenn nicht gar unmöglich macht. Seine Mitglieder und ParteivertreterInnen sind oft lange im israelischen „Sicherheitsarrest“ oder gar in Haft weggesperrt. Einige Abgeordnete (vor allem von der Hamas) wurden sogar durch die israelischen Sicherheitskräfte ermordet.

- Reißt die Apartheidmauer nieder! Für die Freizügigkeit aller PalästinenserInnen im gesamten Gazastreifen, im Westjordanland und in Israel.
- Widerstand gegen das Recht Israels, PalästinenserInnen aus dem historischen Palästina auszuweisen, und gegen die Erpressung durch eine „Anerkennung des Existenzrechts Israels“, mit der dies gerechtfertigt wird.
- Wir fordern die Abschaffung der segregierten Siedlungen

im Westjordanland und ihre Umwandlung in multiethnische Gemeinschaften unter der Kontrolle demokratisch gewählter Versammlungen.

- Keine internationale Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels. Anerkennung als Hauptstadt eines zukünftigen palästinensischen Staates.

Ende Juni 2018 befanden sich 5.667 palästinensische Sicherheitshäftlinge und politische Gefangene, darunter mehrere hundert Kinder, in Verwahrung durch den Israelischen Gefängnisdienst (IPS).

- Wir fordern ihre sofortige und bedingungslose Freilassung.

Ein wichtiger Schritt im Befreiungskampf besteht darin, die korrupte und kollaborative Fatah-Führung zu ersetzen. Wir kämpfen für:

- freie und faire Wahlen zu einer palästinensischen verfassunggebenden Versammlung.

Für Frauenbefreiung

Frauen sind seit den 1920er Jahren, als sie mit Männern gemeinsam gegen die britische Besatzung protestierten, im palästinensischen Kampf aktiv. Sie mussten in der Nakba Grausames erleiden einschließlich

brutaler Vergewaltigungen, die darauf abzielten, die Bevölkerung zu demütigen, zu demoralisieren und die ethnischen Säuberungen zu beschleunigen. Dennoch haben Frauen in den Flüchtlingslagern und im Exil ihre Strukturen erhalten und ihre Identifikation mit der Heimat an nachfolgende Generationen weitergegeben. In der Zeit des Guerillakampfes wurde Leila Chaled zu einem internationalen Symbol des gesamten Kampfes.

Auch heute noch werden Frauen an israelischen Kontrollpunkten absichtlich gedemütigt und schikaniert. Auch israelische Bomben kümmern sich nicht um das Geschlecht ihrer Opfer. Obwohl die traditionelle palästinensische Gesellschaft sozial konservativ ist und Frauen und Mädchen vor dem, was als „unehrenhafte“ Aktivität gilt, „schützt“, fanden viele Frauen durch politische Bildung und Mobilisierung zur Freiheit. Während der beiden Intifadas wurden Frauen zu Organisatorinnen der Gemeinschaften und bildeten Straßenkomitees und andere Organisationen.

Obwohl die Rolle der Frauen als entscheidend anerkannt wurde, sind sie immer noch selten an politischer Entscheidungsfindung beteiligt. Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA/PNA) beschränkt die Beschäftigung von Frauen auf Berufe wie Sekretärinnen oder Lehrerinnen an öffentlichen Schulen. In der Führung der wichtigsten

palästinensischen politischen Parteien sind Frauen nach wie vor unterrepräsentiert.

Der Sieg der Hamas in Gaza war ein Rückschritt für die Rechte der Frauen, da sie darauf drängte, das palästinensische Recht durch die Scharia (wörtlich: gebahnter Weg; religiöses Gesetz) zu ersetzen. Frauen sind verpflichtet, islamische Kleidung zu tragen und kulturelle Einschränkungen hinzunehmen. Oft können sie ohne die Erlaubnis eines männlichen Verwandten nicht einmal das Haus verlassen. Dennoch setzen sich palästinensische Frauenaktivistinnen für Gesetze zum Schutz von Frauen vor Ehrenmorden und männlicher häuslicher Gewalt ein. Vor kurzem zeigte der Große Rückkehrmarsch, an dem bis zu 40 % Frauen teilnahmen, wie bei dem Intifada davor, dass der Kampf gegen die israelische Herrschaft mit dem für die Befreiung der Frauen zusammenhängt und ihn stärkt.

- Beendigung der Schikanen von israelischen SoldatInnen gegen Frauen und deren Durchsuchungen an Kontrollpunkten.
- Gleiche Rechte und Zugang zu Bildung für Frauen, gleiche Eigentumsrechte, gleicher Lohn für gleiche Arbeit.
- Positive Diskriminierung bei der Auswahl von weiblichen

Mitgliedern zu allen politischen und staatlichen Gremien und Diensten.

- Keine Straffreiheit für diejenigen, die Frauen ermorden, vergewaltigen und schlagen, seien es Verwandte oder Fremde.
- Für Zentren zur Frauenförderung und medizinische Versorgung, für das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper und über die Geburt eines Kindes zu entscheiden.
- Aufhebung aller patriarchalen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, der Kleidung und der PartnerInnenwahl von Frauen.
- Für eine unabhängige und demokratische palästinensische Frauenbewegung.

Für eine sozialistische Ein-Staaten-Lösung

In Wirklichkeit ist die „Zwei-Staaten-Lösung“ tot. Die Anerkennung in Worten existiert als Feigenblatt für israelische Übergriffe. Für die USA und die westeuropäischen Staaten rechtfertigt sie die anhaltende Unterstützung für Israel, und für reformistische Parteien wie die britische Labour-Partei ermöglicht sie es zu ignorieren, dass die Existenz des Staates Israel als jüdischer

Staat die
Auslöschung der palästinensischen Nationalität bedeutet.

Den gegenwärtigen zionistischen Staat zu stürzen bedeutet nicht, die israelische Nation zu vernichten. Keine ernstzunehmende palästinensische Organisation verlangt dies. Alle islamistischen Bewegungen, Könige und DiktatorInnen in der arabischen Welt, die in der Vergangenheit impotente antisemitische Drohungen ausgesprochen haben oder heute aussprechen, die „Jüdinnen und Juden ins Meer zu treiben“, sollten aufs Schärfste verurteilt werden. Sie sind keine FreundInnen, sondern FeindInnen sowohl der PalästinenserInnen als auch des israelischen Volkes.

Nur die ArbeiterInnenklassen dieser nationalen, sprachlichen und religiös-kulturellen Gemeinschaften, ihre Jugend, ihre Frauen können den Sturz des Zionismus erreichen. Gegenwärtig sind die meisten israelisch-jüdischen ArbeiterInnen durch den Gewerkschaftsbund Histadrut an den Unterdrückerstaat gebunden. Die Histadrut (wörtlich: Zusammenschluss) war nie eine echte Klassengewerkschaft, sondern eine der Hauptagenturen für die Enteignung und ethnische Trennung der ArbeiterInnen. Fortschrittliche israelische ArbeiterInnen, die die Sicherheit einer freien und gleichberechtigten Gesellschaft anstreben, sollten sich vom Histadrut lösen und mit ihren palästinensischen Brüdern und Schwestern gemeinsame

Gewerkschaften
bilden.

PalästinenserInnen als unterdrücktes Volk haben kein Interesse daran, die Unterdrückung umzukehren, wie es die ZionistInnen taten.

Wir lehnen Antisemitismus entschieden ab und begrüßen all jene Jüdinnen und Juden in Israel und weltweit, die die palästinensischen Rechte und das Ziel unterstützen, ein Land ohne nationale, rassische, religiöse oder sprachliche Privilegien für eine einzelne Gemeinschaft aufzubauen.

Zwar würde die Rückkehr von Millionen palästinensischer Flüchtlinge zu ernsthaften sozialen und wirtschaftlichen Problemen führen, wenn es den KapitalistInnen und dem Markt überlassen bliebe, sie zu organisieren. Es gibt jedoch einen Weg, wie das historische Land Palästina beiden Nationen Platz bieten kann. Der einzige Weg, den Konflikt um den Zugang zu Land, Arbeit, Bildung und Wohnen zu lösen, ist das vergesellschaftete Eigentum an Produktionsmitteln, Grundstücken, Fabriken, Büros und ebenso die gleichberechtigten Bereitstellung von Gesundheit, Bildung und Wohnen, koordiniert durch einen demokratischen Plan.

Deshalb kämpfen wir für eine sozialistische Lösung, die auf dem gemeinsamen Besitz des Landes und aller wichtigen Produktionsmittel

basiert. Das bedeutet nicht die Enteignung derjenigen, die das Land tatsächlich bewirtschaften, sondern im Gegenteil ihnen zu ermöglichen, es zu entwickeln und zu verbessern, damit sie ein gutes Leben für sich selbst und Lebensmittel und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse für die Dörfer, Städte und Gemeinden schaffen, was zu einem demokratisch vereinbarten Plan beiträgt.

- In den Fabriken und anderen Betrieben kämpfen wir für ArbeiterInnenkontrolle und -verwaltung.

- Das Land den kleinen Bäuerinnen und Bauern! Wir fordern die Verstaatlichung des Landes, damit diejenigen, die es ursprünglich bestellt haben und es wieder bewirtschaften wollen, zurückkehren können, und die Israelis, die das Land seit vielen Jahren bewirtschaften und dies fortsetzen wollen, dies zusammen mit ihren palästinensischen Brüdern und Schwestern in demokratischen Genossenschaften tun können, die Lebensmittel für die Gesamtbevölkerung liefern.

- Vollständige Verstaatlichung aller Banken und Finanzinstitute unter ArbeiterInnenkontrolle.

- Verstaatlichung der gesamten Großindustrie unter der ArbeiterInnenkontrolle und Einrichtung von branchenübergreifenden Ausschüssen, um einen Plan für Produktion und Vertrieb zu erstellen.

- Für ein umfangreiches Programm von öffentlichen Arbeiten

zum Bau von Wohnungen, Schulen und Krankenhäusern. Einrichtung von integrierten Arbeitsgruppen, die je nach Bedarf Wohnraum zuweisen.

- Für einen regionalen Plan der Energieerzeugung, weg von den fossilen Brennstoffen hin zur Stromerzeugung mittels erneuerbarer Energien.
- Unterstützung der Kämpfe anderer ethnischer Minderheiten innerhalb des zionistischen Staates, z. B. chinesischer und osteuropäischer WanderarbeiterInnen.
- Unterstützung für alle sozialen und wirtschaftlichen Kämpfe der israelisch-jüdischen ArbeiterInnen und Jugendlichen, solange diese nicht darauf abzielen, Privilegien gegen ihre Klassenbrüder und -schwestern aufrechtzuerhalten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Befreiung der PalästinenserInnen in Israel und in den besetzten Gebieten sowie in den Flüchtlingslagern nur durch eine Strategie der permanenten Revolution erfolgen kann. Das bedeutet die Umwandlung des demokratischen Kampfes gegen die nationale Unterdrückung in einen für Gemeineigentum, Planung und Kontrolle unter einer ArbeiterInnen- und Bauern-/Bäuerinnenregierung. Es bedeutet auch die internationale Ausweitung der Revolution. Palästina ist ein kleines Land, und sein Weg zum Sozialismus wird nur auf der Grundlage der Ausbreitung einer

miteinander verbundenen demokratischen und sozialistischen Revolution in der gesamten Region erfolgreich sein.

Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens

Vor fast zweihundert Jahren begannen die kapitalistischen Länder Europas, Teile des Nahen Ostens im untergehenden Osmanischen Reich zu erobern. Seit einem Jahrhundert wird der enorme Ölreichtum des Nahen Ostens von diesen Mächten geplündert, nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem durch die Vereinigten Staaten. Sein natürlicher Reichtum floss nach Westen und Osten, um die industrielle und kommerzielle Entwicklung Europas, Amerikas und Japans nach dem Krieg voranzutreiben, während die Massen der arabischen Länder und des Iran unter korrupten und diktatorischen Regimen in Armut lebten.

Israel ist ein Keil, der in die zersplitterte arabische Welt getrieben wurde. Milliarden von US-Dollar haben einen militärisch mächtigen Brückenkopf aufgebaut, dessen Armee im Bedarfsfall als Gendarm agieren kann. Israel ist eine Hightech-Militärmacht mit Atomwaffen und mit 6,5 Milliarden Dollar Jahresumsatz einer der weltweit größten Waffenexporteure. Es steht unter keiner ernsthaften Bedrohung durch die viel schwächeren arabischen

Staaten oder den Iran. Doch Israel und die USA haben alle angegriffen oder mit einem Angriff bedroht, die sich ihren Wünschen widersetzen, egal wie unwirksam oder symbolisch.

- Das Vertreiben dieser imperialistischen Mächte und ihrer verschiedenen regionalen HandlangerInnen stellt daher eine wesentliche Voraussetzung für die Freiheit für Palästina und ein Ende des rassistischen Siedlerstaates dar.
- Wir kämpfen für die entschädigungslose Verstaatlichung aller Dachgesellschaften (Holdings) der imperialistischen multinationalen Konzerne, der Ölgesellschaften und ihrer Vermögenswerte in der gesamten Region.
- Wir fordern von den imperialistischen Staaten und den Ölkonzernen eine massive Entschädigung für ihre Überausbeutung der Region im letzten Jahrhundert.
- Alle US-Basen, alle „westlichen“ Truppen müssen verschwinden. Schließung aller ihrer Stützpunkte und Militärhäfen. Die anhaltenden mörderischen Aktionen Russlands in Syrien zeigen, dass das Gleiche für dessen Standorte in diesem Land gilt.

Welche Art von Partei kann dies

erreichen?

Der israelische Staat kann nur dann besiegt und die Möglichkeit eines sozialistischen Staates nur dann eröffnet werden, wenn er im revolutionären Kampf, gegen die zionistische herrschende Klasse, unter der Führung von PalästinenserInnen und den fortschrittlichen Kräften innerhalb der israelischen Gesellschaft zerstört wird. Wir können uns nicht der Illusion hingeben, dass dies weniger als einen Massenaufstand und eine Bewegung erfordert, die diese endgültige Konfrontation planen und vorbereiten muss. Nur eine revolutionäre Partei kann die Avantgarde der ArbeiterInnen und Jugendlichen auf diese Aufgabe vorbereiten. Daher muss sich die Partei bei Bedarf illegal organisieren und auch eine disziplinierte Kaderpartei repräsentieren, die den demokratischen Zentralismus anwendet, um ihre Wirksamkeit und Überlebensfähigkeit unter repressiven Bedingungen zu gewährleisten.

Die revolutionäre Partei wird offen sein für alle AvantgardenkämpferInnen, die ihr Programm unterstützen. Sie muss ArbeiterInnen, Frauen, Jugendliche und Intellektuelle erreichen und einbeziehen. Sie wird versuchen, fortschrittliche israelisch-jüdische ArbeiterInnen und Jugendliche in ihre Reihen zu holen.

Sie wird sich zum Ziel setzen, nicht nur für den Sturz der israelischen Regierung, sondern auch der korrupten PA zu kämpfen und sie durch eine konstituierende Versammlung zu ersetzen, die mit der Ausarbeitung der Verfassung eines binationalen, säkularen, demokratischen und sozialistischen Staates beauftragt ist. Auf dem Höhepunkt dieses revolutionären Kampfes treten wir dafür ein, eine ArbeiterInnen- und Bauern-/Bäuerinnenregierung an die Macht zu bringen. Ihr Ziel wird darin liegen, die Macht in die Hände von Delegiertenräten zu legen, die arbeitenden Menschen zu bewaffnen und so den repressiven bürgerlichen Staat zu zerschlagen.

Die folgenden Losungen fassen die Strategie zusammen, für die in Palästina und von der internationalen ArbeiterInnenklasse zu kämpfen ist:

- Nieder mit allen imperialistischen Mächten, AusbeuterInnen und UnterdrückerInnen der Völker des Nahen Ostens!
- Zerschlagt den zionistischen Staat, ein Instrument des Imperialismus!
- Für den Sieg der nationalen Befreiung des palästinensischen Volkes!

- Für permanente Revolution in Palästina und im Nahen Osten!
 - Für ein sozialistisches Palästina innerhalb Vereinigter Sozialistischer Staaten des Nahen Ostens!
 - Für die Fünfte Internationale, eine zentrale Waffe der ArbeiterInnen und aller unterdrückten Völker, die für ihre Befreiung kämpfen!
-

Thesen zur kurdischen Frage

Liga für die Fünfte Internationale, Juli 2018, Revolutionärer Marxismus 51, Mai 2019

Einleitung

Die kurdische nationale Frage und der Widerstandskampf sind in den letzten Jahren und insbesondere seit 2014 in den Vordergrund gerückt. Die arabische Revolution und die Ergebnisse der US-Besetzung des Irak haben zu einer Desintegration Syriens und des Irak geführt, wodurch Irakisch-Kurdistan und auch Rojava de facto Formen der Unabhängigkeit von „ihren“ Zentralstaaten und

quasi-staatliche
Strukturen etabliert haben.

Auch wenn die
kurdischen Führungen, so unterschiedliche wie die PDK
(Demokratische Partei
Kurdistan) im Irak, die PYD (Partei der Demokratischen Union)
in Rojava
(Demokratische Föderation Nordsyrien) oder die PKK
(ArbeiterInnenpartei
Kurdistan) in Nordkurdistan, behaupten, die bestehenden
Staatsgrenzen nicht in
Frage stellen zu wollen, wird von Tag zu Tag klarer, dass die
nationale
Unterdrückung des kurdischen Volkes im Rahmen dieser
bürgerlichen Staaten nicht
überwunden werden kann. Ob das kurdische Volk in den
verschiedenen Staaten für
die Selbstbestimmung kämpft, indem es eine größere Autonomie
innerhalb ihrer
erreicht oder einen gemeinsamen kurdischen Staat bildet – es
ist klar, dass die
bestehenden Regime und herrschenden Klassen nicht bereit sind,
dieser Nation die
nationalen und demokratischen Rechte einzuräumen. Als
revolutionäre
MarxistInnen unterstützen wir dieses Recht rückhaltlos.

Eine dauerhafte
Lösung der kurdischen Frage kann nur im Rahmen des Kampfes
gegen die nationale
Unterdrückung und gegen die politisch-soziale Ordnung, die vom
Imperialismus,
der türkischen, arabischen und persischen Elite seit dem
Ersten Weltkrieg

aufgebaut und verteidigt wird, gefunden werden. Die irakischen und syrischen Staaten waren ein Produkt der Grenzen, die der Imperialismus nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches damals erzwang. Die sozialen Gegensätze innerhalb dieser Gesellschaften verschärften sich mit dem Zusammenbruch der Nachkriegsordnung 1990, den Kriegen gegen den Irak und der Durchsetzung des Neoliberalismus bis hin zur gegenwärtigen Situation, in der die Lebensfähigkeit dieser Staaten in Frage steht und es sehr schwer zu erkennen ist, wie ihre Stabilität, auch mit extrem reaktionären Maßnahmen, wiederhergestellt werden kann.

Die Bedeutsamkeit der kurdischen Frage muss im Kontext der allgemeinen historischen Krise der politischen und sozialen Ordnung im Nahen Osten verstanden werden.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Nachkriegsordnung wollten die USA als verbliebene, scheinbar allmächtige Weltmacht eine „neue Weltordnung“ durchsetzen, die ihre Hegemonie dauerhaft machen sollte. Die Kontrolle über den Nahen Osten wurde als Schlüssel angesehen, um das Entstehen neuer globaler KonkurrentInnen zu verhindern. Die Kriege gegen den Irak und dessen endgültige

Besatzung müssen im Rahmen dieser geopolitischen Strategie verstanden werden.

Aber die USA und ihre Verbündeten erwiesen sich als unfähig, dem Irak, trotz schneller militärischer Siege, ein neues, dauerhaftes Regime aufzuzwingen. Durch die Zerschlagung der sunnitischen ba'athistischen Herrschaft zerstörten sie auch den größten Teil des irakischen Staatsapparats und destabilisierten das Land. Letztlich waren die US-Besatzungstruppen selbst zu einem demütigenden Rückzug aus dem Irak gezwungen und hinterließen ein reaktionäres, sektiererisches, jetzt schiitisch dominiertes Regime in Bagdad, eine völlig entfremdete sunnitische Bevölkerung, aber auch eine kurdische Region, die ein hohes Maß an Unabhängigkeit angenommen und sich mehrere Jahre lang aus den sektiererischen Auseinandersetzungen zwischen sunnitischen und schiitischen Kräften herausgehalten hatte.

Die Unfähigkeit der USA, eine dauerhafte Ordnung durchzusetzen, spiegelt letztlich wider, dass ihr Vormarsch in den 1990er und frühen 2000er Jahren – also während des Höhepunkts der „Globalisierung“ – auf einem weitgehend spekulativen Wirtschaftsaufschwung und nicht auf einer erfolgreichen Umstrukturierung der

Weltwirtschaft beruhte, die die aus den 1970er und 1980er Jahren hinterlassene strukturelle Überakkumulation von Kapital hätte überwinden können.

Der Ausbruch der großen Krise 2007/08 eröffnete eine neue Periode, die den Arabischen Frühling hervorbrachte. Der Irak war bereits weitgehend zerfallen, doch nun sah sich das syrische Regime, das sich seit den 1990er Jahren als Verbündeter des Imperialismus präsentiert hatte, der Welle der arabischen Revolutionen gegenüber, die sich in einen Bürgerkrieg verwandelte und zur Schaffung halb-unabhängiger kurdischer Regionen in Syrien (Rojava) führte.

Sowohl im Irak als auch in Syrien hatten die ba'athistischen Regime extrem repressive, autoritäre Regime mit tief in die Gesellschaft eindringenden Sicherheitsapparaten errichtet. Ihr arabisch-nationalistischer Charakter ging auch Hand in Hand mit der Verweigerung grundlegender Formen kurdischer demokratischer Rechte (ganz zu schweigen vom Recht auf Selbstbestimmung) und war manchmal extrem repressiv, gewährte aber auch gelegentlich begrenzte kulturelle Rechte. Aber diese Regime enthielten auch ein Element von Einbeziehung der Massen durch korporatistische Maßnahmen, Subventionen und Mäzenatentum.

Doch die reaktionären Kriege, die Saddam Hussein (im Namen der USA) führte, und dann die US-Besatzung im Irak unterminierten dies. In Syrien bewegte sich das ba'athistische Regime unter seiner neuen Führung durch Baschar al-Assad mehr in Richtung westlicher Imperialismus und nahm in den 2000er Jahren neoliberale Wirtschaftsmaßnahmen an, die auch seine soziale Basis verengten.

Die Schwächung der US-Hegemonie in den 2000er Jahren veranlasste andere imperialistische Mächte, ihren Einfluss im Nahen Osten (wieder) zu etablieren, ebenso wie sie aufstrebende Regionalmächte ermutigte zu versuchen, das „Vakuum“ zu füllen, das von zusammenbrechenden Staaten wie Irak und Syrien ausging. So wollten verschiedene Länder wie die Türkei, Saudi-Arabien, Iran, Israel oder sogar Katar von der Situation profitieren. In weiten Teilen des Irak und Syriens hatte sich der semi-faschistische konterrevolutionäre „Islamische Staat“ (ISIS) auf weiter Fläche etabliert – selbst ein konterrevolutionäres Ergebnis der US-Besetzung, der Politik des Assad-Regimes, der politischen Krise der Führung der syrischen Revolution und des direkten Einflusses der Türkei, Katars und anderer Regime. Der Vormarsch von ISIS zeigte nicht nur eine extreme Form der Konterrevolution, sondern auch den künstlichen Charakter der Grenzen und

Staaten nach dem Ersten Weltkrieg. Auch wenn sich sein „Staat“ als kurzlebig erwies, ist die politische und wirtschaftliche Situation, die ihn in erster Linie überhaupt erst hervorgebracht hat, durch seine militärische Niederlage und den Verlust seines Territoriums nicht gelöst worden.

Daher ist es durchaus wahrscheinlich, dass sich die anhaltende Krise des irakischen und syrischen Staates und der verstärkte Kampf um eine Neuaufteilung der Einflussphären zwischen den regionalen Mächten (Saudi-Arabien, Iran, Israel, Türkei) sowie den ImperialistInnen (derzeit vor allem den USA und Russland) in den kommenden Jahren auf Jordanien und den Libanon und darüber hinaus ausweiten werden. Während das türkische und das iranische Regime relativ stabil scheinen, sind sie selbst von inneren Widersprüchen geplagt, die durchaus explodieren könnten – vor allem, wenn wir in der kommenden Zeit mit einer weiteren globalen wirtschaftlichen Rezession konfrontiert werden. Dies wurde durch die Wirtschaftskrise, Protestdemonstrationen und Spaltlinien innerhalb des iranischen Regimes zum Jahreswechsel 2017/18 bestätigt. Trotz Erdogans Wahlsieg 2018 droht auch die ökonomische Krise die Grundlagen seiner Herrschaft in der Türkei zu untergraben.

In dieser Situation können wir auch erwarten, dass der westliche Imperialismus trotz Obamas und nun Trumps Versicherung, Truppen abziehen zu wollen, offener eingreift, um nicht nur seinen eigenen Einfluss zu stärken, sondern auch den Russlands zurückzudrängen. Mit der Niederlage der syrischen Revolution hat Russland bewiesen, dass es eine globale imperialistische Macht ist, die ihren Einfluss im Nahen Osten verstärkt. Und die USA und die europäischen ImperialistInnen werden ihre einschlägigen Strategien in der Region neu justieren müssen, um den wachsenden Einfluss Russlands nicht nur in Syrien, sondern auch im Iran und in der Türkei einzudämmen. Die Trump-Strategie zur Unterstützung Israels, Saudi-Arabiens und ihrer engeren Verbündeten bei gleichzeitiger Erhöhung des Drucks auf den Iran bedeutet jedoch, dass die Unterschiede zwischen den USA und mehreren EU-Mächten selbst stärker herausgestellt werden, ebenso wie China, das als Weltmacht aufsteigt, zunehmend gezwungen sein wird, seine politische Aufmerksamkeit auf die Region zu lenken.

In den vergangenen Jahren, nach einer Zeit der Drohungen, in Syrien einzugreifen, taten die USA dies eher zögerlich, da sie keine klare Strategie hatten, wie der Nahe Osten neu geordnet werden sollte. In Syrien haben sie de facto

das Überleben
des Assad-Regimes als „kleineres Übel“ gegenüber dem
Islamischen Staat im Jahr
2014 akzeptiert. Die FSA (Freie Syrische Armee) ist eine
Kraft, die weitgehend
versagt hat, obwohl ihre Führung und der Syrische Nationalrat
(SNC) mehr als
bereit waren, sich mit den USA und der Türkei zu verbünden.
Die FSA selbst
erwies sich als Dachorganisation und nicht als politische
Kraft, so wie sich
die Koordinierungsausschüsse der syrischen Revolution
bestenfalls als politisch
impotent herausstellten. Im Irak würde eine stärkere westliche
Intervention
schließlich eine zweite Besatzung mit Hunderttausenden von
SoldatInnen
erfordern, mit eher ungewissem Ausgang.

Einige Teile der
US-Regierung spielten vor diesem Hintergrund mit dem
Gedanken der Bewaffnung der KurdInnen als ihren „natürlichen
Verbündeten“. In Syrien sind die USA sogar dazu übergegangen,
die kurdisch
geführten „Demokratischen Kräfte Syriens“ (DKS) mit Waffen zu
versorgen,
darunter die kurdischen Selbstverteidigungseinheiten, Teile
der FSA und Quwwat
as-Sanadid (sunnitisch-arabische Schammar-Stammesmiliz;
„Kräfte der Mutigen“).
Dies hat zu weiteren Spannungen mit der Türkei geführt, die
den USA die
Unterstützung von „TerroristInnen“ vorwirft, aber auch innere
Widersprüche der
US-Politik offenbart, da die PKK nach wie vor als
„terroristische Organisation“

von USA und EU verfolgt wird, während die PYD mehr oder weniger offen unterstützt wird. Die Bewaffnung und Ausbildung der irakischen KurdInnen, der Peschmerga, (Streitkräfte der Autonomen Region Kurdistan; „Die dem Tod ins Auge Sehenden“) durch die USA, aber auch durch den deutschen Imperialismus, erschweren die Beziehungen zum Regime in Bagdad und drängen es mehr auf Teheran zu. So achteten die ImperialistInnen sogar in den kurdischen Regionen im Irak darauf, die Provinz nicht zu einem „echten“ Staat oder einem Anziehungspunkt für separatistische Bewegungen oder nationale Aufstände oder die Schaffung eines größeren kurdischen Staates in der Region zu machen.

Derzeit sind sich alle ImperialistInnen und auch alle regionalen Mächte (zumindest offiziell) einig, dass die Grenzen der verschiedenen Staaten nicht angetastet werden dürfen. Es darf kein neuer Staat entstehen, aber offensichtlich könnten von den verschiedenen Mächten neue Einflusszonen aufgebaut werden wie ein von der türkischen Armee kontrollierter Korridor in Nordsyrien. Der Islamische Staat stellte dies stillschweigende Territorialabkommen von der erzreaktionären Seite her in Frage. Aber es ist wirklich ein echtes Problem. Die Halb-Unabhängigkeit der kurdischen Gebiete im Irak und in Rojava stellt auch die bestehende staatliche Ordnung allein durch ihre Existenz in Frage. Eine Wiedereingliederung in den

irakischen oder syrischen Staat ohne eine vollständig siegreiche Revolution würde zwangsläufig dazu führen, dass das kurdische Volk eine Reihe demokratischer und nationaler Rechte aufgeben müsste, die es in den letzten Jahren erreicht hat. Es würde zu einer Wiederherstellung seiner nationalen Unterdrückung führen, sobald sich ein bürgerliches syrisches oder irakisches Regime stark genug fühlte, dies zu tun.

In Rojava schlossen die PYD und die kurdischen Streitkräfte ein weitreichendes Militärbündnis mit den USA. Es hat die geteilten und militärisch schlecht organisierten Teile der FSA und die „gemäßigte“ Opposition als bevorzugten US-amerikanischen Verbündeten in Syrien effektiv ersetzt. Mit Hilfe der USA erwiesen sich die kurdischen Streitkräfte als wirksam bei der Rückeroberung von Gebieten, die zuvor von ISIS besetzt waren. Für die USA ist der Zweck der Allianz ganz klar. Sie beabsichtigen, die kurdischen Streitkräfte zu nutzen, um ein Mitspracherecht bei der Neuordnung Syriens einzufordern. Aber der Zweck und das Bündnis beschränken sich auch darauf. Die USA wollen natürlich keine weitere Verschlechterung der Beziehungen zur Türkei riskieren. Deshalb hat Washington wirtschaftliche und technologische Hilfe für Rojava abgelehnt und, was noch wichtiger ist, die Forderungen nach kurdischer

Autonomie in einem
künftigen Syrien nicht unterstützt.

Die Türkei

hingegen hat ihr Ziel, Assad zu beseitigen, aufgegeben. Sie wirft vielmehr ihr Gewicht (und die Teile der syrischen Opposition, die sie kontrolliert) in eine „Friedensinitiative“ in Absprache mit Syrien, Iran, Russland und der Türkei.

Diese Regime haben erfolgreich jede kurdische Vertretung bei der sogenannten

„Astana-Konferenz“ blockiert, die die sogenannten „Friedensgespräche“ der UNO

abgelöst hat. Gleichzeitig hat Russland die türkische Eroberung von Afrin durch

die Öffnung des Luftraums zugelassen. Die USA haben ihrerseits ihren kurdischen

Verbündeten ohne Zögern fallen gelassen. Dies hat den türkischen Einfluss bei

der Neuordnung Syriens gestärkt und den kurdischen Formen von Selbstverwaltung

oder Autonomie, ganz zu schweigen von einem unabhängigen Staat, einen weiteren

Riegel vorgeschoben. Es ist jedoch klar, dass es, je mehr sich das syrische

Regime unter russischem Schutz und mit iranischer Unterstützung wieder

konsolidiert, die kurdischen Regionen sein werden, deren demokratische

Errungenschaften und Formen der Autonomie massiv angegriffen werden.

Im Irak

markierte das Jahr 2017 einen Wendepunkt für die kurdische

Region. Seit dem Sturz Saddam Husseins hatte sie unter der Führung der bürgerlich-nationalistischen und proimperialistischen PDK (einschließlich der Eingliederung der anderen, wichtigsten kurdischen Partei, der PUK) eine gewisse Selbstverwaltung aufgebaut. Die Niederlage von ISIS im Irak, der wachsende Einfluss des Iran und die Angst der USA, in Badgad noch mehr Einfluss zu verlieren, wenn man sie mit Unterstützung für kurdische Selbstverwaltung identifiziert, führten jedoch dazu, dass die Spannungen mit der irakischen Regierung zunahmen. Darüber hinaus befürchteten auch die Türkei und der Iran, obwohl sie der Barzani-Führung in Irakisch-Kurdistan seit einigen Jahren nicht feindlich gesinnt waren, dass der benachbarte kurdische Quasi-Staat Bewegungen für Autonomie und Selbstbestimmung (wenn nicht gar Unabhängigkeit) im eigenen Land fördern würde. Als die kurdische Regierung in Nord-Irak ein Referendum über die Unabhängigkeit abhielt, erhielt sie eine überwältigende Zustimmung (92 Prozent). Aber es bewies, dass die kurdischen FührerInnen nicht nur nicht in der Lage waren, es umzusetzen, sie mussten sich auch aus umstrittenen Gebieten in Kirkuk vor irakischen Truppen und schiitischen Milizen zurückziehen. Der darauf folgende politische und wirtschaftliche Druck der irakischen Regierung, der Türkei und der USA (die wollen, dass die KurdInnen auf Ölkonzessionen an russische Konzerne verzichten, um diese multinationalen US-

Unternehmen zu
gewähren) hat erneut gezeigt, dass die kurdische
Selbstbestimmung gegen das
Interesse aller Mächte verstößt.

Nach dem
Wahlerfolg der HDP (Halkların Demokratik Partisi =
Demokratische Partei der
Völker) im Jahr 2015 beendete der türkische Staat den
„Friedensprozess“ mit der
PKK und der kurdischen Bewegung. Bereits vor Erdogans
Gegenputsch zur
Errichtung einer bonapartistischen Präsidialdiktatur wurde der
Krieg gegen die
kurdische Bevölkerung wieder aufgenommen, indem Städte
bombardiert und von der
Bevölkerung abgeschottet wurden. Seit Sommer 2016 haben sich
der Krieg und die
Kriminalisierung der Bewegung (und anderer demokratischer
Kräfte) enorm beschleunigt.

Tausende von
HDP-FührerInnen und -Mitgliedern wurden kriminalisiert, ins
Gefängnis gesteckt,
verurteilt, von ihren Arbeitsplätzen entlassen. Während die
kurdische Miliz in
Rojava eine positive Medienberichterstattung erhielt,
verheimlichten die europäischen
Länder die stillschweigende türkische Unterstützung für
antikurdische Kräfte in
Syrien (einschließlich des Islamischen Staates). Sie
engagieren sich weiterhin
stark für die Unterstützung der Türkei im Kampf gegen die PKK,
verbieten
kurdische Organisationen in der EU, verfolgen kurdische

politische

AktivistInnen als „TerroristInnen“ und liefern sie an den türkischen Staat

aus. Sie weigern sich, den kurdischen Opfern von Erdogans Krieg oder den

meisten türkischen demokratischen Oppositionellen Aufnahme zu gewähren.

Im Iran war die

kurdische Bewegung relativ still – als Folge der schweren Niederlage nach der

„Islamischen Revolution“ und der Schaffung einer islamistischen, klerikalen

Diktatur, die die meisten kurdischen Parteien ausgelöscht und die Bewegung fast

atomisiert hat. Berichte über die Protestbewegung, die am 17. Dezember begann,

legen jedoch nahe, dass die kurdische Bevölkerung Teil der Aktionen gegen das

Regime ist.

In den

ehemaligen Sowjetrepubliken Armenien und Aserbeidschan ist die kurdische

Minderheit in die reaktionäre nationalstaatliche Auseinandersetzung zwischen

beiden Staaten verwickelt worden und wird wahrscheinlich darunter zu leiden

haben.

Die kurdische

nationale Frage und der Befreiungskampf ist eine Schlüsselfrage der Revolution

im Nahen Osten. Die nationale Selbstbestimmung des kurdischen

Volkes – bis hin
zum Recht auf Abspaltung von den jeweiligen Staaten – stellt
deren Existenz und
die der gegenwärtigen imperialistischen Ordnung in Frage.

Das bedeutet,
dass der kurdische Befreiungskampf eng mit dem Schicksal des
revolutionären
Kampfes im gesamten Nahen Osten, der arabischen, türkischen,
persischen
ArbeiterInnen und BäuerInnen, verbunden ist. Doch im letzten
Jahrhundert haben
es die Führungen der kurdischen Nationalbewegung immer wieder
versäumt, den
Befreiungskampf mit Nachdruck fortzusetzen und an das
Schicksal der Revolution
in der gesamten Region zu binden. Heute streben die
proimperialistischen,
bürgerlich-nationalistischen Führungen, die sowohl eng mit den
GroßgrundbesitzerInnen
verbunden sind als auch mit der sich entwickelnden
kapitalistischen Klasse im
Nordirak (PDK und PUK), nach kurdischen Rechten, indem sie ein
Bündnis mit den
herrschenden Klassen ihres Staates sowie den regionalen und
imperialistischen
Mächten suchen. Die PKK/PYD will es schaffen, kurdische
demokratische Rechte in
den bestehenden bürgerlichen Staaten (Türkei, Syrien) zu
etablieren und die
imperialistische Ordnung des Nahen Ostens grundsätzlich nicht
in Frage zu
stellen. Während man offensichtlich zwischen einer völlig
proimperialistischen
bürgerlichen Führung wie im Nordirak und einer
kleinbürgerlich-nationalistischen wie der PKK/PYD

unterscheiden muss, wird die Strategie beider eher zu einer Niederlage als zu einer Befreiung der kurdischen Massen führen.

Die kurdische Nation und der Befreiungskampf vor dem Ersten Weltkrieg

Um die aktuellen inneren Probleme der kurdischen Bewegung und Schlüsselfragen der Strategie und Taktik zu verstehen, ist es jedoch notwendig, einen Blick auf die Geschichte des kurdischen Volkes und seinen Kampf zu werfen.

Die kurdischen Kämpfe im 19. und 20. Jahrhundert haben bisher immer wieder zu Niederlagen geführt. Allzu oft wurden Führer kurdischer Aufstände im 19. Jahrhundert im Osmanischen oder Persischen Reich – zumeist Fürsten – von anderen kurdischen Aristokraten verraten. Im 20. Jahrhundert, seitdem wir tatsächlich von der Entstehung einer modernen nationalen Bewegung sprechen können, wurden die oft kleinbürgerlichen (manchmal offenen bürgerlichen) Führer von Befreiungskämpfen, Aufständen usw. von anderen kurdischen Führern (und natürlich von imperialistischen oder regionalen Mächten, mit denen sie sich

verbündet hatten)
hintergegangen.

Für uns
MarxistInnen ist es jedoch wichtig, die Gründe dafür zu
verstehen. Sie müssen in
der Stammesstruktur, der sozialen Basis der kurdischen
Gesellschaft selbst,
gefunden werden. Aufgrund der Bergregionen, in denen das
kurdische Volk lebte,
war Viehzucht die vorherrschende Form der wirtschaftlichen
Tätigkeit. Die
meisten Stämme waren NomadInnen. Da der Reichtum des Stammes
stark von der
Größe seiner Herden und des Landes, das er zum Weiden für sein
Vieh nutzen
konnte, abhängig war, kam es häufig zu Zusammenstößen zwischen
den kurdischen
Stämmen, die oft zu Kriegen führten.

Mit der Errichtung
des Osmanischen und des Safawiden-Reiches im 16. Jahrhundert
entstand eine
Klassengesellschaft. Vom 15. bis zum 19. Jahrhundert begannen
sich die Menschen
niederzulassen, aber ein wesentlicher Teil, wenn nicht die
Mehrheit blieb
nomadisch. Das Land war jedoch noch kein Privatbesitz, sondern
gehörte dem
Stamm. Die Stammesführer verwandelten sich in eine
Adelsschicht, die dazu
neigte, größere politische Formationen zu bilden. Es gab
jedoch keine kleinen
Feudalwesen, sondern oft Miniaturversionen des Osmanischen
oder Persischen

Reiches, die selbst Formen des asiatischen Despotismus verkörperten, obwohl die osmanischen Herrscher auch Ansätze von feudalem Landbesitz schufen und förderten. Während die kurdischen Adeligen eine gewisse politische Zentralisierung anstrebten und einige ihrer Städte für gewisse Zeit zu kulturellen Zentren wurden, wurde die Entwicklung eines kurdischen despotischen Staates durch äußere Faktoren (andere Reiche, Invasionen von türkischer oder mongolischer Seite, aber auch durch die inneren sozialen Grenzen) blockiert. Erst im 19. Jahrhundert wurde das gemeinsame Land in Privateigentum der herrschenden Klasse verwandelt (eigentlich unter dem wachsenden Zustrom von europäischem Kapital in das Osmanische Reich, was wiederum die Zentralisierungstendenzen innerhalb dessen verstärkte).

Dies erklärt, warum trotz der langen Geschichte des kurdischen Volkes eine nationale Bewegung im modernen Sinne erst an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert entstand, obwohl einige moderne nationalistische Elemente bereits früher zu beobachten waren. Die kurdischen Aufstände im 19. Jahrhundert wurden durch die Stagnation des Osmanischen Reiches und damit seine Angriffe auf die Autonomie der verschiedenen Fürstentümer in diesem Reich verursacht. Außer beim Aufstand in Botan 1853–55 spielte die Masse der kurdischen BäuerInnen eine

sehr geringe

Rolle. Oft wurden die Aufstände von einer Koalition aus osmanischen und anderen kurdischen Truppen niedergeschlagen.

Gegen Ende des

19. Jahrhunderts änderte das Osmanische Reich jedoch seine Haltung gegenüber

dem kurdischen Adel. Die Stagnation und wachsende Verschuldung des Imperiums

führten zu einer Erhöhung der Steuer- und Abgabenlast für die ländlichen

Massen. Gleichzeitig wollte der Sultan den kurdischen Adel einbeziehen und

gewährte ihm immer mehr Privilegien und Ämter – während er von ihm erwartete,

dass er alle bäuerlichen Unruhen zerschlug, was er auch tat. Viele der

kurdischen Stammesführer wurden nun Offiziere, Paschas (höchste Zivilbeamte und

Militärs). Für die Kinder des kurdischen Adels wurden spezielle Schulen

eingerrichtet. Ironischerweise und sicherlich gegen die Absicht des Staates

kamen diese jungen StudentInnen und späteren BeamtInnen, ÄrztInnen,

JuristInnen, SchriftstellerInnen dadurch mit bürgerlichen Ideen in Berührung,

einschließlich des bürgerlichen Nationalismus. 1898 wurde die erste kurdische

Zeitschrift (Kurdistan) gegründet. In einer Reihe von kurdischen

Zentren/Städten wurden politische Klubs/Gesellschaften und auch einige

paramilitärische Formationen gegründet. Es entwickelte sich eine kurdische

nationale Bewegung, die zunächst von der „Jungtürken“-Bewegung sowie von der entstehenden arabischen und armenischen Nationalbewegung beeinflusst und geprägt war. Während und nach dem Aufstand der Jungtürken 1908 organisierte diese kurdische Bewegung auch einige kurzlebige Aufstände. Wie im 19. Jahrhundert spielte die BäuerInnenschaft bei diesen Aktionen eine untergeordnete Rolle.

Die Zersplitterung des kurdischen Volkes zwischen verschiedenen Reichen und dann zwischen fünf verschiedenen Staaten führte auch dazu, dass die kurdischen Dialekte nie in einheitliche/r Sprache und Schrift geregelt und überführt wurden.

Von Anfang an, durch die gesamte Geschichte der kurdischen nationalen Bewegung hindurch, können wir eine Spannung zwischen den Versuchen, eine allkurdische Bewegung über die bestehenden Grenzen hinaus zu schaffen, und der Entwicklung kurdischer nationalistischer Bewegungen beobachten, die sich auf die verschiedenen Staaten, in denen sie operierten, konzentrierten, wenn nicht gar auf diese beschränkten. Dies ging sogar so weit, mit anderen Unterdrückerstaaten verschiedener kurdischer Bewegungen zusammenzuarbeiten. Das wahrscheinlich

schlimmste Beispiel hierfür war der Einsatz kurdischer Truppen durch türkisches Militär beim Völkermord an den ArmenierInnen.

Der Zusammenbruch des Osmanischen Reiches, kurdische Bewegung und Klassenstruktur der kurdischen Gesellschaft

Der Erste

Weltkrieg und die Schaffung der imperialistischen Ordnung in der Folgezeit

markierten eine historische Niederlage für das kurdische Volk.

Während des

Krieges und im Vertrag von Sèvres (1920) hatten die französischen und

britischen ImperialistInnen und die VertreterInnen des Osmanischen Reiches dem

kurdischen Volk einen kurdischen Staat versprochen. Auch wenn dies nur etwa ein

Drittel des kurdischen Territoriums umfasst hätte, so bedeutete dagegen der

Vertrag von Lausanne (1923), der die heutigen Grenzen der Türkei anerkennt,

dass die KurdInnen keinen Staat erhielten, sondern zwischen fünf Staaten

(Türkei, Iran, den britischen und französischen Kolonialgebieten – heute Irak

und Syrien – und der Sowjetunion, heute Armenien) aufgeteilt waren.

In der Folgezeit

kam es zu einer Zunahme der Unterdrückung der KurdInnen und ihrer Kultur in den verschiedenen Staaten wie z. B. dem Verbot der Sprache in der Türkei. Dies führte zu einer Reihe von kurdischen Aufständen, darunter auch zu verschiedenen Versuchen, eine allkurdische Bewegung zu organisieren. Von da an bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs verlagerten sich die Zentren des kurdischen Widerstands von der Türkei 1925–38 in den Irak 1943–45 und in den Iran 1942–46, wo die Republik Mahabad (offiziell Komara Kurdistan; Republik Kurdistan) im Januar 1946 gegründet wurde, um nach dem Abzug der sowjetischen Truppen durch Stalin vom Schah vernichtet zu werden. In dieser Zeit wurde der Grundstein für die spätere Demokratische Partei Kurdistans, die PDK, unter Barzani, gelegt. Gleichzeitig begannen sich die sozialen Strukturen der verschiedenen Staaten, in denen sich die KurdInnen befanden, auseinanderzuentwickeln, wenn auch nicht in kürzester Zeit, da der wirtschaftliche Fortschritt schleppend verlief.

Ein signifikanter Unterschied betraf die Haltung der „Gaststaaten“ gegenüber der landbesitzenden Klasse der KurdInnen. In der Türkei hat der Staat sie systematisch in die offiziellen Parteien aufgenommen und sie gegen kurdische BäuerInnen und landlose ArbeiterInnen unterstützt. Infolgedessen förderte die

führende Klasse innerhalb der kurdischen Bevölkerung nicht die nationalistische Bewegung, sondern stellte sich auf die Seite des Unterdrückerstaates. Im Gegensatz dazu unterstützten im Iran und Irak die großen Gutsbesitzer wie der Barzani-Clan, der oft fälschlicherweise als Feudalherr bezeichnet wurde, die PDK. Diese Unterschiede sollten die kurdischen Bewegungen in den verschiedenen Staaten nachhaltig beeinflussen.

Doch während der Nachkriegszeit begannen sich die sozialen wie wirtschaftlichen Strukturen – auch die auf dem Lande – klarer zu verändern. Die Türkei erlebte nach dem Zweiten Weltkrieg eine anhaltende Konzentration von Land in den Händen von GroßgrundbesitzerInnen und in der Folge eine wachsende Zahl von landlosen BäuerInnen, die teilweise gezwungen waren, ihre Arbeitskraft als LandarbeiterInnen zu verkaufen. Die Industrialisierung der Landwirtschaft und die Einführung von Maschinen in den 1950er und 1960er Jahren haben die im Vergleich zu den westtürkischen Regionen (ganz zu schweigen von den globalen Entwicklungen) relativ geringe Produktivität und die Rückständigkeit nicht verändert, aber dennoch zwangen sie Millionen dazu, vom Land in die Großstädte wie Istanbul oder nach Westeuropa zu wandern. In der Türkei entstand ein kurdisches Proletariat von mehreren Millionen – aber nicht in

Kurdistan. Während es in den türkischen Teilen Kurdistans eine sehr wichtige, bedeutende Klasse kapitalistischer GrundbesitzerInnen gab, bildete sich eine sehr schwache industrielle oder kommerzielle Bourgeoisie, oft mit nur kleinen Unternehmen.

Im Iran war die Entwicklung anders. Hier hatten die bescheidenen Landreformen nicht nur die kurdischen LandbesitzerInnen in die Opposition gedrängt. Sie führten in den 1950er und 1960er Jahren auch zu einem Rückgang der landlosen BäuerInnen und einem Wachstum des Landanteils kleinerer und mittlerer BäuerInnen, wobei die kurdischen Regionen wie in der Türkei wirtschaftlich eher rückständig blieben und nur kleinere Industrien haben, obwohl die kurdischen Regionen im Iran einen höheren Anteil an städtischer Bevölkerung haben (etwa 50 Prozent).

Im Irak wurden auch die kurdischen Regionen einer (bescheidenen) Landreform unterzogen, die zu einem erhöhten Anteil kleinerer BäuerInnen an Land geführt hat. Wie bescheiden die Reform war, zeigt die Tatsache, dass sich noch auf der Höhe dieses Prozesses etwa die Hälfte des Landes im Besitz von GroßgrundbesitzerInnen wie Barzani befand. Zudem ist dieser Prozess seit den 1970er Jahren durch die zunehmende

Verschuldung der KleinbäuerInnen eher umgekehrt worden. Im Gegensatz zu allen anderen Teilen Kurdistans ist der irakische Teil reich an Ölfeldern (im Vergleich dazu sind die syrischen und iranischen Felder in/anden kurdischen Gebieten weniger bedeutend). Dies hat im letzten Jahrzehnt zu einem fieberhaften Wachstum im kurdischen Irak, zu enormen Investitionen und auch zur Schaffung einer kurdischen ArbeiterInnen- und Mittelschicht in der Region geführt. Angesichts der relativ kleinen Bevölkerung könnten die von ihr beherrschten Ölreserven und

-felder eine Einnahmequelle für die wirtschaftliche Entwicklung sein. Es ist aber nicht nur eine wirtschaftliche Frage, ob ein kurdischer „Ölstaat“ entstehen wird, sondern offensichtlich steht dieses Projekt auch vor großen politischen Hindernissen. Die Volksabstimmung im irakischen Kurdistan (obwohl sie eine massive Unterstützung für die kurdische Selbstverwaltung demonstrierte) führte auch zu einer politischen Niederlage der kurdischen Regionalregierung, zum Verlust der Kontrolle über umstrittene Gebiete an die irakische Regierung und machte auch deutlich, dass keine imperialistische Macht bereit ist, die Selbstbestimmung der KurdInnen zu unterstützen, selbst wenn diese von einer Regierung geführt und gelenkt wird, die sich den imperialistischen

Mächten unterordnen will.

In Syrien sind die kurdischen Regionen überwiegend agrarisch, aber mit einer relativ hohen Produktivität, als einer der landwirtschaftlich lebensfähigsten Teile Syriens, der für die großen Märkte in den Städten des Landes produziert. In den drei Bezirken von Rojava, lebt die kurdische Mehrheit der Bevölkerung auf dem Land. Viele der Städte sind arabisch oder christlich (oder haben einen hohen Prozentsatz davon). Die arabisch-nationalistische Politik des Ba'athismus bedeutete auch, dass viele der KurdInnen ihre Staatsbürgerschaft als Teil einer bewussten Politik der „Arabisierung“ (unter Hafiz al-Assad) in den kurdischen Regionen verloren haben. Auch eine Übertragung des Landes vom kurdischen auf die arabische Bevölkerung fand statt. Da Menschen ohne Staatsbürgerschaft das Land nicht besitzen konnten, haben sie bisher nicht von einer Landreform, die arabische Grundherren betreffen würde, profitiert. Schließlich darf man nicht vergessen, dass es eine kurdische ArbeiterInnenklasse gab, vor allem in den großen Städten wie Aleppo.

Das Fehlen einer gesamtkurdischen Bourgeoisie und ArbeiterInnenklasse bedeutete auch, dass die kurdische nationale Befreiungsbewegung nicht nur historisch verspätet kam,

sondern dass sie oft entlang der verschiedenen Nationalstaaten zersplittert war. Es gibt materielle Wurzeln, warum sich die unterdrückte kurdische Nationalität in dieser Richtung entwickelte, obwohl versucht wurde, sie zu überwinden (z. B. durch die Gründung der PDK im Irak, Iran, Syrien und für kurze Zeit auch in der Türkei).

Es gibt tatsächliche materielle Gründe für die Schwierigkeiten, eine einheitliche nationale Befreiungsbewegung aufzubauen: Erstens ist zu nennen die überwiegende Landbevölkerung, die BäuerInnenschaft als größte Klasse. Wo die kurdischen Bewegungen zu Massenbewegungen, Parteien, Guerillakräften wurden, fanden sie ihre Massenbasis in der BäuerInnenschaft und Kleinbourgeoisie, manchmal unter der politischen Führung der GroßgrundbesitzerInnen.

Zweitens führten die unterschiedliche Entwicklung der wichtigsten Staaten, in denen sich die kurdische Bevölkerung befindet, und die voneinander abweichende Entfaltung ihrer Klassenstruktur dazu, dass der Rhythmus des kurdischen politischen Lebens und des Klassenkampfes in der Nachkriegszeit auseinandergingen.

Drittens, und damit verbunden, schienen die Grenzen der Nationalstaaten, in

die die KurdInnen aufgeteilt waren, unüberwindbar. Die meisten Bewegungen hatten Anfang der 1990er Jahre den Kampf um Unabhängigkeit und Selbstbestimmung aufgegeben; die PKK sollte bald folgen. Es ist jedoch eine gewisse Ironie in der Geschichte, dass sich dieser Zustand grundlegend geändert hat. Die gescheiterte Neuordnung des Nahen Ostens durch die USA, die Besetzung und Verwüstung des Irak und die arabische Revolution in Syrien haben nicht nur extrem repressive Regime in Frage gestellt, sondern auch die Existenz der von ihnen regierten Staaten.

Schließlich ist der Umgang der verschiedenen kurdischen Kräfte mit der nationalen Frage stark von bürgerlichem Nationalismus und Stalinismus geprägt. Dies bedeutete, dass die Klassengegensätze auf dem Land und in den Städten oft heruntergespielt, wenn nicht gar ignoriert wurden. Die massive Unterdrückung stellte auch ein echtes Hindernis für die Integration der kurdischen Massen in demokratische oder progressive Bewegungen in verschiedenen Ländern dar. Dennoch darf man nicht übersehen, dass es ein starkes Element der Integration der kurdischen ArbeiterInnenklasse (z. B. in der Türkei, aber auch im Iran und von MigrantInnen in Europa) in die ArbeiterInnenklasse ihrer jeweiligen Länder gibt. Diese wurden allgemein als außerhalb des „echten“ Kampfes

betrachtet – was auch bedeutete, dass jene AktivistInnen oder KämpferInnen, die versuchten, über die Grenzen ihrer nationalistischen oder stalinistischen Organisationen hinauszugehen, tatsächlich auch auf die politischen Grenzen – den Nationalismus – von Organisationen wie der PKK stießen. Letztere organisierte zumindest das kurdische Volk in Massenorganisationen, hauptsächlich zur Unterstützung des kurdischen nationalen Kampfes, während die offenen bürgerlichen Organisationen dies nicht einmal versuchten. Solch ein Spannungsverhältnis zwischen der Integration in die politischen Kämpfe in den verschiedenen Ländern und dem Nationalismus kann man an der HDP sehen.

Die Politik der PDK/PUK und der PKK

Es wäre jedoch falsch, den Mangel an internationaler kurdischer Widerstandsbewegung, die Schwäche ihrer Orientierung auf die ArbeiterInnenklasse nur als eine mechanische Spiegelung der sozialen Struktur des kurdischen Volkes zu sehen. Die Dominanz des bürgerlichen Nationalismus und des Großgrundbesitzes auf der einen Seite (PDK) und der stalinistischen Etappenstrategie (PKK) bedeutete, dass die beiden dominierenden Kräfte innerhalb der kurdischen

Bewegung seit einem halben Jahrhundert oder länger eine politische Perspektive hatten, die sich tatsächlich auf den nationalen Kampf in den Ländern konzentrierte, in denen sie ihre Basis hatten.

Die PDK hatte ihren Ursprung im Irak und auch, wenn sie eine ganze Zeit lang die führende Kraft der kurdischen Bewegung im Iran und in Syrien war, konzentrierte sie sich nicht nur auf den Kampf im Irak, sondern war auch bereit, ihre Schwesterparteien in diesen Ländern für Bündnisse mit dem iranischen Regime, insbesondere gegen die irakischen Herrscher, zu opfern. Dies hat in den verschiedenen Ländern zu Spaltungen der kurdischen Parteien geführt, die sich auf die Seite reaktionärer Herrscher stellten (Schah und Chomeini [Khomeini]), im Falle der PDK und der PUK (Patriotische Union Kurdistans) im Irak; Saddam Hussein im Falle der iranischen KurdInnen).

Ein zweites Spaltungsthema in der Geschichte der PDK war die Agrarfrage – wenn auch manchmal nur als Vorwand. Die PUK um Talabani (und die parallelen Abspaltungen in Syrien) forderten alle eine radikalere Agrarpolitik und Landreform gegen die „feudalen“ Elemente der Familie Barzani. Während das meiste davon demagogisch war – und sowohl die PDK als auch die PUK, selbst wenn sie

sich mit der Sowjetunion verbündet hatten, von Großgrundbesitzern geführt wurden, spiegelt es auch die zentrale Bedeutung der Agrarfrage für die kurdische Revolution wider, eines Themas, das alle kurdischen Parteien nicht mit Nachdruck angegangen sind.

Die Begründung, die die PDK und die PUK dafür lieferten, war stark beeinflusst von der stalinistischen Etappentheorie. Die kurdische Selbstbestimmung, sei es in Form von Unabhängigkeit, Autonomie oder Selbstbestimmung, müsse zuerst geschaffen werden. Vorher würden „Experimente“ wie die Agrarreform (ganz zu schweigen von der Revolution auf dem Lande) nur „das Volk spalten“ – entlang Klassenlinien, könnte man hinzufügen.

Die PKK hatte nie materiellen Rückhalt bei den GroßgrundbesitzerInnen, die auf Seiten des türkischen Staates mit Waffen gekämpft haben und weiterhin kämpfen, der sie auch ermutigt hat, paramilitärische Einheiten (die sogenannten Dorfschützer) gegen die Guerilla und ungehorsame Bäuerinnen und LandarbeiterInnen aufzubauen. Als die PKK gegründet wurde, erklärte sie auf maoistische Weise die nationale Unterdrückung (und die koloniale Ausbeutung) Kurdistans zum bestimmenden

Hauptwiderspruch. Die nationale Frage müsse zuerst gelöst werden, bevor alle anderen demokratischen und sozialistischen Aufgaben angegangen und gelöst werden könnten (PKK-Programm 1984). Dies bedeutete, dass alle Fragen der demokratischen Revolution (v. a. die Landfrage) der „nationalen Revolution“ untergeordnet wurden.

Wie die PDK war die PKK jahrelang bereit, über die nationale Unterdrückung des kurdischen Volkes in anderen Staaten zu schweigen, wenn dies ihrem Kampf in der Türkei diene. Jahrelang ließ das syrische Regime es zu, ihre KämpferInnen im Land auszubilden, und die PKK hat über die schwere Unterdrückung des kurdischen Volkes in Syrien geschwiegen. Erst als sich das syrische Regime Ende der 1990er Jahre mit dem türkischen Regime verbündete, Assad mit der PKK brach und die PYD, die Schwesterpartei der PKK in Syrien, schwer unterdrückte, änderte sich das.

Die dominierenden Kräfte der kurdischen Bewegung, die PDK- und PKK-Traditionen, haben das kurdische Volk immer wieder enttäuscht, sind aber heute immer noch die Schlüsselkräfte. Sie regieren quasi einen Staat im Nordirak und die kurdischen Kantone in Syrien (Rojava). Dies hat nicht nur ihre

Politik in den Vordergrund gerückt, sondern auch zu einer Situation geführt, in der sie als wichtigste kurdische Kräfte international miteinander konkurrieren. Die Öffnung der Grenzen, die Kriegssituation im Irak und in Syrien, die Nähe zur Türkei bedeuten, dass die kurdische Frage nun wieder viel häufiger gestellt wird. Auch wenn die zukünftige Form der kurdischen Selbstbestimmung und Befreiung offen bleibt, ist es fast unvorstellbar, dass diese unter einem wieder stabilisierten syrischen oder irakischen Staat ohne eine revolutionäre Erhebung der proletarischen und bäuerlichen Massen nennenswerte Form annehmen kann. Diese wiederum könnte nur erfolgreich sein, wenn sie den KurdInnen ihr Recht auf Selbstbestimmung einschließlich Sezession einräumen würde, falls sie dies wünschen. Dies allein würde einen massiven Einfluss auf die kurdische Bevölkerung in der Türkei und im Irak ausüben.

Eine revolutionäre Strategie für die kurdische Befreiung würde es erfordern, den nationalen als Teil des revolutionären Kampfes im Nahen Osten und gegen die imperialistische Staatenordnung zu sehen. Sowohl die PDK als auch die PKK nehmen trotz ihrer Unterschiede die bestehende staatliche Ordnung und auch die bestehenden Klassenverhältnisse als Rahmen für ihre eigene Politik, die sie

zumindest ohne die Zustimmung des Imperialismus nicht in Frage stellen wollen.

Die PDK hofft, dass sie in den kurdischen Gebieten ein sehr hohes Maß an

Selbstverwaltung erlangt, einschließlich einer Erweiterung dieser Gebiete. Wenn

der Imperialismus den Irak nicht wieder zusammenfügen kann, könnte dies sogar

zu einem unabhängigen Staat führen, der mit Zustimmung der USA und anderer

Mächte errichtet wird.

Selbst die PKK

befürchtet eine solche Entwicklung. Sie hat den Kampf für einen unabhängigen

kurdischen Staat aufgegeben und durch den Kampf für „demokratischen

Konföderalismus“ ersetzt. Gemeint sind demokratische Reformen innerhalb der

bestehenden bürgerlichen Staaten. Dieses schwache und utopische Reformprogramm

steht im Widerspruch zur Geschichte, wo die Fragen der kurdischen

Selbstbestimmung einschließlich der Bildung eines kurdischen Staates

tatsächlich gestellt werden und echte Schritte in diese Richtung im Irak und in

Syrien (hier von der PKK/PYD selbst) unternommen wurden.

Die PDK-Tradition

Von Anfang an

waren die PDK im Irak, aber auch Schwesterparteien in den 1940er und 1950er Jahren im Iran, Syrien oder der Türkei mit inneren sozialen Widersprüchen durchsetzt. Die städtische kurdische Intelligenz und die Mittelklassen waren gespalten über die Frage, auf welche soziale Kraft sie sich orientieren sollten, ob auf die Landbevölkerung oder die politischen Oppositionsparteien in den jeweiligen Ländern. In allen Regionen Kurdistans (abgesehen von denen in der Sowjetunion) lebte die große Mehrheit der Bevölkerung auf dem Land, meist unter der Herrschaft der Landbesitzerklasse. Sie war oft in Konflikte mit den etablierten Staaten geraten, die die Kontrolle der StammesführerInnen und ihrer bewaffneten Gruppen brechen wollten. Dies geschah jedoch oft in Form von lokalen Streitigkeiten, aber es führte nicht zu einer einheitlichen kurdischen Bewegung. Im Gegenteil, oft genug fungierten StammesführerInnen und Grundbesitzergruppen als Verbündete der Unterdrückerstaaten. Darüber hinaus waren sie gegen jegliche Landreform, ganz zu schweigen von einer Agrarrevolution, und gegen demokratische Reformen.

Es gab jedoch ein wichtiges Element, das Teile der Grundherren und auch religiöse FührerInnen in Opposition zu den Zentralstaaten trieb – das waren die Armeen von Staaten, die die gesamte kurdische Bevölkerung und sogar die Eliten mit

Unterdrückung

behandelten, selbst wenn sie Verbündete gewesen waren.

Die PDK wurde im Jahre 1946 in Mahabad, der kurzlebigen kurdischen Republik im heutigen Iran, gegründet. Seit ihrer Gründung war sie eine nationalistische Partei, die ihrem Programm eine Färbung gab, die von progressiv, demokratisch, sozialistisch, „marxistisch-leninistisch“, reformistisch bis zu konservativ, religiös geprägt war.

Im Laufe ihrer Geschichte wurde sie von der Familie Barzani, einem der großen Grundherren des irakischen Kurdistans, beherrscht – ebenso wie die Abspaltung, die PUK, die von Talabani geführt wurde.

Die PDK stand von Anfang an in einem Spannungsfeld. Während ihre FührerInnen angesichts der Instabilität der Situation am Ende des Zweiten Weltkriegs zunächst auf ein „Großkurdistan“ hofften, konzentrierten sich ihr Kampf und ihre Ambitionen viel stärker auf den Irak, insbesondere nach dem Fall der Mahabad-Republik. Im Irak schwankte sie zwischen Forderungen nach größerer kurdischer Autonomie, Perioden von Verhandlungen mit dem irakischen Regime und bewaffneten Kämpfen gegen es.

Die 1950er und frühen 1960er Jahre waren eine Zeit des bewaffneten Kampfes, der Schaffung einer kurdischen Guerilla, der Peschmerga, die auch Teile des Territoriums kontrollierte. Im Jahr 1964 wurde ein Waffenstillstand mit der irakischen Regierung vereinbart, die den KurdInnen begrenzte Zugeständnisse anbot. Dies führte zu einer Spaltung der PDK (und schließlich zur Bildung der PUK). Das Politbüro der Partei um Talabani und Ahmed spaltete sich und behauptete, dass die Zugeständnisse unzureichend gewesen seien und zunächst kein Waffenstillstand hätte geschlossen werden dürfen. Barzani reagierte darauf, indem er jegliche Verhandlungen ablehnte, Talabani und seine AnhängerInnen aus Kurdistan vertrieb und eine neue Führung schuf.

In den 1960er Jahren war die PDK auf die Sowjetunion ausgerichtet und Barzani, ebenso wie später Talabani, behauptete sogar, eine marxistisch-leninistische Ideologie zu haben. Mit der Aufnahme der Verhandlungen mit dem irakischen Regime Anfang der 1970er Jahre änderte sich die Situation jedoch. Der Irak wurde mehr und mehr ein Verbündeter der Sowjetunion. Während Barzani anfangs hoffte, dass dies mehr Raum für ein Abkommen mit Bagdad über die kurdische Autonomie eröffnen würde, spielte das Regime eindeutig mit der kurdischen Bewegung. Je länger die Verhandlungen dauerten, desto weniger

schienen sie zu erreichen. Das irakische Regime spielte auf Zeit und kombinierte die Verhandlungen mit einem erneuten Drang zur „Arabisierung“, während es seine eigenen Truppen in Vorbereitung auf eine Offensive gegen die kurdische Bewegung konsolidierte. Die Sowjetunion, einst Unterstützerin der PDK, hatte sich schnell auf die Seite des geostrategisch viel wichtigeren irakischen Regimes gestellt. Als der Kampf mit den KurdInnen jedoch wieder aufgenommen wurde, machten Barzani und die PDK eine spektakuläre Wende – hin zu einem Bündnis mit dem Schah und den USA. Allerdings ließen beide die PDK und ihre Guerillakräfte fallen, nachdem das Regime in Bagdad einer Normalisierung mit den USA zugestimmt hatte.

Solche Abenteuer und doppeltes Spiel prägen die gesamte Geschichte von Barzani und Talabani und ihrer jeweiligen politischen Kanäle, der PDK und der PUK.

Ebenso verrieten die PDK und die PUK nicht nur die kurdischen ArbeiterInnen, die in ihren Strategien kaum eine Rolle spielten, sondern auch die kurdische BäuerInnenschaft. Selbst in ihren jeweiligen „marxistisch-leninistischen“ Phasen haben sie die stalinistische Etappenstrategie einfach dazu benutzt, die

Unterordnung der BäuerInnenkämpfe oder jene der Frauen unter die „Hauptauseinandersetzung“, den nationalen Kampf, zu rechtfertigen.

In der Folgezeit führte das wechselseitige doppelte Spiel kurdischer Führer gegeneinander wiederholt zu militärischen Kämpfen und Konflikten zwischen der PUK und der PDK. Der Niedergang der Sowjetunion und die Wende des Irak, der sich zu einem US-amerikanischen Bündnispartner gegen den Iran entwickelte, bedeuteten auch, dass das ba'athistische Regime freie Hand bei der Unterdrückung der kurdischen Gebiete hatte, was 1988 in dem barbarischen Massaker von Halabdscha gipfelte, wo 5000 ZivilistInnen durch Giftgaseinsatz getötet wurden.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Wende der USA gegen das irakische Regime boten sich irakische KurdInnenführungen, in späteren Perioden auch die PKK, als Verbündete gegen Saddam Hussein an. Trotz eines Jahrhunderts des ständigen Verrats am kurdischen Kampf durch imperialistische oder regionale Mächte haben die Führungen der PDK und der PUK nichts aus der Vergangenheit gelernt. Wenn es in ihrer Politik in der Tat etwas Konsequentes und Dauerhaftes gibt, dann ist es die ständige Suche nach einem anderen imperialistischen oder reaktionären

Verbündeten in der Region.

In den Augen der kurdischen Führung schienen die Niederlagen der irakischen Armee, die Einrichtung einer Flugverbotszone durch die USA nach dem ersten Krieg gegen den Irak und dann die Besetzung des Landes durch die USA ihre „Strategie“ zunächst einmal bestätigt zu haben. Die kurdischen FührerInnen wurden in die irakische Regierungsmaschinerie integriert. Talabani wurde sogar Präsident des Irak. Die kurdische Region nahm in dieser Zeit ein gewisses Maß an Selbstverwaltung an und wurde so zu einem Halbstaat.

Aber diese Selbstverwaltung war das Ergebnis der Krise des irakischen Staates und des Nahen Ostens. Sie war nur möglich, weil die historischen UnterdrückerInnen mit anderen, unmittelbareren und brennenderen Problemen beschäftigt waren. Außerdem erlaubten die Ölreserven des Landes eine regelmäßige Ölrente, obwohl sie immer zwischen der kurdischen Regionalregierung und der zentralirakischen Regierung umstritten war. Dies galt insbesondere für die Ölreserven in der Region Kirkuk, aber auch für die Exportkontrolle. Die kurdische Regionalregierung kontrollierte de facto den Export über die Türkei, machte auch russischen InvestorInnen Zugeständnisse und zog ausländische Investitionen an. So

entwickelte sich im irakischen Kurdistan sogar ein temporärer Spekulationsboom, der zu einem massiven Wachstum von Städten wie Erbil führte sowie auch einem Boom im Bausektor. Die Ölrente bedeutete auch, dass Teile der kurdischen Bevölkerung in den staatlichen Sektor und ein System des Klientelismus integriert werden konnten. Dies bedeutete ebenfalls, dass ein großer Teil der ArbeiterInnenklasse im kurdischen Gebiet tatsächlich arabische oder andere nicht-kurdische ArbeiterInnen sind. So ist z. B. nur eine kleine Minderheit der ArbeiterInnen in der Ölindustrie kurdisch, und diese arbeitet in der Regel in der Verwaltung und nicht auf den Feldern.

Der Wohlstand der kurdischen Region konnte jedoch nur unter günstigen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen anhalten. 2017 markierte einen Wendepunkt. Die gescheiterte Hinwendung zu einem unabhängigen Staat oder zumindest zu einem größeren Maß an Autonomie und Kontrolle über das Ölfeld in der Region Kirkuk führte zu einer Katastrophe. Natürlich wollten die Menschen in den meisten Bereichen Unabhängigkeit und sind verständlicherweise beunruhigt über die Aussicht, unter einem reaktionären irakischen Regime zu leben, das sich mehr und mehr in Richtung Iran bewegt und in dem der Einfluss der reaktionären

schiitischen fundamentalistischen Kräfte zunimmt.

Nach dem Referendum jedoch schlug die irakische Regierung, unterstützt von den Westmächten und der Türkei, zurück. Die Mittel für die kurdische Region wurden gekürzt. Die türkische und irakische Regierung arbeiteten bei den Grenzkontrollen der kurdischen Region zusammen. Mit der Übernahme von Krikuk hat die irakische Regierung auch die Kontrolle über etwa die Hälfte der zuvor von den kurdischen Regionalbehörden kontrollierten Ölfelder übernommen. Darüber hinaus fordern die USA die Kündigung von Verträgen mit russischen Ölgesellschaften (im Wert von rund 4 Milliarden Dollar) und deren „Übergabe“ an US-Unternehmen.

All dies zeigt, dass das PDK-Projekt, mehr und mehr Autonomie im Rahmen der bestehenden (Un-)Ordnung zu erreichen, auf Sand gebaut wurde. Selbst ein bürgerlicher Marionettenstaat des westlichen Imperialismus könnte nur erreicht werden, wenn er zu einem wichtigen geostrategischen Gut einer der imperialistischen Mächte würde. Aber auch das ist momentan ausgeschlossen.

Doch die Politik der kurdischen Führung im Irak hat die kurdischen

ArbeiterInnen und BäuerInnen
zu politischen Werkzeugen in den Händen einer parasitären
kurdischen Elite
gemacht, deren eigene Herrschaft auf der Ausbeutung kurdischer
und anderer
ArbeiterInnen und BäuerInnen beruht, auf der Ablehnung jeder
wirksamen
Landreform, auf sozialer Unterdrückung, der Verweigerung
demokratischer Rechte
für politische Oppositionsparteien. Die bürgerlich-
nationalistische Politik der
PDK und der PUK verhindert auch die Einheit mit kurdischen
ArbeiterInnen und
BäuerInnen in anderen Staaten – vor allem in der Türkei. Die
kurdische
Regionalregierung hat wiederholt türkische Übergriffe gegen
PKK-Stellungen
geduldet, wenn nicht sogar unterstützt. Sie hat auch die
Versorgung von Rojava
blockiert. Natürlich haben die kurdischen Behörden vielen
AraberInnen und
anderen Menschen, die vor dem Islamischen Staat geflohen sind
– und sicherlich
mehr als jede der viel reicheren europäischen „Demokratien“ –
Zuflucht gewährt.
Aber sie entfremden durch ihre nationalistische Politik und
die Arbeitsteilung
in den kurdischen Gebieten auch arabische und andere nicht-
kurdische
ArbeiterInnen. Ihre nationalistische Politik könnte auch zu
Spannungen zwischen
dem kurdischen Volk und den Flüchtlingen in den kurdischen
Gebieten führen.
Natürlich liegt die Hauptverantwortung für solche Spannungen
beim arabisch-nationalistischen
Regime, der mörderischen Bedrohung durch religiöses
Sektierertum und bei den

ImperialistInnen, die seit Jahrzehnten jede Selbstbestimmung abgelehnt haben.

Aber die Politik der PDK und der PUK und damit der kurdischen Regionalregierung

ist kein Mittel, um den arabischen Nationalismus und den kurdischen

Chauvinismus zu untergraben, sondern nährt selbst die Spaltung des irakischen

Volkes nach nationalen und religiösen Gesichtspunkten.

Deshalb ist eine

politische Alternative, eine ArbeiterInnenpartei, dringend notwendig. In der

kurdischen Gemeinschaft präsentiert sich die PKK-Tradition als progressive,

revolutionäre Antwort auf PDK und PUK. Wie wir jedoch sehen werden, wenn wir

ihre Politik und Entwicklung untersuchen, bietet diese kleinbürgerliche

Formation keine solche Alternative.

Die iranische kurdische Bewegung

Die iranische

kurdische Bewegung folgt in vielerlei Hinsicht dem Muster der PDK im Irak. Von

Anfang an stand die PDK unter starkem sowjetischen und stalinistischen

Einfluss. Auf ihrem Gründungskongress hat sie sogar die Forderung nach einem

kurdischen Staat zurückgezogen. Auch basierte die Partei auf einem Kompromiss

zwischen den konservativen Clanführern und Grundbesitzern einerseits und den städtischen Mittelschichten und Intellektuellen andererseits.

Zunächst wollte die Sowjetunion kurdische Unabhängigkeitsbewegungen verhindern. Aber das Aufkommen des Kalten Krieges führte zu einer „offensiveren“ Politik im Iran, die die Schaffung von autonomen Gebieten der KurdInnen und Aseris (AserbaidshanerInnen) förderte. Dies ermutigte zur Gründung der Republik Kurdistan mit ihrer Hauptstadt Mahabad am 26. Juni 1946, die 11 Monate Bestand hatte.

Die PDK versuchte, eine Reihe demokratischer Reformen (Frauenrechte, Rechte der BäuerInnen, Steuern, Bildung) einzuführen und begann, eigene regierende und bewaffnete Institutionen mit sowjetischer Unterstützung zu schaffen. Eine Landreform scheiterte jedoch an der erfolgreichen Opposition der kurdischen StammesführerInnen und LandbesitzerInnen.

Die Unterstützung der Sowjetunion gegen die iranische Armee war für die kurdischen und aserischen Republiken militärisch entscheidend. Aber Stalin unterstützte den kurdischen Kampf nur insofern, als er ein Mittel war, um Druck auf das iranische Regime

und somit den britischen und amerikanischen Imperialismus auszuüben. Aber als sich die sowjetisch-iranischen Beziehungen verbesserten, nachdem der Schah wichtige Ölkonzessionen gemacht hatte, überließ die Sowjetunion ihre kurdischen Verbündeten der Willkür der iranischen Armee.

Die PDK zerfiel mit dem Fall von Mahabad. Viele ihrer KämpferInnen und Abspaltungen wurden Teil der Tudeh-Partei (Partei der Massen/des Volkes Irans), der iranischen stalinistischen Partei. Sie unterstützte zwar formell den Kampf gegen die nationale kurdische Unterdrückung, dies blieb aber weitgehend auf dem Papier. Nach dem Staatsstreich von 1953 wurde die Tudeh-Partei verboten, und die meisten ihrer FührerInnen mussten ins Exil gehen. All dies führte zu einer Vertiefung der Demoralisierung und Passivität in den folgenden Jahren.

Ende der 1950er Jahre nach Barzanis Rückkehr in den Irak und Anfang der 60er Jahre wurde auch die PDK-Iran als PDK-I neu organisiert. Anfang der 60er Jahre brachen die Beziehungen zwischen der irakischen und der iranischen PDK ab, weil das iranische Regime begann, die irakische PDK in ihrem Kampf gegen die irakische Regierung zu unterstützen. Die PDK wiederum stoppte die Unterstützung für die PDK-I – eines der vielen tragischen Beispiele für offenen Verrat an ihrem Volk durch

kurdische
FührerInnen.

All dies und die
Agrarreformen des Schahs vertieften die innere Verwirrung, den
Fraktionalismus
in der PDK-I, führten zu Spaltungen und politischem Hin- und
Herschwanken
zwischen Stalinismus und kurdischem Nationalismus, zwischen
Opposition und
Unterstützung für Barzani. Andererseits entstand auch eine
linke Abspaltung,
das „revolutionäre Komitee“ der PDK-I, das sich nach links
neigte und vom
Maoismus inspiriert war. Seine militärischen Guerilla-
Operationen wurden von
der iranischen Armee mit Unterstützung der Barzani-Milizen
unterdrückt, die
einige seiner FührerInnen hinrichteten.

Die kurdische
Bevölkerung im Iran spielte eine aktive Rolle bei der
iranischen Revolution und
dem Sturz des Schahs. Nach den Feiern des Zusammenbruchs des
Regimes dehnten
sich die lokalen Räte und Milizen, die im Kampf entstanden
waren, aus. Formen
der Selbstbestimmung entfalteten sich. Wie im gesamten Iran
hätten die Schoras
(räteähnliche Organisationen) und Milizen die Grundlage für
eine revolutionäre
ArbeiterInnen- und BäuerInnenregierung bilden und die
Revolution dauerhaft
machen können.

Aber auch die Konterrevolution unter Chomeini wandte sich gegen die KurdInnen. Am 19. August 1979 wurde ein Verbotsurteil islamischer Autoritäten (Fatwa) gegen alle kurdischen Oppositionen und Parteien erlassen. Allein im August wurden mehr als 60 kurdische KämpferInnen hingerichtet – der Beginn eines langwierigen Krieges des Regimes gegen die KurdInnen, der mehrere Jahre andauerte.

Aber die kurdische Bewegung sah sich nicht nur der islamistischen Konterrevolution gegenüber, sondern auch einem inneren Krieg zwischen der bürgerlichen PDK-I und ihrer Forderung, zuerst die Revolution zu kontrollieren und dann einen Kompromiss mit den Mullahs zu suchen, und der linken Komala/Komalah (revolutionäre Organisation der Werktätigen in Kurdistan-Iran; dt: Gesellschaft/Gemeinschaft). Sie entwickelte eine „marxistisch-leninistische“ Ideologie und versuchte ein Gemisch aus Formen der Volksmacht in der Revolution und der Etappentheorie zu konstruieren. Nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Chomeini in den 1980er Jahren schloss sie sich den militärischen Auseinandersetzungen mit dem Regime, aber auch Aktionen gegen die bewaffneten Einheiten der PDK-I an.

Während die

Komala eindeutig eine linke Abspaltung und Entwicklung repräsentierte, führte sie trotz ihres HeldInnentums nicht zu einem vollständigen und konsequenten Bruch mit Maoismus, Guerillaismus und Etappenstrategie. Sie war jedoch wahrscheinlich die am meisten links gerichtete Kraft der kurdischen Bewegung, die eine Zeitlang während der iranischen Revolution eine MassenanhängerInnenschaft gewinnen konnte.

Die Konterrevolution unter dem islamistischen Regime und seine Konsolidierung nach dem Krieg gegen den Irak hat nicht, wie z. B. die FührerInnen der PDK-I gehofft hatten, eine Periode der „Versöhnung“ mit dem iranischen Regime eröffnet. In der Tat hat die Massenunterdrückung zu einer historischen Niederlage der kurdischen Bewegung und der ArbeiterInnenklasse geführt, von der sich das kurdische Volk im Iran noch erholen muss. Sie erklärt, warum der kurdische Kampf in den letzten Jahrzehnten anderswo akzentuierter und sichtbarer geworden ist.

Die PKK und ihre Transformation

Die PKK entstand in den 1970er Jahren. Sie verkörperte eine Reaktion der Kader

der türkischen

Linken um Öcalan gegen die Verharmlosung der kurdischen nationalen

Unterdrückung durch große Teile der türkischen Linken. Im schlimmsten Fall hat

dies zu einer unkritischen Verehrung des

Kemalismus und der Unterstützung für türkischen Sozialchauvinismus geführt. Die

Kurdenfrage wurde zum „untergeordneten Widerspruch“ im demokratischen Kampf in

der Türkei und gegen den westlichen Imperialismus und die NATO erklärt.

Forderungen nach kurdischer Unabhängigkeit wurden entschieden zurückgewiesen.

Offensichtlich

waren Öcalan und die spätere PKK nicht die einzigen, die dies kritisierten. In

der Tat fand eine Diskussion über das Wesen der kurdischen Unterdrückung und

die Rückständigkeit der östlichen Regionen statt. Doch die vorherrschende

Etappenideologie innerhalb der türkischen stalinistischen Linken zwang sogar

diejenigen, die bereit waren zu akzeptieren, dass es Unterdrückung des

kurdischen Volkes gab, zu glauben, es handele sich um einen untergeordneten

Faktor. Sie war nicht in der Lage, das Thema im Rahmen eines Programms

dialektisch anzugehen, das den ungleichen und kombinierten Charakter der

Entwicklung erkennt und auf der Theorie der permanenten Revolution basiert.

Öcalan und seine Gefolgschaft, selbst engagierte AnhängerInnen des Stalinismus, lehnten auch die Theorie der permanenten Revolution ab. Für sie war jedoch die kurdische nationale Unterdrückung der Hauptwiderspruch. Die Revolution in Kurdistan musste eine national-demokratische sein, und alle anderen Fragen wurden ihr untergeordnet. Ziel war die Befreiung des kurdischen Volkes, seine Selbstbestimmung und die Schaffung eines kurdischen bürgerlich-demokratischen Staates als nächster Etappe der „antikolonialen“ und „antifeudalen Revolution“.

Trotz ihres Namens war die PKK nie eine ArbeiterInnenpartei, weder vom Programm her noch in ihrer sozialen Zusammensetzung. Abgesehen von einigen Initiativen in der Anfangsphase zielte sie nicht darauf ab, sich auf die kurdische ArbeiterInnenklasse zu stützen. In den kurdischen Regionen war dies eine kleine, aber nicht unbedeutende Klasse. Unter der wachsenden Zahl kurdischer ArbeiterInnen in den türkischen Großstädten und in Westeuropa organisierte die PKK diese nur als UnterstützerInnen und als SpenderInnen für den „Hauptkampf/es“ – den um nationale Befreiung in Kurdistan.

Ihre wichtigste soziale Basis bildeten Intelligenz und ländliche Bevölkerung.

Ihr wichtigstes Kampfinstrument war der Guerillakrieg, der Aufbau einer Guerillabewegung, die Kurdistan vom Land aus befreien sollte. Anders als die meisten türkischen Linken, die durch den Militärputsch 1980 zerschlagen wurden, konnte die PKK in den 1980er und frühen 1990er Jahren nicht nur überleben, sondern ihre Wurzeln in der kurdischen Bevölkerung sogar vertiefen. Sie wurde zur dominierenden Kraft der kurdischen Bevölkerung in Kurdistan, zu einer kleinbürgerlich-nationalistischen Partei mit Massenanhang, die auch außerhalb der kurdischen Gebiete, u. a. in Westeuropa, Massenorganisationen zur Unterstützung ihres Kampfes schon früher organisierte.

Sie richtete sich eindeutig an verschiedene Schichten der kurdischen Gesellschaft, insbesondere an Jugendliche aus dem ländlichen und städtischen Kleinbürgertum. Darüber hinaus war die Frage der Frauenbefreiung immer ein wichtiges Thema, und die Guerilla zog viele Kämpferinnen an, die in speziellen Fraueneinheiten organisiert waren. Die PKK konnte die Militärdiktatur überleben, weil sie eine Zuflucht in Syrien finden und ihre Kräfte ausbilden konnte, aber auch wegen ihrer Wurzeln innerhalb der kurdischen Bevölkerung in der Türkei und außerhalb davon.

Die 1990er Jahre

brachten wichtige Veränderungen mit sich. Erstens zwang der Zusammenbruch der

Sowjetunion und der stalinistischen Kaste auch die PKK, dies ihren

AnhängerInnen zu erklären. Sie fand dies leichter als die meisten türkischen

StalinistInnen, MaoistInnen oder HoxhaistInnen, da die PKK wegen der Unterstützung

für die türkischen chauvinistischen Linken und des Verrats an kurdischen

Kämpfen immer einige Vorbehalte gegenüber Moskau hegte. Der Zusammenbruch der

herrschenden Bürokratien wurde durch eine „Entfremdung vom Volk“ und

„Verweigerung der Demokratie“ erklärt. Offensichtlich hat sie einige der

repressiven Merkmale des Stalinismus anerkannt, aber sie hat keine

grundlegende, sondern eine oberflächliche Kritik entwickelt, die den

Klassencharakter der „Demokratie“ herunterspielte und gesellschaftliche Planung

per se als bürokratische Planung verstand.

Zweitens machte

die politische Situation Anfang der 1990er Jahre auch der PKK klar, dass der

Guerillakampf die türkische Armee in Kurdistan nur binden konnte. Sie wäre

nicht in der Lage, die türkische Armee zu besiegen. Zudem wurden die

Beziehungen zum syrischen Regime (auf Druck der Türkei) schwieriger. Die

US-Kriege gegen Saddam Hussein sahen die PKK auf beiden Seiten eine

defätistische Position einnehmen, aber es entstand auch ein rechter Flügel, der sich mit den USA verbünden wollte.

Drittens führt dies alles dazu, dass sich die PKK verstärkt „diplomatischen“ und „Friedensinitiativen“ zuwandte. Die Frage der Unabhängigkeit wurde mehr und mehr durch Forderungen nach Autonomie, Gleichberechtigung, Selbstverwaltung und sozialen Reformen in den kurdischen Regionen ersetzt und schließlich zugunsten „demokratischer Initiativen“ aufgegeben. Während der Guerillakampf aufrechterhalten wurde, geriet er zum Druckmittel für einen „Waffenstillstand“ und „Verhandlungen“. Schon bevor Öcalan gefangen genommen wurde, hatte er mehrere Initiativen gegenüber den türkischen Regierungen versucht (Anfang der 1990er Jahre) und begann auch in Europa zu „touren“, um Unterstützung von bürgerlichen Regierungen zu erhalten. Die türkische Regierung war jedoch nicht auf eine Einigung aus, sondern auf seine Kapitulation. Sie zwang Syrien nicht nur, die PKK-Basen zu schließen, sondern auch Öcalan auszuweisen, damit er schließlich gefangen genommen, zum Tode verurteilt (2002 in lebenslängliche Haft umgewandelt) und seitdem auf der Insel Imrali inhaftiert werden konnte.

Öcalans

Gefangennahme markierte eindeutig einen Wendepunkt für die PKK. Zuerst hat sie Verwirrung gestiftet. Ihre erste Reaktion auf die Gefangennahme waren erhöhte Militanz und Abenteuerertum. Aber bald zog die Partei nach rechts. Ihr linker Flügel wurde unter anderem mit gewalttätigen Mitteln gesäubert, und nach einigen Monaten wurde Öcalan wieder als Parteiführer eingesetzt.

Dies war nur möglich, da die PPK eine kleinbürgerliche stalinistische Partei war. Sie hatte bereits einen eigenen Personenkult um Öcalan etabliert. Obwohl er sich in den Händen des türkischen Staates befindet, leitet er weiter die Partei, führt das Volk, die Bewegung an, die er korrigiert hat, indem er eine ganz neue Ideologie und Strategie erfunden hat, die die Partei, das Volk, die Bewegung umsetzen. Bei allem Hype um Demokratie, den die PKK jetzt betreibt, ist nur Öcalan als Führer „anerkannt“.

Es wäre jedoch falsch zu behaupten, dass der ideologische Wandel, den die PKK in den späten 1990er Jahren und seither unter Öcalans Führung vollzogen hat, nur ein kosmetischer Trick war. Tatsächlich hat sie wichtige Elemente ihrer marxistisch-leninistischen, d. h. stalinistischen, Ideologie aufgegeben und sie durch eine zusammengeklautete Mischung aus

Libertarianismus,
Anarchismus, Postmodernismus ersetzt, während sie gleichzeitig
nationalistische
und stalinistische Züge beibehält.

Sie ersetzte das
Etappenprogramm der nationalen Befreiung und Machtergreifung
durch die
Ideologie des „demokratischen Konföderalismus“. Sie hat ein
stalinistisches
Programm gegen ein Programm des kleinbürgerlichen Sozialismus
ausgetauscht, das
Elemente des Anarchismus, „Marxismus“, Reformismus,
Nationalismus, Feminismus
zu einem populistischen Programm verbindet.

Für Öcalan,
dessen Anschauung dem Lehrbuch des Anarchismus entlehnt ist,
ist der Marxismus
gescheitert, da er wollte, dass die Revolution die Staatsmacht
ergreift und die
ehemals unterdrückten Klassen als herrschende Klasse
etabliert. Deshalb dürfe
man nicht darauf abzielen, die Staatsmacht zu erobern, sondern
müsse den
bürgerlichen Staat von innen heraus überflüssig machen. Dazu
bedürfe es Formen
der Selbstregierung, demokratische Rechte und vor allem Formen
der
Selbstverwaltung und „Räte“ als alternative, zukünftige
Vergesellschaftungsformen. Würden diese sich allmählich
entwickeln und mit
einem Programm zur (Um-)Bildung der Menschen in einer
kooperativen, nicht
repressiven Weise kombiniert, würde die bestehende

kapitalistische Wirtschaft
durch eine kooperative ersetzt und der Staat für die Menschen
immer weniger
wichtig werden.

Öcalan hat so
nicht nur den Stalinismus revidiert, sondern auch die
marxistische
Staatstheorie und das marxistische Verständnis von
Kapitalismus und
Warenproduktion. Er hat das Programm der Frauen und der
nationalen Befreiung
revidiert. Es ist nicht verwunderlich, dass es in seiner
Politik für einige
Zeit auch Spannungen in Bezug auf die Rolle der PKK selbst
gab. Warum braucht
man schließlich eine politische Partei, die das Volk führen
soll, wenn man
nicht die Absicht hat, die Macht zu übernehmen? Öcalans
Antwort ist einfach:
Sie muss seine Ideologie verbreiten und sicherstellen, dass
die Menschen ihr
folgen.

Kurzum, trotz
der „klassenlosen“ demokratischen Utopie, die die PKK in den
letzten Jahren
gefördert hat, kann ihr kleinbürgerliches Programm nicht
allein von der
Demokratie umgesetzt werden. Natürlich machen die
Unterdrückung der KurdInnen,
die Kriege gegen sie, „reine Demokratie“ ohnehin utopisch.
Aber dieses
politische und wirtschaftliche Programm erfordert auch eine
politische Kraft,

eine Partei, die zwar innerhalb der Kampfstrukturen der ArbeiterInnen und BäuerInnen um deren Ausrichtung und demokratisches Funktionieren kämpft, aber mit diesen nicht identisch ist. Vielmehr muss sie neben oder mit anderen Strömungen der ArbeiterInnenklasse und der Unterdrückung um die politische Führung ringen.

In einer ArbeiterInnenrevolution entstehen Räte/Sowjets als Organe des Kampfes und der direkten Demokratie. Sie können ihr Potenzial nur dann entfalten, wenn die ArbeiterInnenklasse die ausgebeuteten und unterdrückten Massen an die Macht bringt, um ein Programm der Enteignung der KapitalistInnenklasse umzusetzen. Auf einer solchen wirtschaftlichen und sozialen Basis kann eine Arbeiterinnenregierung die gesamte Wirtschaft demokratisch planen. Die revolutionäre Partei kann durch Agitation und Propaganda die Führung für ein Programm gewinnen, das den objektiven Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht und der bewusste Ausdruck der Aufgaben ist, die die Revolution der ArbeiterInnenklasse stellt. Das sind die Grundlagen, auf denen die revolutionäre Partei rechenschaftspflichtig, wählbar und abrufbar ist.

Dies ist auch

der Grund, warum sowjetartige Organe nur in vorrevolutionären oder revolutionären Situationen entstehen und nur dann dauerhaft werden können, wenn sie die Macht ergreifen. Würden sie dies nicht und das wirtschaftliche Fundament der Gesellschaft nicht verändern, könnte die Führung der revolutionären Partei nicht zur führenden Kraft werden und würde einer konterrevolutionären Kraft Platz machen, die die Räte schließlich entwaffnen oder in bürgerliche Institutionen integrieren würde. Wenn es der Revolution gelingt, einen ArbeiterInnenstaat zu schaffen, wird die ArbeiterInnendemokratie die Demokratie der ArbeiterInnen als herrschende Klasse sein, und sie wird reichlich sprießen, je mehr sich die Revolution ausbreitet und die Wirtschaft zum globalen Sozialismus entfaltet.

Der demokratische Konföderalismus hingegen sieht eine „Transformation“ in eine andere Gesellschaft vor, die versucht, eine „kooperative“ Produktion im Kapitalismus zu entwickeln. Sie versucht, sich in Richtung „Sozialismus“ zu bewegen, indem sie eine bestimmte Art von Privateigentum (Kooperativen) und eine politische Form (Rat) mittels des bestehenden Staates schrittweise erweitert.

Jede allgemeine
Warenproduktion wird jedoch die von ihm angestrebten
Wirtschaftsstrukturen
untergraben. Die Kooperativen oder selbstverwalteten Fabriken
werden dem Markt
untergeordnet, nicht umgekehrt. Den bestehenden Staaten,
selbst notwendiger
Ausdruck der wirtschaftlichen Basis einer kapitalistischen
Produktionsweise,
werden die „Räte“ untergeordnet und nicht umgekehrt.

Es sind in der
Tat die massive Unterdrückung des türkischen Staates und der
Krieg gegen das
kurdische Volk, die alle Formen der populären Selbstverwaltung
zerstören und
dazu neigen, diese wirklichen Widersprüche der Politik der PKK
und ihrer
Schwesterorganisationen in Syrien (PYD) oder im Iran zu
verschleiern.

Man konnte
jedoch sehen, wie sich diese Widersprüche in der Politik der
HDP in der Türkei
auswirkten. In der Vergangenheit hatte die PKK prokurdische
Parteien gefördert,
damit sich kurdische Linke und NationalistInnen an den
türkischen Wahlen
beteiligen konnten. Trotz diverser Verhandlungen,
Waffenstillstände etc. waren
sie immer wieder Gegenstand von Repressionen, Inhaftierungen
von Abgeordneten
und MandatsträgerInnen und schließlich des Verbots der
prokurdischen Parteien.
Dies zeigt, dass der türkische Staat selbst minimalen Formen

der parlamentarischen Demokratie stets extreme Grenzen gesetzt hat.

Im Jahr 2014 wurde die HDP gegründet. Es war ein Versuch, den „Friedensprozess“ mit der türkischen Regierung weiter voranzutreiben und über den kurdischen WählerInnenstamm hinauszugehen. Natürlich hat die HDP auch eine Partei verkörpert, die die Kräfte der „Gezi-Protteste“ ab 2013 zusammenführt, darunter die kurdischen Kräfte und die türkische Linke.

Sie präsentiert sich als Partei aller Unterdrückten – aber nicht als ArbeiterInnenpartei. Von Anfang an wurde sie in verschiedene Richtungen geschoben. Ein Teil der kurdischen WählerInnenschaft wollte eine klassenübergreifende Partei der kurdischen Nation haben. Andere wollten sie in eine ArbeiterInnen-/Sozialistische Partei verwandeln, wenn auch nach dem Vorbild der Europäischen Linkspartei. Ein weiterer Flügel würde es vorziehen, dass sie eine linkspopulistische Partei wie Podemos wird. Schließlich favorisierte ein kleinerer Teil (überwiegend aus der türkischen Linken) eine sozialistische (linksreformistische oder zentristische) Partei.

Durch den

Wahlerfolg der HDP im Jahr 2015 wurde sie jedoch von der AKP und Erdogan schwer angegriffen, da sie ein parlamentarisches und soziales Hindernis für sein Ziel der Stärkung der Präsidentialmacht darstellte. Im Jahr 2016 hat die türkische Regierung einen blutigen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung wieder aufgenommen, Städte bombardiert, in ihren „Anti-Terror-Kampagnen“ unschuldige ZivilistInnen getötet und Tausende von kurdischen AktivistInnen oder von der lokalen bis zur nationalen Ebene gewählten VertreterInnen inhaftiert. Sie zielt darauf ab, nicht nur die PKK effektiv zu zerschlagen, sondern auch die HDP zu zerstören. Nach dem Gegenputsch von Erdogan im Sommer 2016 hat sich mit der Verstärkung eines bonapartistischen Regimes in der Türkei dies enorm beschleunigt. Das Regime betreibt eine Politik der permanenten inneren Spannungen, die sich nicht nur gegen echte oder vermeintliche „PutschistInnen“, sondern zunehmend gegen alle demokratischen und linken Kräfte, und vor allem gegen die HDP, die PKK und die kurdische Bevölkerung, richtet.

Diese erzreaktionäre Politik hat andererseits die inneren Widersprüche innerhalb von HDP und PKK, die mit einem gemeinsamen Feind konfrontiert sind, eingedämmt. Hätte sich die HDP dagegen eher als parlamentarische Kraft etabliert, wären die unterschiedlichen Klassenorientierungen mehr zutage getreten. Das hätte die Ideologie des „demokratischen Föderalismus“ in Frage gestellt.

Sie hat aber zugleich die Grenzen einer legalen, parlamentarischen Partei aufgezeigt, durch die die kurdische Bewegung in Richtung Guerillakampf zurückgedrängt und auch einige Sektionen (z. B. die Teyrêbazên Azadiya Kurdistan, TAK; dt.: Freiheitsfalken Kurdistans) dazu gebracht werden, eine „entschlossenerere“ Version des Guerillaismus als Lösung für die aktuelle Situation zu sehen. Die PKK/HDP-Politik selbst oszilliert, behält ihr Guerillatum bei, strebt aber letztendlich eine Wiederaufnahme der Verhandlungen an, während sie behauptet, sie würde weiterhin eine „demokratische konföderalistische“ Struktur in Nordkurdistan aufbauen. Kurzum, sie schwankt zwischen Guerillaismus, utopischem Sozialismus und Parlamentarismus, während der Ausweg in einer anderen Richtung liegt: der Schaffung einer multinationalen ArbeiterInnenpartei, die unter den gegenwärtigen Bedingungen legale und illegale Arbeit kombinieren könnte.

Das andere Schlüsselprojekt, das die Politik des „demokratischen Konföderalismus“ auf den Prüfstand gestellt hat, war West-Kurdistan, Rojava, in Syrien. Hier konnte die PYD, die Schwesterpartei der PKK, von der syrischen Revolution zehren. Sie konnte die Kontrolle über drei Bezirke (Kantone), genannt Rojava, etablieren.

Hier schuf sie ihre quasi-staatlichen Strukturen und baute eigene Verteidigungseinheiten (Yekîneyên Parastina Gel, YPG; dt.: Volksverteidigungseinheiten/ Yekîneyên Parastina Jin, YPJ; dt.: Frauenverteidigungseinheiten) und „Räte“ auf. Sie tat dies mit einer Politik des „dritten Weges“ und versuchte, sich aus der syrischen Revolution herauszuhalten. Assad hoffte und schaffte es in gewissem Maß, die KurdInnen als eine Kraft zu neutralisieren, indem er ihnen Territorien überließ und auch die syrische Staatsbürgerschaft für all jene gewährte, die sie in den 1960er Jahren verloren hatten. Außerdem waren die meisten führenden Kräfte der syrischen Revolution gegenüber der kurdischen nationalen Frage ignorant und lehnten die kurdische Selbstbestimmung ab.

Die kurdische Bevölkerung und vor allem die Jugend waren in den frühen Phasen der syrischen Revolution recht auffällige TeilnehmerInnen, während die meisten kurdischen Parteien (nicht nur aus der PKK-Tradition, sondern auch aus der PDK) eher spät oder zögerlich den Aufstand gegen Assad unterstützten. Andererseits fehlte den militanten Teilen der Jugend und der demokratischen Kräfte – wie der gesamten syrischen Revolution – die politische Richtung.

Die Unterstützung

der PKK gab der PYD zudem die Möglichkeit, kurdische Gebiete einzunehmen, wodurch sie zu einer dominierenden Kraft im syrischen Bürgerkrieg wurde. Dies wurde durch die Unterstützung der JesidInnen, die mit einem Pogrom von ISIS konfrontiert waren, von der PKK und im heldenhaften Kampf um die Verteidigung von Kobanê erheblich verstärkt. Dies gab der PYD und ihren Selbstverteidigungskräften unter der kurdischen Bevölkerung in Rojava eindeutig enorme Anerkennung. Sie bewies ihre Entschlossenheit und Fähigkeit, einem brutalen, barbarischen Feind auch unter extrem widrigen Umständen und trotz der Unterstützung von ISIS durch die Finanziere aus den Golfstaaten und trotz des Embargos gegen Rojava durch die Türkei zu trotzen.

Andererseits hat die Intervention aller imperialistischen und regionalen Mächte und der Rechtsruck der Führung der syrischen Revolution Rojava auch als eine Oase der Demokratie und des Fortschritts in einem verfallenden Land erscheinen lassen. Verstärkt wurde dieser Eindruck durch eine Reihe bürgerlich-demokratischer Reformen, die insbesondere im Bereich der Gleichberechtigung von Frauen und nationalen Minderheiten durchgeführt wurden. Die Sympathien für das kurdische Volk und seinen heldenhaften Kampf sind eindeutig gerechtfertigt.

Aber man darf nicht vor den politischen Mängeln und Fehlern der PYD-Führung in Rojava die Augen verschließen. Sie hat nie versucht oder behauptet, die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse überwinden zu wollen. Sie strebte eine gemischte Wirtschaft an. Zudem setzten die Bedingungen einer Kriegswirtschaft dem Reformprojekt und auch den Formen der Selbstverwaltung strenge Grenzen. Vor allem aber hat sie keine Schritte unternommen, um die Wirtschaft demokratisch zu zentralisieren oder alle GroßgrundbesitzerInnen zu enteignen, sondern nur die Ländereien des Regimes und der arabischen LandeigentümerInnen, die geflohen sind. Kurzum, sie hat sich nicht mit der Agrarfrage befasst.

Des Weiteren verhielt sich die PYD sektiererisch gegenüber den demokratischen Kräften der syrischen Revolution. Dies hinderte sie jedoch nicht daran, eine Koalition mit reaktionären arabischen Stammesführern und UnternehmerInnen in Cizîrê einzugehen. Wir kritisieren außerdem, dass sie die politische Freiheit anderer kurdischer Parteien unterdrückt – auch wenn einige von ihnen eindeutig nicht progressiv sind: Die meisten von ihnen befinden sich im Lager Barzanis und der PDK.

Die „Kommune Rojava“ ist kein Kommunestaat, wie einige ihrer AnhängerInnen

behaupten. Sie ist auch kein Schritt zur Abschaffung des Staates. Der Bürgerkrieg in Syrien und die Revolution zwangen die PYD, Teile ihrer Doktrin aufzugeben und staatliche Funktionen zu übernehmen – und nicht den „demokratischen Konföderalismus“. Wir kritisieren die PYD nicht dafür, dass sie ihre Utopie nicht umgesetzt hat, denn das wäre unmöglich gewesen. Hätte sie an der Umsetzung ihrer Politik festgehalten, wie es einige anarchistische KritikerInnen forderten, wäre Rojava an ISIS gefallen.

Aber wir kritisieren, dass sie diese Tatsache nicht anerkennt, sondern versucht, sie zu verschleiern, und dass sie den demokratischen Konföderalismus nicht zugunsten der Schaffung eines ArbeiterInnen- und BäuerInnenstaates auf der Grundlage von Staatseigentum und ArbeiterInnenkontrolle über die Wirtschaft aufgegeben hat. Stattdessen hat sie tatsächlich Strukturen eines bürgerlichen Staates geschaffen – ähnlich wie linke plebiszitäre, populistische Regime.

Der Versuch der PYD, einen „dritten Weg“ in der syrischen Revolution zu suchen, ist auch ein Spiegelbild ihres Nationalismus und ihrer stalinistischen Vergangenheit. Für die PYD ist „Internationalismus“ eine Summe verschiedener

nationaler Kämpfe
bzw. solcher auf unterschiedlichen nationalen Feldern. Dies
bezieht sich nicht
nur auf die syrische und arabische Revolution, sondern auch
auf den kurdischen
Kampf. Sie lehnt eine „Intervention“ der PDK in Rojava ab,
aber sie verzichtet
auch auf eine „Intervention“ in das irakische Kurdistan. Dies
bedeutet, dass
die PYD keine Verbündeten unter den demokratischen, säkularen
und werktätigen
Kräften der syrischen Revolution suchte, sondern eine enge
Allianz mit dem
US-Imperialismus eingegangen ist.

Obgleich die USA
ihre Verbündeten nicht vollständig kontrollieren, ist auch
klar, dass sie sie
früher oder später verraten werden, so wie andere
imperialistische oder
regionale Mächte andere kurdische Parteien verraten haben.
Gleichzeitig
entfremden solche politischen Bündnisse die arabischen Massen.
Während die
Politik des „dritten Weges“ ein Weg gewesen sein mag, die
kurdische Bevölkerung
aus dem Krieg in Syrien herauszuhalten, wird ein Sieg Assads
und eine durch
Russland, den Iran und die Türkei vermittelte Regelung früher
oder später auch
bedeuten, dass das syrische Regime das kurdische Volk und die
von ihm
geschaffenen Formen der Selbstbestimmung angreifen wird. Und
es wird dies auf
der Grundlage einer besiegten Revolution getan werden, wo die
einzigen Kräfte,

die den KurdInnen eine dauerhafte und zuverlässige Unterstützung für ihren Kampf geben konnten – die ArbeiterInnen und BäuerInnen – an den Rand gedrängt wurden. Die Eroberung von Afrin durch die türkische Armee und ihre konterrevolutionären Verbündeten könnte der Beginn dieses Prozesses sein. Es ist klar, dass weder die Türkei noch Assad die kurdische Autonomie viel länger tolerieren werden. Die USA sind eindeutig nicht bereit, einen Konflikt mit dem NATO-Partner Türkei zu weit zu treiben und zu riskieren, die amerikanisch-türkischen Beziehungen zugunsten der Unterstützung von Rojava weiter zu belasten.

All dies zeigt die schwere Führungskrise – nicht nur in den von der PDK besetzten Gebieten, sondern auch dort, wo die PYD, PKK oder HDP die dominierenden kurdischen Kräfte sind. Es verdeutlicht, dass eine revolutionäre, internationalistische ArbeiterInnenpartei auf der Grundlage eines revolutionären Aktionsprogramms gebraucht wird – eine Partei, die auf permanenter Revolution und nicht auf Etappenideologie und demokratischem Konföderalismus basiert.

Permanente Revolution in Kurdistan

Trotz des Scheiterns der politischen Führungen der kurdischen Bewegung ist die Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes von zentraler Bedeutung für die internationale ArbeiterInnenklasse. Wir fordern die Öffnung der Grenzen der imperialistischen Länder und volles Asylrecht für alle kurdischen Flüchtlinge und Werktätigen! Wir fordern die Aufhebung der staatlichen Überwachung der kurdischen Bewegung, politischer Parteien oder auch kultureller Organisationen durch die europäischen Staaten und die EU und die Abschaffung der sogenannten „Terrorlisten“! Aufhebung des Verbots der PKK und aller kurdischen Organisationen! Volle Bürgerrechte und volle politische Rechte für kurdische Flüchtlinge und MigrantInnen!

Die politische Solidarität mit dem kurdischen Kampf und die Unterstützung gegen die Unterdrückung durch „ihre“ Staaten oder den Imperialismus muss jedoch Hand in Hand gehen mit der Vorstellung eines zu den bestehenden kurdischen Parteien alternativen politischen Programms.

Die Geschichte ihrer Kämpfe und die aktuelle Situation in den Ländern, in denen die Masse der kurdischen Bevölkerung lebt, zeigen, dass der internationale Charakter der

kurdischen Revolution – und tatsächlich aller Revolutionen im Nahen Osten und Nordafrika – kein „Anhang“ des Kampfes in den bestehenden Staaten ist.

Tatsächlich haben der Arabische Frühling und die darauf folgende

Konterrevolution bewiesen, dass die Revolution nur gelingen kann, wenn sie

internationalisiert wird und zur Schaffung einer sozialistischen Föderation von

ArbeiterInnen- und BäuerInnenrepubliken im Nahen Osten führt.

Deshalb müssen

RevolutionärInnen für eine Partei kämpfen, die den internationalen Charakter

der Revolution als Ausgangspunkt nimmt. Für uns ist die Losung einer

sozialistischen Föderation kein Projekt einer fernen Zukunft, sondern eng mit

dem revolutionären Aktionsprogramm in jedem Land verbunden, zumal die

wirtschaftliche Rückständigkeit Schritte zur sozialistischen Wirtschaft und

einen demokratischen Plan auf Grundlage einer Zusammenarbeit über die

bestehenden Staatsgrenzen, den Hindernissen für die weitere Entwicklung, hinaus

erfordert.

Der auferlegte

und künstliche Charakter der bestehenden Staaten, in denen das kurdische Volk

leben muss, bedeutet, dass eine demokratische Lösung der kurdischen und anderer

nationaler Fragen nicht dadurch erreicht werden kann, dass die

gegenwärtigen

Staatsgrenzen als unantastbar betrachtet werden. Wenn das kurdische Volk seinen

Wunsch nach einem oder mehreren Staaten zum Ausdruck bringt, dann werden

RevolutionärInnen ihr Recht darauf unterstützen und verteidigen.

Die Geschichte

des kurdischen Befreiungskampfes weist darauf hin, dass Selbstbestimmung nicht

durch „Reformen“ oder Versuche zur gleichberechtigten Integration des

kurdischen Volkes in die bestehenden Staaten, in denen es zu leben gezwungen

ist, erreicht werden kann. Das islamistische

despotische Regime im Iran hat eine ganze Generation kurdischer KämpferInnen

und AktivistInnen ausgelöscht. Das türkische Regime verwehrt sogar die

Integration der kurdischen Bewegung in Form einer legalen parlamentarischen Partei.

Die demokratischen Errungenschaften von Rojava sind unvereinbar mit der

Wiedererlangung der Kontrolle über das Land durch Assad. Die kurdische

Selbstbestimmung im Nordirak wird sich immer auf das beschränken, was für die

HerrscherInnen in Bagdad akzeptabel ist. Die bloße Existenz von Rojava und der

kurdischen Region im Nordirak selbst hat zur Schaffung politischer Strukturen

geführt, die gezwungen sind, staatsähnliche Funktionen zu übernehmen – und es

ist unvorstellbar, dass selbst die begrenzten Formen der Selbstverwaltung unter

Assad , einem anderen syrischen nationalistischen Regime oder unter sunnitischen bzw. schiitischen reaktionären HerrscherInnen im Irak beibehalten werden können. Die künstliche Beschränkung des Kampfes auf die bestehenden Staatsgrenzen durch die kurdischen Führungen in allen Regionen spielt den UnterdrückerInnen in die Hände, spaltet die kurdischen ArbeiterInnen und BäuerInnen und die städtische Mittelschicht und macht Formen der Autonomie von imperialistischen oder regionalen reaktionären Verbündeten abhängig. Dies spiegelt die sozialen Interessen der kurdischen LandbesitzerInnen und bürgerlichen Klassen im Falle der gesamten PDK-Tradition bzw. den engen Horizont und Utopismus des kleinbürgerlichen Nationalismus der PKK-Tradition wider.

All dies weist auf die Notwendigkeit hin, das kurdische Volk, die ArbeiterInnen und BäuerInnen, über die bestehenden Staatsgrenzen hinweg, in denen sie leben, zu vereinen. Die Verteidigung der irakischen und syrischen kurdischen Gebiete erfordert eigentlich die Vereinigung ihrer Kräfte gegen die verschiedenen UnterdrückerInnen und könnte ein Funke sein, sich mit den kurdischen Massen im Irak, im Iran, in den türkischen und westeuropäischen Städten zu versammeln und zu vereinen. Deshalb fordern wir ein vereintes sozialistisches Kurdistan, den Kampf für eine ArbeiterInnen- und BäuerInnenrepublik,

verbunden mit dem Kampf
für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens.

Ein solches
vereinigtes Kurdistan kann weder durch Reformen erreicht
werden, noch wird es
von den ImperialistInnen oder der „internationalen
Gemeinschaft“ gewährt
werden. Aber die Perspektive eines vereinigten sozialistischen
Kurdistans ist
eng mit der gegenwärtigen Krise der gesamten Region verbunden,
die die
staatliche Ordnung und die Regime, wie sie durch die koloniale
und
imperialistische Herrschaft geschaffen wurden, weiterhin
untergraben wird. Die
Unterstützung für ein vereinigtes Kurdistan und damit die
kurdische
Selbstbestimmung widerspricht nicht dem Kampf gegen die
türkische, iranische,
irakische oder syrische herrschende Klasse und ihre
reaktionären Regime und
Staatskräfte sowie die imperialistischen Mächte, die für die
Neuaufteilung der
Region kämpfen. Die Unterstützung für kurdische
Selbstbestimmung und einen
kurdischen Staat wird in der Tat eine solide, demokratische
Grundlage für die
Einheit der kurdischen, arabischen, türkischen und iranischen
Massen sowohl in
den kurdischen Gebieten als auch in den gesamten Ländern
bilden. Sie wird die
Politik aller ausländischen und regionalen Mächte in Frage
stellen.

Der Kampf für ein vereinigtes sozialistisches Kurdistan darf daher weder vom Programm der permanenten Revolution in der gesamten Region getrennt werden, noch darf er den unmittelbaren demokratischen und sozialen Forderungen innerhalb der bestehenden Staaten und dem gemeinsamen Kampf für einen revolutionären Sturz der jeweiligen Regime entgegengesetzt werden.

Innerhalb der verschiedenen Staaten fordern wir multinationale ArbeiterInnenparteien, die ArbeiterInnen aller Nationalitäten vereinen. Aber selbst solche Parteien werden ihre Ziele niemals erreichen, wenn ihr Aufbau nicht mit dem einer neuen revolutionären ArbeiterInneninternationale, einer Fünften Internationale, verknüpft wird, die diese Kämpfe zusammenführen kann.

Obwohl wir nicht von einem einheitlichen Programm der kurdischen Befreiung unabhängig von den nationalen Territorien, in denen sie arbeiten, sprechen können, gibt es eindeutig einige zentrale Forderungen für sie alle:

- Nein zur nationalen Unterdrückung. Beseitigung aller Unterdrückung. Gleiche Rechte für alle Sprachen, auch in der Schule, in öffentlichen Ämtern, bei der Arbeit. Für das Recht auf Selbstbestimmung bis hin zur Abtrennung, wenn die Nation es wünscht.

- Gemeinsamer Kampf gegen Diktaturen – Kampf für eine konstituierende Versammlung. Die Zusammenkunft einer solchen Versammlung soll von den Ausschüssen der ArbeiterInnen, der ländlichen und städtischen Massen kontrolliert werden! Alle bonapartistischen Sondergesetze, alle Einschränkungen der demokratischen Rechte wie Pressefreiheit, alle Überwachungs- und Sicherheitsgesetze müssen aufgehoben werden.
- Nein zum religiösen Sektierertum! Für die Trennung von Staat und Religion, keine Privilegien für irgendeine religiöse Gruppe, keine Einschränkungen für andere religiöse Gruppierungen oder AtheistInnen.
- Gleiche Rechte für alle Unterdrückten, für Frauen, Jugendliche und sexuell Unterdrückte. Für Programme zur vollständigen Integration von Frauen und Jugendlichen in die Arbeitswelt und zur Sozialisierung der Hausarbeit.
- Für eine Agrarrevolution – Enteignung der Großgrundbesitzer. Große Bauernhöfe und Agrarindustrien sollen enteignet werden und unter ArbeiterInnenkontrolle stehen. Das Land soll unter kleinen und landlosen BäuerInnen verteilt werden; Genossenschaften als Schritt zu sozialisierten Produktionsformen sind zu fördern.
- Die Rechte der ArbeiterInnenklasse und der Gewerkschaften müssen in allen Betrieben und Branchen verankert werden. Abschaffung aller gewerkschaftsfeindlichen Gesetze. Für geeinte, demokratische, klassenkämpferische Gewerkschaften in allen Betrieben und Wirtschaftszweigen. Für eine 40-Stunden-Woche und einen von den Gewerkschaften festgelegten und kontrollierten Mindestlohn. Für ein Programm von gesellschaftlich nützlichen öffentlichen Arbeiten unter ArbeiterInnenkontrolle. Freier Zugang zu

Gesundheitsfürsorge, Bildung und Mindestrente für alle!

- Nein zu neoliberalen Reformen und Privatisierungen. Wiederverstaatlichung aller privatisierten Unternehmen. Enteignung von Großunternehmen, Banken, Finanzinstituten und multinationalen Unternehmen ohne Entschädigung und unter Kontrolle der ArbeiterInnen.
- ArbeiterInnenrechte (ArbeiterInnenkontrolle, Mindestlohn, Gewerkschaftsrechte auch für AgrararbeiterInnen, Plan zur Entwicklung von Stadt und Land).
- Hinaus mit allen imperialistischen Mächten, USA, EU, Russland,..) und Besatzungstruppen aus dem Nahen Osten! Gemeinsamer Kampf mit der gesamten ArbeiterInnenklasse und demokratischen, revolutionären Kräften in allen Ländern. Für kurdische Selbstbestimmung! Setzt Euch ein für den nationalen Befreiungskampf des palästinensischen Volkes! Unterstützung für die ArbeiterInnen- und demokratischen Bewegungen zum Aufschwung einer neuen revolutionären Welle in der gesamten Region! Für eine Föderation der Sozialistischen Staaten des Nahen Ostens!
- Um ein solches Programm umzusetzen, müssen die ArbeiterInnenklasse und die Massen die Macht in ihre eigenen Hände nehmen und ArbeiterInnen und BäuerInnenregierungen schaffen, die sich auf ArbeiterInnen-, SoldatInnen- und Volksräte und auf eine bewaffnete Miliz stützen.

Ein solches Programm erfordert revolutionäre ArbeiterInnenparteien und eine von allen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräften unabhängige Internationale. Deshalb ist es notwendig, kurdische ArbeiterInnen als Klasse zu organisieren, nicht nur als Teil „des Volkes“, wie PKK und PYD dies tun. Es ist notwendig, mit allen Formen von Etappenideologie und Populismus zu brechen. Die kurdische Revolution wird Teil der permanenten Revolution im Nahen Osten sein – oder gar nichts.

Gewerkschaften in Pakistan

Revolutionary Socialist Movement, Revolutionärer Marxismus 51, Mai 2019

Vorwort

Die Aufgabe dieser Resolution ist es, eine die Organisationen der Arbeiterinnenbewegung in Pakistan zu analysieren und eine Strategie für AktivistInnen zu entwerfen.

Trotz aller Schwächen der Gewerkschaften und der ArbeiterInnenbewegung gab es in den vergangenen Jahren auch eine Reihe eindrucksvoller Arbeitskämpfe. Die Entstehung des Labour Qaumi Movement (LQM), die Kämpfe der Pflegerinnen und jungen

ÄrztInnen im
Gesundheitssektor und die Streiks der ArbeiterInnen bei der
Pakistan
International Airlines (PIA) sind alle eindrucksvolle
Beispiele der
Bereitschaft dieser ArbeiterInnen, Widerstand zu leisten und
für ihre Rechte
selbst unter widrigsten Umständen zu kämpfen. Die anhaltenden
Auseinandersetzungen
im Wasser- und Energiesektor (Wasser- und
Elektrizitätsentwicklungsamt; WAPDA)
haben ebenfalls eine strategische Bedeutung für die
zukünftigen
Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen im Land. Auch wenn die
begrenzten
Streiks und Massenversammlungen die Privatisierungen nicht
gestoppt haben, so
haben sie sie dennoch verzögert.

Diese mutigen Kämpfe wie auch eine
Reihe von Initiativen, lokalen Protesten und Versuchen bisher
unorganisierte
ArbeiterInnen zu organisieren – wie beispielsweise unsere
eigenen Bemühungen,
eine Gewerkschaft im Bereich der Heimarbeitsindustrie
aufzubauen – zeigen
deutlich, dass die ArbeiterInnenklasse sich für ihre eigenen
Interessen in
Bewegung setzen, dass sie organisiert werden kann und es
militante
GewerkschafterInnen und ArbeiteraktivistInnen gibt, die sich
dieser Aufgabe
verpflichtet haben.

Die vorliegende Resolution ist ein

Versuch, den LeserInnen die Bedingungen näherzubringen, unter welchen gekämpft wird. Sie soll ebenfalls dazu dienen, die sehr reiche, aber oft verfälschte oder vergessene revolutionäre und kommunistische Tradition auf diesem Arbeitsfeld zu vermitteln.

Pakistanischer Kapitalismus und die ArbeiterInnenklasse

Nach der neoliberalen Periode spekulativen Wachstums der Wende zum 21. Jahrhunderts traf die globale Krise des Kapitalismus Pakistan besonders hart. Das Land steht nicht nur im Zentrum einer ökonomischen, sozialen und ökologischen Krise, eines imperialistischen Krieges sowie nationaler und sozialer Unterdrückung, sondern auch zunehmender globaler Rivalitäten zwischen imperialistischen Mächten und Blöcken. Die andauernde Krise untergräbt immer mehr die soziale Basis des Staates. In der Konsequenz verschlechtern sich Lebensbedingungen für die werktätigen Massen, für Millionen kleiner Bauern/Bäuerinnen und LandarbeiterInnen sowie für die städtische und ländliche ArbeiterInnenklasse.

Die ökonomische Krise führt dazu, dass eine wachsende Zahl kleiner und landloser Bauern/Bäuerinnen vom Land in die

Städte flieht. In Folge steigt dort der Anteil der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten. Wenn sie überhaupt in den Arbeitsmarkt aufgenommen werden, dann in den „informellen“ Sektor. Das Gleiche trifft für die wachsende Bevölkerung im Allgemeinen zu, im Speziellen für die Jugend des Landes. Für den Großteil von ihr bietet der Kapitalismus keine Zukunft mit stabiler Beschäftigung, mit regulierten Arbeitsbedingungen und anerkannten Arbeitsrechten. Ähnliches gilt für die Millionen von Flüchtlingen, die vor dem imperialistischen „Krieg gegen den Terror“ und vor etlichen Feldzügen gegen nationale Minderheiten fliehen mussten.

All das trägt zur weiteren Verschärfung der Arbeitsbedingungen in Pakistan bei. Tatsächlich arbeitet die Mehrheit aller Arbeitskräfte, die nicht auf dem Land arbeiten, im „informellen“ Sektor der Wirtschaft. Im Jahr 2014 waren 43,7 % der aller Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig, 14,1 % in der Industrie und 38,2 % bei privaten Dienstleistungsfirmen und im öffentlichen Dienst. Die Mehrheit davon wird durch keinerlei Arbeitsregulierungen geschützt. Das trifft besonders auf die SaisonarbeiterInnen zu, die 75 % aller Lohnabhängigen im landwirtschaftlichen Bereich ausmachen. Für sie überwiegen „informelle“ Absprachen. Abhängig von Provinz oder Region sowie den sehr unterschiedlichen

Eigentumsformen auf dem Land schließt dies oft Ausbeutungsformen von Bauern/Bäuerinnen und LandarbeiterInnen ein, die stark an vorkapitalistische Gesellschaften erinnern, aber tatsächlich eine Erfindung moderner Zeiten sind. Unfreie Arbeit (z. B. Knechtschaft, Sklaverei), oft in der Form von Schuldknechtschaft, obwohl formal verboten, ist in einigen Gegenden weitverbreitet, z. B. in Ziegelbrennereien. Schätzungsweise unterliegen rund 2 Millionen ArbeiterInnen diesem Zwangssystem.

Informeller Sektor

Heute sind rund 40 Millionen, die Mehrheit der rund 65 Millionen Lohnabhängigen, in Industrie und im Dienstleistungsbereich beschäftigt. Etwa 20 % davon sind Frauen. Die erdrückende Mehrheit, rund drei Viertel, ist im „informellen“ Sektor beschäftigt. Viele arbeiten als TagelöhnerInnen im so genannten „Kontraktsystem“ (System der Vertragsarbeit), welches sich in den vergangenen zwanzig Jahren weiter ausgebreitet und „dereguliert“ hat. Dies ist nicht zuletzt aufgrund des Drucks des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank, der asiatischen Entwicklungsbank und anderer internationaler Finanzinstitutionen, aber auch des

pakistanischen Kapitals selbst erfolgt.

Für die ArbeiterInnen dort gibt es keine Regulierungen, die ihre Arbeitsbedingungen bestimmen. Es gibt keinen bezahlten Urlaub, keine Arbeitssicherheit, keine Krankenversicherung und keine, oder fast keine, Begrenzung der täglichen Arbeitszeit – dementsprechend auch keine bezahlten Überstunden. Gleichzeitig betrachten die herrschende Klasse und die imperialistischen Institutionen diesen Teil der Wirtschaft als den „dynamischsten“. Tatsächlich haben IWF und Weltbank wiederholt den Ausbau dieses Sektors und die Abschaffung selbst der laxesten Arbeitsgesetze eingefordert und bewilligt bekommen.

Per Definition ist es schwer, genaue Zahlen über diesen Sektor zu erheben. 2007 wurde geschätzt, dass aus der Gesamtzahl von 49,09 Millionen Erwerbstätigen zu dieser Zeit nur 17,66 Millionen als angestellt galten, während 16,77 Millionen selbstständig und 14,2 Millionen unbezahlte „FamilienhelferInnen“ im informellen Sektor waren. Während die ArbeiterInnenklasse seitdem massiv gewachsen ist und sich ihre Zusammensetzung geändert haben mag, verschaffen diese Zahlen einen Einblick in die verschiedenen Formen von „Arbeit“, die der „informelle“ Sektor umfasst. Es sollte ebenfalls zur Kenntnis genommen werden, dass viele

ArbeiterInnen im „informellen“ Sektor nach Stücklohn bezahlt werden und viele der ArbeiterInnen zu Hause oder in kleinen, gefährlichen Klitschen arbeiten. Das heißt auch, dass die ArbeiterInnenklasse zu einem großen Teil zersplittert und fragmentiert ist, gefangen in beinahe „atomisierten Strukturen“ durch das Verlagssystem und die effektive Aushebelung jeglicher Arbeitsrechte.

Dieses System ist eng verbunden mit der Arbeitsteilung innerhalb der ArbeiterInnenklasse und verschiedenen Formen der sozialen Unterdrückung. Zwar ist in den vergangenen Jahrzehnten der Anteil weiblicher Arbeitskräfte gestiegen, dies erfolgte aber überwiegend im „informellen“ Sektor. In der Heimarbeitsindustrie stellen Frauen die Mehrheit. Ihre Überausbeutung wird oft durch Patriarchat und Frauenunterdrückung verstärkt. Sie erhalten niedrigere Löhne und sind von sexueller Belästigung und Einschüchterung sowie Nichtbezahlung hergestellter Produkte betroffen. Auch sind sie meist vollkommen von anderen ArbeiterInnen abgeschottet. Sie stellen einen der am stärksten ausgebeuteten Teile der pakistanischen Beschäftigten, der systematisch unter den eigenen Reproduktionskosten bezahlt wird. Dies verstärkt ihre ökonomische Abhängigkeit von Familie und Ehemann und dadurch ihre Unterdrückung. Andere zentrale Gruppen des „informellen“ Sektors sind Kinder,

Jugendliche, unfreie ArbeiterInnen und MigrantInnen, die entweder aus Kriegsgebieten oder verarmten ländlichen Gebieten geflohen sind. Während Sexismus sowie die Unterdrückung nationaler und religiöser Minderheiten nicht auf diesen Sektor beschränkt sind, spielen sie eine Rolle dabei die ArbeiterInnenklasse zu spalten und ihre Unterdrückung zu verstärken.

In Pakistan gilt in den meisten Provinzen offiziell ein Mindestlohn von 13.000 Rupien (ca. 135 Euro) monatlich. Dieser Betrag ist vollkommen unzureichend, um auch nur einen geringen Lebensstandard sicher zu stellen. Erstens gilt dieser Mindestlohn in wichtigen Bereichen nicht, unter anderem in großen Teilen der Landwirtschaft und im „informellen“ Sektor, in dem Stücklohn dominiert und es Ausnahmeregelungen vom Recht für Überstundenbezahlung gibt. Zweitens wird der Mindestlohn nicht konsequent durchgesetzt. Selbst wenn er bezahlt wird, kann er nicht den Lebensunterhaltung für eine Familie durchschnittlicher Größe decken, d. h. für 6–8 Personen, von denen zwei ein Einkommen haben.

Dem Bericht des „Labour Survey“ von 2012–2013 zufolge betrug das Durchschnittseinkommen in diesem Zeitraum 10.240 Rupien, also weniger als der damalige Mindestlohn von 12.000 Rupien. Doch

selbst diese Zahl verdeckt den Umstand, dass 24,59 % weniger als 5.000 Rupien und 43,83 % zwischen 5.000 und 10.000 Rupien verdienten. Der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern ist enorm. Während Männer damals im Schnitt 11.074 Rupien verdienten, gab es für Frauen nur durchschnittlich 5.789 Rupien. LandarbeiterInnen verdienten im Schnitt rund 6.221 Rupien im Monat.

Das bedeutet, dass praktisch die Mehrheit der ArbeiterInnenklasse gezwungen ist, unter den Reproduktionskosten ihrer eigenen Arbeitskraft zu leben. Die meisten ArbeiterInnenfamilien in Pakistan sind daher gezwungen, ihre Kinder arbeiten zu lassen, um ihr Einkommen abzusichern. Es ist nicht überraschend, dass große Teile der Klasse aus ungelernten ArbeiterInnen bestehen, die leicht durch andere Arbeitskräfte ersetzt werden können. Mehr als die Hälfte der gesamten ArbeiterInnenklasse in Stadt und Land sind AnalphabetInnen. Dieser Umstand wird durch die Überausbeutung nicht nur bedingt, sondern regelmäßig reproduziert. Einkommen unterhalb der Familienreproduktionskosten erzwingen, dass Kinder und Jugendlichen zur Arbeit als noch schlechter bezahlte „Hilfskräfte“ geschickt werden. Damit ist für die Mehrheit jeder neuen Generation eine Zukunft als ungelernete ArbeiterInnen vorgegeben, weil sie die Schule nicht

beenden oder
keine Berufsausbildung erhalten.

Die Konkurrenz zwischen diesen
ArbeiterInnen wird wiederum durch den andauernden Druck der
Arbeitslosigkeit
erhöht. Zwar sprechen die offiziellen Zahlen von nur 5–6 %,
doch auch
diese Zahl ist irreführend. Denn als „beschäftigt“ gilt laut
Definition in
einigen Studien bereits, wer mehr als eine Stunde pro Woche
arbeitet. Während
also Unterbeschäftigung weitverbreitet ist, sind Überstunden
ein ebenso
verbreitetes Phänomen – oft unbezahlt. Mehr als ein Drittel
aller Arbeitskräfte
arbeitet mehr als 49 Stunden pro Woche. In den städtischen
Zentren ist es gar
die Hälfte.

Der Begriff „informeller“ Sektor
umfasst eine Vielzahl wirtschaftlicher Aktivitäten, sowohl in
er Industrie als
auch im Dienstleistungsbereich
(und damit produktive und unproduktive Arbeit im marxistischen
Sinn). Dazu
zählen ebenfalls halbproletarische Schichten in Stadt und
Land. Auch das
Verlagssystem, selbst ein Teil dieses Sektors, kann
unterschiedliche Formen
annehmen. ArbeiterInnen können über eine dritte Partei (eine
Mittelsperson oder
eine Agentur) unter Vertrag gestellt werden, um in einem
Betrieb oder einer
Werkstatt zu arbeiten. Sie können scheinselfständig oder mit

Kurzzeitverträgen direkt beschäftigt sein.

Die Existenz dieses riesigen Sektors bedeutet als solche enorme Probleme für die gewerkschaftliche Organisation, geschweige denn Aktion. Der/Die scheinselfbstständige ArbeiterIn ist kaum in der Position, „Streikaktivitäten“ an den Tag zu legen, aber auch die ArbeiterInnen in der Heimarbeitsindustrie sehen sich bedeutenden Problemen ausgesetzt, insbesondere, wenn sie wirklich zu Hause arbeiten. Auf sich allein gestellt verfügen sie praktisch über keine Verhandlungsmacht. Dort wo es Arbeitskämpfe in Kleinstbetrieben gegeben hat, waren sie oft mit der Notwendigkeit verbunden, eine ganze Gemeinde oder ein ganzes ArbeiterInnenviertel zu organisieren.

Das System der Vertragsarbeit (Kontraktarbeit)

Der „informelle Sektor“ und das System der Vertragsarbeit sind nicht nur auf kleine Betriebe und Heimarbeit beschränkt. Ein bedeutender Teil der LohnarbeiterInnenschaft ist durchaus in der Industrie beschäftigt und arbeitet dort unter widrigen Bedingungen. In weiten Teilen des privaten Sektors gibt es praktisch keine gewerkschaftliche Organisation. Dementsprechend ist die Ausbeutungsrate dort

sehr hoch. Oft produzieren private Unternehmen, wie im Fall der Textilindustrie, auch für den Weltmarkt. Hier liegt ein „Verlagssystem“ auf einem höheren Niveau vor.

Kleinere KapitalistInnen beschäftigen eine große Zahl ArbeiterInnen, wobei staatliche Arbeitsregulierungen ignoriert und umgangen werden. Die produzierten Güter wiederum werden von einer kleinen Zahl von Monopolen der großen imperialistischen Nationen abgenommen. Das trifft insbesondere auf die Textilindustrie, aber auch auf den Agrarsektor und die Nahrungsmittelindustrie zu.

Die Privatisierung ganzer Industrie-Unternehmen hat eine Ausweitung des Verlagssystems auf die industrielle Wirtschaft zur Folge gehabt. Beispielsweise wurde die Chemiefabrik Ittehad unter der Regierung der Pakistani Peoples Party (Pakistanische Volkspartei; PPP) privatisiert. Von den damals 2600 Beschäftigten erhielten nur 30 einen dauerhaften Arbeitsvertrag. Die restlichen ArbeiterInnen wurden entlassen und entweder mit zeitlich begrenzten Arbeitsverträgen – dementsprechend ohne wirkliche Arbeitsrechte – wieder eingestellt oder durch KontraktarbeiterInnen ersetzt. Zwar gelang es der dortigen Gewerkschaft, die Zahl der permanent beschäftigten ArbeiterInnen innerhalb von sechs Jahren auf 284 anzuheben, allerdings sind derartige Erfolge aktuell eine Ausnahme. Dennoch beweist es, dass selbst im

Privatsektor Gewerkschaften existieren, die Teilerfolge erringen können.

Das pakistanische Kontraktssystem, insbesondere in der Heimarbeitsindustrie, enthält viele Merkmale des Verlagssystems und der Heimarbeit/Hausarbeit in der frühkapitalistischen Entwicklung Europas, wie Marx sie im Kapital beschreibt. Allerdings handelt es sich hierbei nicht um eine Hinterlassenschaft früherer, weniger entwickelter Produktionsverhältnisse, die allmählich verschwinden würden, wie manche glauben. Im Gegenteil, die heutige Form des Verlagssystems und andere „ältere“ Formen der Ausbeutung wurden auf Betreiben imperialistischen Monopolkapitals eingeführt und dehnen sich aus. Sie werden von (Sub-)Unternehmen angewandt, die wiederum an größere Kapitale im Bereich Textilien und Einzelhandel gebunden sind, die das gesamte System finanzieren und leiten.

Dieses System beinhaltet durchaus traditionelle Formen der sozialen Unterdrückung, von der Frauenunterdrückung, über vorkapitalistische Formen der Ausbeutung wie unfreie Arbeit, Schuldknechtschaft etc., bis hin zur Unterdrückung nationaler und religiöser Minderheiten, die zum Teil Jahrhunderte zurückreichen. Dennoch sollten RevolutionärInnen und ArbeiteraktivistInnen verstehen, dass diese Elemente durch den Monopolkapitalismus aufgegriffen und erzwungen werden. Sie

reproduzieren somit
die imperialistische Aufteilung des Weltmarktes und sie
liefern an globale
Produktionsketten. Dies ist besonders wichtig, da Liberale
sowie
sozialdemokratische und stalinistische ReformistInnen diese
rückständigen
Formen als Überbleibsel vorkapitalistischer Ausbeutung und des
Patriarchats
verstehen, die durch die Einführung sozialer Reformen und
Arbeitsregulierungen
wie im Westen überwunden werden könnten.

In Wahrheit kann die Zunahme dieser
Verhältnisse nur im Zusammenhang mit der imperialistischen,
d. h. der
gegenwärtigen globalen Weltordnung verstanden werden, auch
wenn informeller
Sektor und Verlagssystem traditionelle Ausbeutungs- und
Unterdrückungsmethoden
verwenden. Die Erfordernisse des Imperialismus bilden den Kern
für die
Ausdehnung des „informellen“ Sektors, die Einsetzung des
Verlagssystems und die
Erzwingung und Verschärfung von Frauenunterdrückung und
Kinderarbeit. Daher muss der Kampf für
ArbeiterInnenrechte und die Gleichberechtigung der
Geschlechter, Nationalitäten
und Religionen aller ArbeiterInnen mit dem Kampf gegen
imperialistische
Ausbeutung Pakistans verbunden werden.

Natürlich ist die ArbeiterInnenklasse
Pakistans nicht auf den informellen Sektor beschränkt. In
Privatindustrie und

-gewerbe, in kleinen Betrieben sind ArbeiterInnen im Allgemeinen unorganisiert, aber selbst in größeren Betrieben ist ihr Organisationsgrad sehr niedrig. Die Gründe dafür sind jedoch andere als in Kleinindustrie und Handwerk. Sie sind das Ergebnis von Niederlagen, die auf die historische, dramatische Zerschlagung der linken, recht militanten Gewerkschaftsbewegung unter Zias Diktatur ab den 1970ern und auf die Durchsetzung neoliberaler Reformen nach dem Kalten Krieg zurückgehen.

Generell sind ArbeiterInnen im öffentlichen Sektor besser organisiert als in der Privatwirtschaft. Und trotz neoliberaler Reformen und Privatisierungen gibt es nach wie vor wichtige Unternehmen wie die Fluggesellschaft PIA (Pakistan International Airlines), Energieunternehmen, die Bahn und Teile des Gesundheitssektors, die sich nach wie vor in staatlichem Besitz befinden. Einige dieser Belegschaften sind relativ militant, verfügen über eine starke Stellung in der Wirtschaft und genießen Unterstützung aus der Bevölkerung wie beispielsweise die ArbeiterInnen im Gesundheitsbereich.

Gewerkschaften

und Arbeitsgesetze

Während es schwer ist, genaue Zahlen zu erheben, befindet sich die deutliche Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen im öffentlichen Dienst. Insgesamt ist die Gewerkschaftsdichte jedoch sehr niedrig und das nicht nur aufgrund des beinahe vollkommen unorganisierten informellen Sektors. Eine Erhebung von 2007 ergab, dass 1,3 Millionen ArbeiterInnen Mitglied einer Gewerkschaft sind. Während gesagt werden muss, dass diese Studie nur „anerkannte Gewerkschaften“ berücksichtigte und bedeutende Organisationen wie die LQM ausgeschlossen waren, sind dennoch nur rund 2 Prozent der pakistanischen Arbeitskräfte gewerkschaftlich organisiert. Weiterhin ist nur ein Teil davon durch kollektive Gehaltsvereinbarungen abgesichert. 2007 waren es nur 800.000 von den 1,3 Millionen. Diese Zahlen variieren deutlich, je nachdem, auf welche Quellen man sich bezieht. Doch es unterliegt keinem Zweifel, dass abgesehen von wenigen Branchen und Unternehmen die Gewerkschaften im Land klein, fragmentiert und viele von ihnen nicht einmal offiziell anerkannt sind. Viele werden nicht als Verhandlungs„partnerinnen“ akzeptiert und die meisten sind tatsächlich zu schwach, sich als solche durchzusetzen.

Während im informellen Sektor kaum Gewerkschaften zu finden sind, sind anerkannte Gewerkschaften in der Privatwirtschaft tendenziell oft von den Unternehmen, in denen sie operieren, selbst gegründet. Sie sind „gelbe Gewerkschaften“ an den Fäden der UnternehmerInnen, mit dem Zweck, andere Gewerkschaften im Betrieb zu bekämpfen oder deren Gründung ganz zu verhindern. Falls diese nicht verhindert werden kann, versuchen die Unternehmen durch die „gelben Gewerkschaften“ die Betriebswahlen der ArbeiterInnen zu gewinnen. In den schlimmsten Fällen waren derartige Gewerkschaften oder ihre FührerInnen selbst bei der Einstellung von prekär Beschäftigten beteiligt. Sie agieren dementsprechend als Teil des Verlagssystems.

Die Gewerkschaftsbewegung ist nicht nur durch ihre geringe Mitgliederzahl und die Einbindung derartiger Unternehmergewerkschaften geschwächt, sie ist auch sehr zersplittert. Es gibt insgesamt rund 8.000, meist sehr kleine Gewerkschaften und 28 Verbände. Aufgrund der geringen Größe und fehlenden Verhandlungsmacht sind nur rund 2.500 Einzelgewerkschaften tatsächlich in der Lage, Löhne und Arbeitsverhältnisse mittels anerkannter Tarifverträge auszuhandeln.

Verglichen

mit den 1970er und auch den 1980er Jahren kann man einen deutlichen Rückgang des Organisationsgrads feststellen. Zwar ist die Zahl der insgesamt gewerkschaftlich Organisierten in einigen Sektoren gestiegen, dies muss jedoch in Relation zu einer bedeutend größeren GesamtarbeiterInnenklasse als in den 1960er und 1970er Jahren gesehen werden. In wichtigen Zweigen hingegen ist der Organisationsgrad aufgrund von Privatisierung und Verkleinerung der Belegschaften in solchen Firmen zurückgegangen. Die Arbeitskräftezahlen privatisierter Industrieunternehmen sind von 90.000 (1991) auf 29.000 (2002), im gleichen Zeitraum bei Bank- und Finanzinstituten von 100.000 auf 71.000, in der Elektrizitätswirtschaft von 165.000 auf 130.000 und in der Telekommunikation von 66.000 (2007) auf 15.000 (2016) mit weiteren 7.000 in den kommenden Monaten hier bedrohten Arbeitsplätzen zurückgegangen.

Ein weiteres Problem neben der Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung sind die Arbeitsgesetze und die Reglementierungen der Gewerkschaften, die in den vergangenen Jahrzehnten eingeführt worden sind und die die ArbeiterInnenrechte immer stärker einschränken. In einer Reihe von Bereichen, insbesondere der Landwirtschaft, ist gewerkschaftliche Organisation praktisch verboten. Dies

trifft ebenfalls auf weite Bereiche des öffentlichen Dienstes, des Gesundheits- und Bildungswesens, auf Freihandelszonen und natürlich die Wirtschaftsbetriebe der Armee zu. Das bedeutet keinesfalls, dass es hier keine Auseinandersetzungen gibt. Aber sie finden unter Bedingungen statt, in denen selbst geringste Arbeitsrechte nicht gewährleistet sind.

Diese reaktionären Gesetze verleihen den Regierungen, der nationalen wie den regionalen, die Macht, die Dauer von Streikaktionen zu beschränken und die Anerkennung zu verweigern. Streiks können für illegal erklärt werden, wenn sie vorgeblich die öffentliche Ordnung gefährden oder öffentliche Dienstleistungen für die Bevölkerung einschränken. Zusätzlich können sie zum Ziel der „Anti-Terror-Gesetze“ und damit verbundener Bestimmungen werden, die es der Regierung erlauben, widerständige öffentliche Beschäftigte zu entlassen oder in andere Landesteile zu versetzen.

GewerkschafterInnen und ArbeiterInnen besonders im öffentlichen Sektor sehen sich darüber hinaus außerordentlicher Repression über den Jobverlust hinaus ausgesetzt, die von Einschüchterung zu physischen Übergriffen selbst mit Todesdrohungen reichen, falls sie ökonomische Kämpfe führen. Die Repression ist jedoch besonders hoch,

wenn sie sich in politischer Solidarität mit den national Unterdrückten oder den Opfern staatlicher Kriegstreiberei engagieren. Die Streikaktionen bei der PIA im Jahr 2016 haben gezeigt, dass selbst elementare Gewerkschaftsaktivitäten und Aktionen wie Streiks gegen die Privatisierung ihrer Fluggesellschaft dazu führen können, dass ArbeiterInnen durch Paramilitärs oder staatliche Kräfte getötet werden. Unternehmen im privaten Sektor hingegen greifen auf den Einsatz von GangsterInnen zurück, um ArbeiterInnen einzuschüchtern und sie davon abzuhalten sich zu organisieren. Im Fall der LQM taten sich Staat und Bosse ganz direkt zusammen, um zentrale FührerInnen für Jahrzehnte ins Gefängnis zu bringen mit dem klaren Ziel, ganze ArbeiterInnenorganisationen dadurch zu zerstören.

Dieses

System direkter und gewaltsamer Unterdrückung wird durch eine Reihe anderer Mechanismen ergänzt. Einerseits sind die Einbindung von GewerkschaftsfunktionärInnen und -führerInnen durch Einschüchterung, aber auch Bestechung und simple Korruption zu nennen. Auch die systematische Einbindung in Institutionen der Klassenzusammenarbeit wie das dreiteilige Absprachesystem oder gemeinsame Kampagnen für „islamische Werte“, damit sich ArbeiterInnen und Bosse mit „Respekt“ begegnen, kommen zu Anwendung. Letztere sind jedoch bisher

nicht sehr entwickelt. Während die pakistanischen Gewerkschaften schwach und zersplittert sind und die ArbeiterInnenaristokratie klein ist, gibt es dennoch eine erhebliche Zahl von GewerkschaftsführerInnen, die ihre eigenen Interessen vor jene ihrer Basis stellen. So gibt es auch in Pakistan eine, wenn auch kleine bürokratische und zur Zusammenarbeit bereite Schicht, die bedeutenden Einfluss ausübt und trotz ihres geringen Umfangs die meisten Gewerkschaften kontrolliert. Privilegien entspringen jedoch meist nicht institutionell festgelegten höheren Löhnen, sondern „kleineren“ Nebeneinkünften wie einem Auto oder Büro und natürlich noch wirksamer mehr oder weniger offener Bestechung und Korruption. Der Kampf darum, diese parasitäre Kaste ihrer Vereinnahmung der Gewerkschaften zu berauben, ist ein zentraler Bestandteil in der Wiederbelebung der bestehenden Gewerkschaften sowie der Schaffung neuer, um bisher unorganisierte Schichten zu erreichen.

Gewerkschaften und Politik

Die Niederlagen der Gewerkschaften in den 1970ern und 1980ern haben zu einer massiven Schwächung der Gewerkschaften im Privatsektor geführt, die die Hochburg der (radikalen) Linken gewesen sind, oft von MaoistInnen oder moskautreuen StalinistInnen. Der

Bedeutungsverlust

dieser Gewerkschaften und die damit verbundene Desorientierung haben nicht nur die gesamte Gewerkschaftsbewegung geschwächt, sondern auch den Einfluss der Linken innerhalb der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften im öffentlichen

Sektor sind traditionell stärker an den Staat gebunden und politisch „neutral“

oder „unpolitisch“. Sie waren auch nicht in demselben Maß von Einflussverlust

betroffen. Sie geraten aber zunehmend unter Druck, wie man anhand der Beispiele

von PIA, Bahn und WAPDA sehen kann. Trotz Ausnahmen wie bei PIA und der

Eisenbahn ist die Linke jedoch historisch schwach in diesem Bereich

aufgestellt. Dies ist nicht nur die Folge der Repression durch den Staat,

sondern auch, weil insbesondere maoistische Organisationen alle Gewerkschaften

in diesem Bereich als „reaktionär“ und „gelb“ charakterisierten. Sie forderten

diese Gewerkschaften zu Spaltungen auf und traten für den Aufbau „roter

Gewerkschaften“ ein. Diese verspätete Version der Politik der „Dritten Periode“

hat, wie üblich, tatsächlich dem Staat und der Gewerkschaftsbürokratie in die

Hände gespielt, die nach wie vor „ihre“ Gewerkschaften kontrollieren – frei von

organisierter linker Opposition. Heute sind viele dieser vermeintlich „gelben“

Gewerkschaften von Staatsangriffen betroffen und daher dazu gezwungen,

zumindest begrenzte Kämpfe zu führen.

Gerade in diesen Bereichen konnte eine gewisse Organisationsstärke beibehalten werden. Der öffentliche Dienst stellt den größten Teil des „formellen Sektors“ der Wirtschaft. Hier gibt es kollektive Verhandlungen, einen gewissen Arbeitsschutz und eine höhere Arbeitsplatzsicherheit. Er ist aber auch der Ort, an dem die ArbeiterInnenbürokratie ihre Stütze findet. Hier gibt es auch in einem begrenzten Rahmen so etwas wie Sozialpartnerschaft. Eine Reihe von gemeinsamen Dreiergremien (Tripartite) aus Staat, KapitalistInnen und Belegschaft wie die Dreiparteienarbeitskonferenz, Komitees zur Festsetzung des Mindestlohns auf Provinzebene, das Nationalkomitee für Kinderrechte und das Nationale Führungsgremium für unfreie Arbeit sowie parlamentarische oder ministerielle Gremien wie der „Sozialfonds“ beinhalten alle GewerkschaftsrepräsentantInnen.

Während die meisten Gewerkschaften formal „unpolitisch“ sind, pflegen sie oder zumindest ihre Führungen oft enge Beziehungen zu – allgemein gesprochen – bürgerlichen politischen Parteien. Das kann durch enge persönliche Verbindungen der FührerInnen, durch Mitgliedschaft in einer der Vorfeldorganisationen für ArbeiterInnen einer der Parteien oder am wahrscheinlichsten durch die

Unterstützung der jeweils regierenden Partei oder jener, die am wahrscheinlichsten die nächste Wahl in einem bestimmten Bezirke gewinnen wird, erfolgen.

Ob eine Gewerkschaft eine Partei unterstützt, und wenn ja – welche, ist durch die Führung oder den/die Vorsitzende/n bestimmt. Die Mitgliedschaft wird nicht befragt, wird in der Regel meist auch nicht informiert. Möglicherweise wissen die Mitglieder nicht einmal, welche politische Orientierung ihre Führung befürwortet. Das ist nur ein Aspekt fehlender Gewerkschaftsdemokratie und Basiskontrolle. Man kann sagen, dass die meisten GewerkschaftsführerInnen die Mitglieder als ihre AnhängerInnen statt als jene sehen, die das Sagen in der Gewerkschaft haben sollten. Daher existiert Demokratie, wenn überhaupt, nur auf einer formalen Ebene. Die meisten Mitglieder sind dementsprechend passiv und werden passiv gehalten. Aktive Teilhabe gibt es nur in Auseinandersetzungen selbst.

Zersplitterung, Schwäche und Niederlagen haben zu einer Situation geführt, in der die AnführerInnen der größeren Gewerkschaften in Bereichen, in denen sie Apparate bilden und diese institutionell an den Staat oder in seltenen Ausnahmen an Firmen binden können, aber auch die AnführerInnen

kleineren Gewerkschaften diese als „ihr“ Eigentum begreifen. Auch wenn sie sich über reale Probleme von Spaltung und geringem Organisationsgrad beschweren, wollen sie dennoch „ihre Gewerkschaften“ nicht aufgeben. Genauer gesagt wollen sie ihre Posten nicht aufgeben und sehen daher Fusionen von Gewerkschaften als potentielle, wenn nicht sogar entscheidende Gefahren.

Die Tradition der Linken ist unglücklicherweise nicht allzu verschieden von denen „gewöhnlicher“ GewerkschaftsfunktionärInnen. In von linken Organisationen geführten Gewerkschaften bringen ihre FührerInnen eine politische Orientierung ihrer Gewerkschaft auf eine linke Organisation zum Ausdruck, ohne ihre Basis zu befragen oder informieren. In diesem Sinne erklärte das Komitee für eine ArbeiterInneninternationale (KAI/CWI, deutsche Sektion: SAV) einst, eine Konföderation von rund einer halben Million Mitgliedern sei „die Gewerkschaft ihrer Sektion“, weil sie ihre Führung beanspruchte. Auch hier waren die Mitglieder über diese „Angliederung“ weder befragt noch informiert worden. Für die Arbeit und die Aktionen der Gewerkschaft machte die Angliederung praktisch keinen Unterschied.

Dies spiegelt einen weitverbreiteten Fehler vieler Gruppen der pakistanischen

Linken wider. Sie folgen oft tragischerweise, öfter jedoch als Farce den Traditionen des „roten GewerkschafterInnentums“ der ultralinken „Dritten Periode“ unter Stalin.

Unglücklicherweise missverstehen auch Organisationen trotzkistischen Ursprungs diese Politik als „kommunistische Tradition“. Tatsächlich stellt sie eine Abweichung von den revolutionären Positionen der ersten vier Kongresse der Kommunistischen Internationale dar.

Weite Teile der pakistanischen Linken lehnen einerseits den Kampf für vereinte, demokratische und klassenkämpferische Branchengewerkschaften, die alle ArbeiterInnen einer Industrie oder Branche umfassen und wiederum in einer nationalen Konföderation aller Gewerkschaften zusammengeschlossen sind, ab. Andererseits ist ihr Eintreten für „rotes“ oder „politisches GewerkschafterInnentum“ politisch hohl. Was sie in diesem Kontext als „politisch“ bezeichnen, ist nicht mehr als die formale (und manchmal von den Mitgliedern verheimlichte) Angliederung an eine politische Partei. Was jedoch vollkommen fehlt, ist eine Auseinandersetzung, um die Gewerkschaften für ein politisches Programm zu gewinnen, das die Begrenzungen „reinen GewerkschafterInnentums“ aufhebt. Dafür braucht es jedoch eine Politisierung der Aktivität und Arbeit der Gewerkschaften, die Hebung des

politischen Bewusstseins ihrer Mitglieder und Förderung der Eigenaktivität der Klasse.

Wenn man sowohl das Verhältnis zwischen Basis und Führung als auch die gewerkschaftlichen Aktionen der „linken“ mit denen der „rechten“ Gewerkschaften vergleicht, sind Unterschiede oft schwer auszumachen. Das ist die denkbar schlimmste Verurteilung für die „linke“ GewerkschaftsführerInnen in Pakistan. Sie agieren rein routinemäßig, beschränken „ihre“ Gewerkschaften auf rein ökonomische Kämpfe und Themen und vermeiden politische Klassenkämpfe. Solidarität mit anderen ArbeiterInnen drückt sich nur selten in mehr als Worten oder symbolischen Aktionen aus – wenn überhaupt. Eine derartige Herangehensweise führt nicht zu „linken“ oder „sozialistischen“ Gewerkschaften, mit welcher politischen Organisation die Gewerkschaft auch immer verbunden sein mag. Sie reproduziert nur das Modell des letztlich bürgerlichen GewerkschafterInnentums und die Trennung zwischen ökonomischem und politischem Kampf.

Die monopolisierte Kontrolle der FührerInnen, die die Basis auf „AnhänglerInnen“ reduziert, ist ein weiterer Ausdruck dessen. Eine derartige Herangehensweise reproduziert Passivität und politische Rückständigkeit unter den ArbeiterInnen.

Wenn die herrschende Klasse soziale, politische oder ideologische Angriffe durchführt, sind sie zwangsläufig isoliert und individualisiert. Das spiegelt sich im Besonderen im Umgang mit sozialer Unterdrückung wider. Innerhalb der Gewerkschaftsbewegung gibt es weitverbreitete Ignoranz oder gar offen reaktionäre Positionen zur gesellschaftlichen Unterdrückung von Frauen, Jugendlichen, nationalen und religiösen Minderheiten. Auch in der Kriegsfrage, den Positionen zu Imperialismus und demokratischen Rechten gibt es erhebliche Schwächen.

Eine zentrale Schwäche der Linken zeigt sich nicht nur in der Unfähigkeit, die Unorganisierten zu organisieren sowie die Gewerkschaften auf einer demokratischen und klassenkämpferischen Basis zu vereinigen, sondern vor allem darin, sich für den Aufbau einer Massenpartei der ArbeiterInnenklasse einzusetzen. RevolutionärInnen sollten sich das zum Ziel in den Gewerkschaften, am Arbeitsplatz, in den Städten und auf dem Land nehmen. Gerade die Gewerkschaften sollten eine zentrale Rolle in der Formierung einer solchen Partei spielen. Das Versagen der AWP dabei ist ein entscheidender Grund für ihr Stagnieren, ja ihr Schrumpfen seit ihrer Gründung. Daher bleibt sie bis heute kaum mehr als die Fusion dreier linker Organisationen, die die Führungspositionen untereinander aufgeteilt haben. Sie ist deshalb nicht in der

Lage, als ernsthafter Sammelpunkt für ArbeiterInnen, GewerkschafterInnen und ganze Gewerkschaften zu wirken, die nach einer von den bürgerlichen Parteien Pakistanische Muslimliga-Nawaz (PML-N), Pakistanische Bewegung für Gerechtigkeit (PTI) oder Pakistanische Volkspartei (PPP) unabhängigen ArbeiterInnenpartei Ausschau halten.

Die Gewerkschaftsbewegung wiederbeleben

Das Fehlen einer ArbeiterInnenpartei ist selbst ein wichtiger Grund für die Schwäche der Gewerkschaften des Landes. In Anbetracht der enormen politischen und sozialen Hindernisse, die der Arbeiterinnenklasse bei dieser Aufgabe bevorstehen, sowie dem repressiven Charakter des Staates muss uns klar sein, dass die gewerkschaftliche Organisation vieler bisher Unorganisierter selbst eine politische Aufgabe ist. Es ist ein Fehlschluss anzunehmen, dass eine neue ArbeiterInnenpartei als Ergebnis des erfolgreichen Aufbaus neuer oder der Wiederbelebung alter Gewerkschaften entstehen wird. Tatsächlich stellt die aktuelle Lage die Aufgabe andersherum. Der Aufbau von kämpfenden Massengewerkschaften und die Organisation bisher unorganisierter Schichten erfordert die Anleitung einer politischen Partei.

Die besonders schweren Bedingungen, denen sich die ArbeiterInnenklasse ausgesetzt sieht, sind selbst ein Ausdruck der krisenhaften und halbkolonialen Natur des pakistanischen Kapitalismus. GewerkschafterInnen und ArbeiteraktivistInnen, die Gewerkschaften an ihrem Arbeitsplatz oder in ihrer Branche aufbauen wollen, müssen dies in der Entwicklung ihrer Strategien anerkennen. Jede Beschränkung auf „reines“ GewerkschafterInnentum würde im besten Falle nur die Fehler der bestehenden Gewerkschaften und ihrer Vorstände wiederholen. Entweder würde es zu ultralinken Tendenzen und der Formierung „roter Gewerkschaften“, die andere Sektoren unberührt lassen, oder zu einem ökonomistischen Schema führen. Letzteres würde bedeuten, die Gewerkschaften „unpolitisch“ zu halten, die Notwendigkeit einer ArbeiterInnenpartei abzulehnen, die unabhängig von den Parteien der Bosse die Entwicklung der gesamten Gewerkschaftsbewegung als Schlüsselinstitution vorantreibt.

Revolutionäre Gewerkschafts- und Betriebsarbeit muss als Aspekt des Klassenkampfes der gesamten ArbeiterInnenklasse begriffen werden. Das Ziel dieser Arbeit ist daher auch, die Begrenzung reinen GewerkschafterInnentums zu überwinden. Das darf natürlich keinesfalls bedeuten, unmittelbare Forderungen der Arbeitenden zu vernachlässigen und dem Kampf für Reformen sowie begrenzte Verbesserungen den Rücken zu kehren. Es bedeutet jedoch, diese Kämpfe bewusst

in eine weitere
Perspektive, eine sozialistische Strategie für die Befreiung
der gesamten
ArbeiterInnenklasse, den Kampf für die sozialistische
Revolution in Pakistan
einzubetten.

Um die Schwäche und Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung
zu
überwinden, braucht es zuerst ihre gemeinsamen Aktionen. Ein
zentraler Aspekt
ist dabei die Rücknahme aller Gesetze gegen die Aktivitäten
der
ArbeiterInnenklasse oder der Gewerkschaften durch den Staat!
Es braucht eine
vereinte, politische Kampagne aller Gewerkschaften und
ArbeiterInnenorganisationen (linke Parteien, Initiativen
etc.), um dies zu
verwirklichen.

Jeder Bereichskampf, sogar jeder Versuch, ArbeiterInnen
gewerkschaftlich zu organisieren, trifft schnell auf die
Grenzen dieser
reaktionären Gesetze, auf Klagen, Schikanen, Einschüchterung,
kleinere
Übergriffe sowie den Einsatz von Polizei und
Sicherheitskräften, die
ArbeiterInnen zusammenschlagen oder töten. Jede Initiative ist
mit diesen
Problemen konfrontiert, aber sie können nicht auf Betriebs-
oder gar
Branchenebene gelöst werden. Nur eine politische
Massenauseinandersetzung, die
in den Betrieben und Gewerkschaften ihre Wurzeln hat, könnte
sich dem durch

Großdemonstrationen, Streikposten, Sitzblockaden und dem Mittel des politischen Streiks entgegenstellen.

Gleichzeitig wirft diese wie andere Forderungen der ArbeiterInnen das Problem der Organisierung der Masse der Unorganisierten auf. Trotz oder zeitweise wegen der feindlichen Bedingungen haben die GewerkschaftsführerInnen den informellen Sektor“, das Kontraktsystem und LandarbeiterInnen im Allgemeinen vernachlässigt. Auch sind Sexismus und patriarchale Ignoranz weitverbreitet. Frauenunterdrückung wird nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch in den Gewerkschaften reproduziert. Das Gleiche gilt für die Jugend, die zunehmende Bedeutung in einem Land gewinnt, wo sie einen wachsenden Teil der (arbeitenden) Bevölkerung darstellt.

Das Ringen um Erhöhung der gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen muss deshalb mit einer Kampagne Hand in Hand gehen, die Gewerkschaften für alle ArbeiterInnenschichten zu öffnen und neue in zuvor unorganisierten Sektoren zu gründen. Alle sozial Unterdrückten – Frauen, Jugendliche, nationale Minderheiten – müssen über ein Recht auf gesonderte Treffen (Caucuses) innerhalb dieser Organisationen verfügen. Dieses Recht gilt, wo sie Probleme von Sexismus, Übergriffen, Diskriminierung, nationaler oder Jugendunterdrückung

sowie religiösen Sektierertums ansprechen können. So können die Gewerkschaften und andere ArbeiterInnenschichten vorwärtsgetrieben werden, um ihren Kampf zu unterstützen, die volle Beteiligung aller dadurch zu gewährleisten und diese Formen diskriminierenden Verhaltens in der Bewegung selbst zu bekämpfen.

Wir schlagen die engste Kooperation zwischen den Gewerkschaften für diese Aufgabe vor. Diese sollte jedoch nicht nur zwischen den Führungen bestehen, sondern auch die Basis über gemeinsame Treffen, an denen auch unorganisierte ArbeiterInnen, die sich engagieren wollen, einbeziehen. Kampagnen, die sich auf die Bildung gemeinsamer Aktionskomitees stützen, könnten nicht nur den Boden für die Schaffung neuer, sondern auch die demokratische und kämpferische Vereinigung bestehender Gewerkschaften voranbringen.

Die Kampagne zur Organisierung der Unorganisierten muss Hand in Hand mit einer zwecks Vereinigung bestehender Gewerkschaften auf demokratischer Klassenkampfgrundlage gehen. Die Führung muss durch ihre Mitglieder gewählt werden. Sie muss nach unten rechenschaftspflichtig und von unten abwählbar sein. Die Führung sollte den Entscheidungen jener folgen, die sie

repräsentiert.

So kann nicht nur auf beste Weise einem bürokratischen Führungsstil und bürokratischer Politik begegnet werden, sondern auch die Beteiligung einer breiteren Basis bewerkstelligt und damit das Selbstbewusstsein und politische Niveau der gesamten Mitgliedschaft gehoben werden. Dies ist in einem Land wie Pakistan von doppelter Wichtigkeit. Streiks, Besetzungen, jegliche Aktion der ArbeiterInnenklasse sind schnell der Repression durch Staat und reaktionäre Kräfte ausgesetzt. Um dem entgegenzutreten, braucht es ein Höchstmaß an Einheit unter den beteiligten ArbeiterInnen. Organisierte Streikposten und Selbstverteidigungsgruppen sind vonnöten. Diese bedürfen jedoch einer aktiven, sich selbst organisierenden ArbeiterInnenschaft in Betrieb und Branche sowie effektiver Solidaritätsaktionen seitens anderer Sektoren, um erfolgreich zu sein.

Für uns sind demokratische Gewerkschaften kein Widerspruch zu starken und entschlossenen Führungen im Kampf. Sie gewährleisten, dass die Führung für entschlossene ArbeiterInnenforderungen und nicht für halbherzige Kompromisse eintritt. Demokratische Gewerkschaften geben entschlossenen FunktionärInnen und KlassenkämpferInnen auch die Rückendeckung einer zielstrebigen und solidarischen ArbeiterInnenbasis.

Aktuell schlagen wir nicht „nur“ einen gemeinsamen Kampf für Gewerkschaftsrechte und Rücknahme aller Anti-Gewerkschaftsgesetze vor. Wir legen hiermit auch ein Aktionsprogramm vor, um das wir unseren Kampf entwickeln, Gewerkschaften vereinigen und neue in bisher unorganisierten Sektoren schaffen wollen.

Schlüsselforderungen für die nächste Periode

Kampf dem Kontraktsystem!

- Für ein Verbot des Verlags- und Leiharbeitssystems sowie unfreier Arbeit und anderer Formen „informeller“ Beschäftigung. Alle Formen vorkapitalistischer Ausbeutung müssen abgeschafft werden.
- Alle ArbeiterInnen sollten anhand von Gewerkschaften abgeschlossenen Verträgen eingestellt werden, die von den Gewerkschaften und lokalen ArbeiterInnenkomitees überwacht werden. Anstatt der Bezahlung nach Stückraten und anderen derartigen Zahlungsformen sollte das Arbeitsverhältnis nach der Länge des Arbeitstages oder der Arbeitswoche bezahlt werden. Alle Löhne und Arbeitsbedingungen sollten unter Vereinbarungen mit der jeweiligen Gewerkschaft und den ArbeiterInnen eines Betriebs fallen. Diese Verträge müssen Mindestregeln festsetzen, so dass ArbeiterInnen unterhalb der in ihnen festgelegten Bedingungen nicht zur Anstellung genötigt werden können.

Für ein existenzsicherndes Gehalt für alle ArbeiterInnen

- Wir kämpfen für einen Mindestlohn, der in allen Provinzen, in Stadt und Land, für Frauen und Männer, jung und alt gilt sowie von den Gewerkschaften festgesetzt wird. Die Gewerkschaften müssen jede Form der ungleichen Bezahlung, die auf Geschlecht, Nationalität, Alter oder religiöser Zugehörigkeit beruht, bekämpfen.
- Wir treten für eine gleitende Skala der Löhne ein, die an steigende Lebenshaltungskosten der ArbeiterInnenklasse gebunden ist, um den Auswirkungen der Inflation entgegenzuwirken. Der prozentuale Anstieg der Löhne sollte von Komitees aus Frauen der ArbeiterInnenklasse und den Gewerkschaften bestehen. ArbeiterInnenkomitees am Arbeitsplatz und in der Gemeinde müssen die tatsächliche Erhöhung von Löhnen und die Durchsetzung des Mindestlohns kontrollieren.

Gleiche Löhne und Bedingungen für Frauen, Kampf ihrer Diskriminierung und Belästigung

- Frauen müssen den gleichen Lohn wie Männer für gleiche Arbeit erhalten. Das Gleiche gilt für Jugendliche. Kinderarbeit unter einem Mindestalter von 15 Jahren muss verboten werden. Frauen sollten nicht nur gleich bezahlt werden, sondern jeder Form ihrer Diskriminierung muss entgegengetreten werden. Frauen müssen den gleichen Zugang zu grundlegender Schulbildung und Berufsausbildung erhalten, damit sie nicht zu

überwiegend ungelernter und schlecht bezahlter Arbeit gezwungen sind. Am Arbeitsplatz und in den Gemeinden soll es ganztägige, kostenlose und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung und Kindergärten geben. Damit wäre ein erster Schritt getan, um die Doppelbelastung von Haus- und Erwerbsarbeit für Frauen zu reduzieren und die Hausarbeit selbst zu sozialisieren.

Sozialversicherung, Rente und Krankengeld

- Alle ArbeiterInnen müssen freien Zugang zu Bildung und Ausbildung, zum Gesundheitswesen, zu Krankengeld und einer Rente haben, die es ihnen erlaubt, einen durchschnittlichen Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Alle sollen einen Anspruch auf Mindesturlaub haben, der von der Arbeiterinnenbewegung festgelegt wird.
- Es bedarf massiver Besteuerung der KapitalistInnen, GrundbesitzerInnen und Superreichen, um die Verbesserung der öffentlichen Dienste, einschließlich eines breit angelegten Programms zur Ausbildung und Einstellung neuer LehrerInnen und Beschäftigter im Gesundheitswesen zu finanzieren.

Arbeitssicherheit

- Jedes Jahr werden tausende von ArbeiterInnen verletzt, dutzende, wenn nicht hunderte sterben aufgrund fehlender Sicherheitsbestimmungen und -standards am Arbeitsplatz. Daher braucht es ArbeiterInneninspektionen, die die

Sicherheitsstandards am Arbeitsplatz kontrollieren. Jene Arbeit„geber“Innen, die den Standards nicht entsprechen, müssen ohne Entschädigung enteignet und die verstaatlichten Betriebe unter ArbeiterInnenkontrolle geführt werden. Dasselbe gilt für jene Unternehmen, die die Umwelt verschmutzen, Flüsse in ArbeiterInnenvierteln vergiften und nicht einmal den bestehenden Umweltbestimmungen folgen. Auch sie sollen vor Gericht gebracht, enteignet und zur Entrichtung von Entschädigungen gezwungen werden.

Nein zu Privatisierungen, nein zum Internationalen Währungsfonds, für die Streichung aller Schulden

- Privatisierungen haben nicht nur zur massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen, der Ausweitung des Verlags- und Leiharbeitssystems und dem Rückgang gewerkschaftlicher Organisation geführt. Sie haben auch eine Verschlechterung öffentlicher Dienste und höhere Preise für die Mehrheit der Bevölkerung bewirkt. Der Staat und die imperialistischen Institutionen (Internationaler Währungsfonds, Weltbank etc.) fordern immer drakonischere Maßnahmen. Die ArbeiterInnenklasse muss dagegen in jedem Sektor vorgehen und für die Wiederverstaatlichung von privatisierten Industrien und Dienstleistungen ohne Entschädigung eintreten. Die Verbesserung bestehender Dienste muss auch hier durch die Besteuerung einheimischer wie ausländischer KapitalistInnen bezahlt werden.
- Die weitreichenden Privatisierungen und Beschneidungen von Arbeitsrechten in Pakistan sind nicht nur ein Resultat der Krise und der Interessen der heimischen herrschenden Klasse, sondern auch des ausländischen

Kapitals und der imperialistischen Institutionen. Daher kämpfen wir für die Streichung aller Auslandsschulden und die Rücknahme aller unter imperialistischen Konditionen diktierten Verträge, die dem Zweck dienen, Privatisierungen oder reaktionäre Arbeitsgesetze durchzusetzen.

Ein Programm öffentlicher nützlicher Arbeiten, ein Wirtschaftsplan im Interesse der Massen

- Die ökonomische, soziale und ökologische Krise des Landes, die Widersprüche zwischen Stadt und Land etc. kann nicht der Markt überwinden. Die Vorstellung, sie könnten auf solche Weise gelöst werden, ist utopisch.
- Die Gewerkschaften sollten ein Programm öffentlicher Arbeiten fordern, um die Infrastruktur, die Stromversorgung, den Zugang zu Wohnungen, sozialen Diensten, dem Gesundheits- und Bildungswesen zu verbessern. Das würde nicht nur Millionen neuer Arbeitsplätze schaffen, es wäre auch zu Gunsten der gesamten ArbeiterInnenklasse, der Bauern und Bäuerinnen sowie des KleinbürgerInnentums und der Mittelschichten in Stadt und Land. Ein solches Programm kann allerdings nur unter Maßgabe der Verstaatlichung der Banken, Großindustrie und -unternehmen unter ArbeiterInnenkontrolle durchgeführt werden.
- Unter ArbeiterInnenkontrolle, für die wir auf Schritt und Tritt auf allen Ebenen eintreten, verstehen wir jedoch nicht ein (reformiertes) System der sozialpartnerschaftlichen Mitbestimmung, wie es in

einigen Sektoren bereits drittelparitätisch (Staat, UnternehmerInnen, ArbeiterInnenbürokratie) existiert. ArbeiterInnenkontrolle bedeutet, dass die ArbeiterInnen – organisiert in Gewerkschaften und Komitees, gewählt von der Basis – die Entscheidungen der BesitzerInnen und des Managements kontrollieren. ArbeiterInnen können hier zu allen Entscheidungen ein Veto einlegen, die Geschäftspläne einsehen, Sicherheitsstandards, Verträge und die Geschäftsbücher überprüfen.

- Auch wenn ArbeiterInnenkontrolle in einzelnen Betrieben oder Branchen beginnen mag, beinhaltet sie doch immer eine Herausforderung an die Bosse und das Management, ihnen ihr „Recht“ über ihren Geschäftsbetrieb streitig zu machen. Daher kann sie nur zeitweilig sein. Sie wird entweder unter den Angriffen der Herrschenden eingehen, sich in Formen der Klassenzusammenarbeit institutionalisieren – oder aber sich verallgemeinern und mit dem Kampf zum Sturz des kapitalistischen Systems verbinden müssen, zur Zerschlagung des repressiven Staatsapparates und seiner Ersetzung durch ArbeiterInnen- und Bauern-/Bäuerinnenräte und für einen demokratischen Wirtschaftsplan, der die Bedürfnisse der arbeitenden Klassen an erste Stelle rückt und die Produktion gemäß dieser anstatt nach Profitinteressen organisiert.

Für eine ArbeiterInnenpartei

- Dies ist nur ein Beispiel für die Notwendigkeit, den Kampf um bessere unmittelbare Lebensbedingungen, ArbeiterInnenrechte etc. innerhalb des kapitalistischen Systems mit dem für dessen Sturz zu verbinden. Dies zeigt: Gewerkschaften, für die wir streiten, sollten

klassenkämpferische, demokratische und für alle ArbeiterInnen, unabhängig von jedweder politischen oder religiösen Überzeugung offene Organisationen sein (abgesehen von Offenheit für FaschistInnen). In ihnen ringen wir um eine revolutionäre Führung.

- Solche Gewerkschaften werden jedoch nur dann entstehen, wenn sich aktive, militante GewerkschafterInnen und alle ArbeiterInnen zusammenschließen, die nicht außerhalb der Politik stehen oder diese in den Händen bürgerlicher oder kleinbürgerlicher Parteien, seien sie „populistischer“, neoliberaler, islamistischer oder anderweitig arbeiterInnenfeindlicher Natur, belassen und ihre eigene Partei gründen wollen. Es muss eine Partei sein, die für den Aufbau von Massengewerkschaften eintritt, die mehr als nur rein ökonomische Kämpfe führen. Es bedarf einer Partei, die die Gewerkschaftsbewegung in den Kampf gegen alle Formen der Unterdrückung (Frauen, Minderheiten etc.) einbringt, sich für demokratische Rechte einsetzt, gegen Krieg, Militärherrschaft und imperialistische Weltbeherrschung eintritt. Nur eine solche Partei kann die Auseinandersetzung mit dem jetzigen System mit dem Kampf für den internationalen Sozialismus verknüpfen.

Freiheit für Kaschmir!

Gruppe ArbeiterInnenmacht, Infomail 1064, 9. August 2019

Am 5. August führten die indische rechte Regierung von

Narendra Modi und seine Bharatiya Janata Party (Indische Volkspartei; BJP) einen atemberaubenden Schlag gegen die Demokratie und das Recht auf Selbstbestimmung. Die Einführung des „Jammu-und-Kaschmir-Reorganisationsgesetzes“ 2019 ist nicht nur moralisch empörend, sondern auch verfassungswidrig.

Die formal teilautonome Provinz, die schon zuvor zu den am meisten militarisierten Regionen der Welt zählte, wurde vollständig von der Außenwelt abgeschnitten. Internet, Mobilfunk- und Festnetze wurden abgeschaltet. Selbst die lokale Polizei wurde entwaffnet. Stattdessen wurden mehr als zehntausend neue Spezialeinheiten in die Provinz geschickt. Die kaschmirischen PolitikerInnen, die bisher mit Indien zusammengearbeitet haben, wurden unter Hausarrest gestellt. Jene, die mehr Autonomie oder Unabhängigkeit wollen, wurden hinter Gitter gebracht. Öffentliche Einrichtungen und Schulen wurden geschlossen und eine Ausgangssperre verhängt.

Jugendliche und StudentInnen aus Jammu und Kaschmir, die in anderen Teilen Indiens oder in anderen Ländern arbeiten, leben und studieren, wurden von ihren FreundInnen und Familien in Kaschmir abgeschnitten.

Die Aufhebung des Artikels 370 der indischen Verfassung durch das Ober- und Unterhaus am 5. August bedeutet nichts anderes als eine vollständige Annexion von Jammu und Kaschmir. Es ist eindeutig eine Besetzung des Landes und seiner Ressourcen, bei der jedeR indische BürgerIn nun die Möglichkeit hat, Grundstücke im Staat zu kaufen, was zu einer Vertreibung der indigenen Kaschmiris führen kann. Darüber hinaus hat die Regierung die Teilung von Jammu und Kaschmir in zwei Unionsterritorien beschlossen – Jammu und Kaschmir einerseits und Ladakh andererseits.

Damit mobilisiert und stärkt sie die reaktionärsten und sektiererischen Teile der Gesellschaft. Wenn die BJP damit erfolgreich sein sollte, wird sich das sofort auf ganz Indien auswirken. Ein Tornado aus reaktionärer Propaganda, der durch das Land fegt, könnte bald Pogrome gegen ethnische und religiöse Minderheiten, insbesondere MuslimInnen, ermutigen. Tatsächlich kann davon ausgegangen werden, dass die indische Regierung diese Karte in der Hoffnung spielt, dass dies den Kampf der ArbeiterInnenklasse angesichts zunehmender wirtschaftlicher Probleme wie auch den der StudentInnen- und Frauenbewegung für demokratische Rechte schwächt, wenn nicht bricht. Die Implementierung einer Diktatur in Jammu und Kaschmir würde so zu einer Blaupause für Notstandsgesetze und militärische Sonderrechte in anderen Teilen des Landes werden.

Gleichzeitig befindet sich die indische Regierung in einer offenen Konfrontation mit Pakistan. Nicht nur ein weiterer Krieg droht, sondern, im schlimmsten Fall, ein nuklearer Vernichtungsschlag von einer oder beiden Seiten. Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, wo der Handelskrieg zwischen China und den USA neue Höhen erreicht. In den Kampf um Kaschmir wie in jenen um die Kontrolle ganz Südasiens sind beide imperialistischen Mächte stark involviert.

Als SozialistInnen und KommunistInnen von beiden Seiten der Grenze, aus Pakistan und Indien, und innerhalb Deutschlands fordern wir die ArbeiterInnenbewegungen zur größtmöglichen Unterstützung ihrer indischen Klassengeschwister im Kampf gegen die reaktionäre Modi-Regierung und zur Unterstützung des kaschmirischen Volkes im Kampf gegen dessen Unterdrückung auf. Wir sind der Meinung, dass eine solche Unterstützung folgende Forderungen umfassen sollte:

- Rücknahme des Gesetzes zur Reorganisation Jammus und Kashmirs und Rücknahme der Aufhebung von Artikel 370 durch Parlamente und Regierung!
- Abzug aller nicht-staatlichen, paramilitärischen und militärischen Besatzungstruppen aus Kaschmir – auf beiden Seiten der Grenze!
- Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen! Sofortige Aufhebung aller Einschränkungen demokratischer Rechte und Freiheiten!
- Für das Recht auf Selbstbestimmung des kaschmirischen Volkes und für eine verfassunggebende Versammlung für ganz Kaschmir, die über das Schicksal des Landes entscheidet!
- Keine Unterstützung für die reaktionären Regime von Imran Khan und Narendra Modi! Schluss mit den Waffengeschäften mit den beiden Ländern! Materielle und politische Unterstützung für die ArbeiterInnenbewegung in Kaschmir, Indien und Pakistan!

Informationen über Solidaritätsaktionen: [Stand with Kashmir](#)

Berlin: Solidaritätskundgebung, Samstag, 10. August, 14.00, Brandenburger Tor

Ukraine nach der Parlamentswahl: Neues Personal für alte Probleme

Paul Neumann, Infomail 1064, 6. April 2019

Nach der Präsidentenwahl im April 2019 hat Wolodymyr Selenskyj auch die vorgezogenen Parlamentswahlen am 21. Juli 2019 mit der absoluten Mehrheit der Sitze in der Rada (Parlament) für sich und seine neue Partei Sluha Narodu (Russisch: Sluga Naroda; Deutsch: Dienerin des Volkes) entscheiden können. Da Selenskyj in der alten Rada keine Basis zum Regieren hatte, war die vorzeitige Neuwahl nur folgerichtig. Auf diesem Stimmenergebnis will er den angekündigten tiefgehenden Wandel der ukrainischen Gesellschaft durchziehen, ohne auf parlamentarische Hindernisse zu stoßen oder auf quertreibende KoalitionspartnerInnen Rücksicht nehmen zu müssen.

Das jedenfalls erwartet nun nicht nur die Mehrheit der ukrainischen BürgerInnen. Auch die FreundInnen und FörderInnen der „unabhängigen“ Ukraine im Westen hoffen, wenn auch mit einiger Skepsis, auf einen „Neustart“. Neben allen Vorbehalten gegenüber Selenskyj

und seiner Fähigkeit zum Wandel steht nach übereinstimmendem Dafürhalten westlicher KommentatorInnen zumindest eine Siegerin schon fest: die Demokratie. Dass der Amtswechsel „friedlich“, ohne Massenschlägerei in der Rada über die Bühne gegangen ist, gilt schon als Erfolg.

Die Wahl

Auf jeden Fall ist dem öffentlichen Vernehmen nach der erste wichtige Schritt in die richtige Richtung getan. Selenskyj konnte mit seiner neuen Partei 43,16 % der Stimmen und somit 124 Mandate erringen. Zudem gewann Sluha Narodu 130 Direktwahlkreise und erhielt so insgesamt 254 von 424 Sitzen in der neuen Rada. Da fast 20 % der abgegebenen Stimmen auf Kleinparteien fielen, die an der Fünfprozent-Hürde scheiterten, reichten die 43 % für eine satte absolute Mehrheit aus.

Mit weitem Abstand zweitstärkste Partei wurde die von Russland unterstützte „Oppositionsplattform“ um den ehemaligen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Jurij Bojko und den ehemaligen Leiter der Präsidialadministration unter Leonid Kutschma, Wiktor Medwedtschuk. Sie errang 13,1 % der Stimmen und 43 Sitze in der neuen Obersten Rada. In den offiziellen Wahlergebnissen sind auch die Regionen Donezk und

Luhansk (Lugansk)
aufgeführt. Hier wird jeweils die „Oppositionsplattform“ als
Wahlsiegerin
aufgeführt, mit 43,4 % in Donezk und 49,8 % in Luhansk.
Allerdings wurden
diese Ergebnisse nicht in das offizielle Ergebnis übernommen
und Abgeordnete
aus diesen Regionen sind nicht in der Rada vertreten.

Den dritten Platz mit 8,2 % (plus 2,5 % = 300.000
Stimmen) und 26 Sitzen belegte die frühere Ministerpräsidentin
und jetzige
„Gasprinzessin“ Julija Tymoschenko (Julia Timoschenko) mit
ihrer
Vaterlandspartei, dicht gefolgt mit 8,1 % (minus 13,7 % = 2,3
Mil.
Stimmen) und 25 Sitzen von der Partei Europäischer Solidarität
von Ex-Präsident
Poroschenko. Überraschend schaffte es auch die neue Holos-
Partei (Deutsch:
Stimme) des Rocksängers Swjatoslaw Wakartschuk mit 5,8 % und
20
Abgeordneten in die neue Rada.

Bemerkenswert ist, dass die „Vereinigung aller
nationalistischer und neofaschistischer Parteien“ wie Swoboda
(Deutsch: Freiheit)
nur 4,3 % der Stimmen errang und an der Fünfprozent-Hürde
scheiterte. Die
Stimmenzahl dieser Kräfte sank von 1,1 Mil. auf 315.560.

Die Wahlbeteiligung lag bei nur 49,1 % und damit noch 3 %
unter jener der letzten Wahl im Oktober 2014, was auf eine
tiefe

Demoralisierung großer Wählerschichten deutet.

Selenskyjs Programm

Neben der Bekämpfung der vielzitierten Korruption musste Selenskyj an erster Stelle eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation versprechen. Sein Programm dazu ist allerdings eher stichwortartig und nebulös. Von einer „Neuen Wirtschaftsstrategie“, von der „Demonopolisierung der Schlüsselindustrien“, Entbürokratisierung, weiteren Privatisierungen, Vereinfachung des Steuersystems, Förderung von Forschung und Wissenschaft ist die Rede. (Siehe: <https://sluga-narodu.com/program>)

Kann man sich eine „Demonopolisierung von Schlüsselindustrien“ ohne Enteignung der Oligarchie vorstellen? Wer soll das beschließen und durchsetzen? Weitere „Privatisierungen“, die der Westen einfordert, werden neben den OligarchInnen, die man ja gerade nicht weiter stärken will, nur finanzstarke ausländische KapitalgeberInnen finanzieren können. Fördert das die nationale Wirtschaftsbasis? Die Kosten für Forschung und Wissenschaft als Grundlage einer konkurrenzfähigen Industrie werden heute auf 100 Milliarden Euro geschätzt – für moderne Universitäten und Institute, IngenieurInnen, Ausstattung und akademisches Personal. Doch

woher will die Ukraine die Ressourcen nehmen, wenn gleichzeitig die bestehenden Eigentumsverhältnisse und die Wirtschaftsordnung unangetastet bleiben?

Permanente Krise seit 2014 – als Ergebnis des westlichen Zugriffs

Seit dem Zugriff des Westens auf die Ukraine im Zusammenhang mit der rechten Majdan-Bewegung 2013/2014 und der putschartigen Regierungsübernahme durch den „Schokoladenoligarchen“ Poroschenko und dem damit vollzogenen politischen und ökonomischen Bruch mit Russland ging es wirtschaftlich steil bergab. Das Land wurde faktisch gespalten. Der seit 2014 andauernde Bürgerkrieg im Donbas (Russisch: Donbass; Deutsch: Donezbecken) hat nicht nur tausenden UkrainerInnen auf beiden Seiten das Leben gekostet, sondern die Wirtschaft noch weiter zerstört. Lag 2013 das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf bei ca. 4.000 US-Dollar, so ist es bis 2018 auf 2.960 US-Dollar gesunken. Damit befindet sich das Land auf dem Niveau von Laos, den Philippinen und Ägypten. In Europa weist nur die Republik Moldau (Moldawien) ein geringeres BIP pro Kopf auf.

Die Hinwendung zu EU und USA hat bisher kaum Früchte getragen. Im Gegenteil, die Folgen sind fatal: Über 3

Millionen Menschen haben die Ukraine dauerhaft verlassen und ca. 9 Millionen arbeiten zumindest zeitweise im Ausland, davon 1,5 Millionen im benachbarten Polen. Die Auslandsinvestitionen lagen 2018 bei bescheidenen 800 Millionen US-Dollar. Das bisherige Einbindungsprogramm in die EU ist vollkommen gescheitert. Das muss auch die EU-Kommission eingestehen. Deshalb pflegt sie inzwischen diplomatische Redewendungen in der Art, dass die „Reformen nachhaltiger und glaubwürdiger“ gestaltet werden müssten.

Die Auslandsschulden betragen ca. 130 Milliarden US-Dollar, nicht eingerechnet die unzähligen Milliarden an Sonderkrediten für die Modernisierung der ukrainischen Armee, um die Aufrechterhaltung der Front im Osten gegen die russlandfreundlichen Milizen der Regionen Donezk und Luhansk (Donbas) zu gewährleisten. Die Militärförderung bildet zugleich die Grundlage für eine strategische Etappe im Aufbau einer weiteren NATO-Basis gegen Russland und China.

De facto ist die Ukraine bankrott und zahlungsunfähig. Ihre Zahlungsfähigkeit wird nur mit weiteren Krediten der westlichen Regierungen aus politischen Gründen aufrechterhalten. Damit steckt sie zugleich fest in der Schuldenfalle, dem Würgegriff westlicher Staaten und des internationalen Finanzkapitals.

Dieser Würgegriff bestimmt im Wesentlichen den Handlungsrahmen von Präsident Selenskyj für sein Modernisierungsprogramm von Wirtschaft und Gesellschaft, verbunden mit den bekannten „Sparprogrammen“ bei Renten, Löhnen, Gesundheitswesen und anderem „Sozial-Klimbim“ auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Auch wenn Selenskyj in seinem Wahlprogramm höhere Renten und den Ausbau des Gesundheitswesens versprochen hat, wird er kaum die Mittel gegen den Widerstand der westlichen GläubigerInnen aufbringen können.

Außerdem befinden sich die faschistischen und halb-faschistischen Kräfte trotz Wahlschlappe weiter in Lauerstellung. Rassistische Angriffe, Morde und Übergriffe sind weit verbreitet. Als 2018 Nazi-Banden ein Roma-Lager überfielen und mehrere Männer, Frauen und Kinder töteten, war das den hiesigen Medien nur eine Randnotiz auf den hinteren Seiten wert. Westliche JournalistInnen gaben sich auffallend große Mühe, diese Folgen westlicher Politik zu ignorieren.

Am 18. Juni absolvierte Selenskyj seinen Antrittsbesuch als neuer ukrainischer Präsident in Berlin. Brav gab er gegenüber Kanzlerin Merkel sein Treuebekenntnis zu Marktwirtschaft, EU und NATO ab und forderte schärfere Sanktionen gegenüber Russland. Anschließend teilte ihm der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft, Wolfgang Büchele, mit, was in der Ukraine zu

geschehen habe: „Wichtig ist aus Sicht von Investoren besonders ein durchsetzungsfähiges unabhängiges Justizsystem.“ Und „ein verlässlicher Rechtsrahmen und eine Gleichbehandlung von in- und ausländischen Investoren ist die Grundlage für eine vertiefte Zusammenarbeit.“

Damit sind die Eckpunkte des Programms von Selenskyj weitgehend abgesteckt. Es hat die Infrastruktur für westliche Investitionen deutlich zu verbessern. Wenn Selenskyj seinen Auftrag erledigen und Investitionen erfolgen sollten, steht der Platz der Ukraine in der internationalen Arbeitsteilung schon fest: als weiteres halbkoloniales Billiglohnland in der Kette der verlängerten Werkbänke der deutschen/EU-Industrien in der Einflussregion in (Süd-)Osteuropa. Das alleine ist die kapitalistische Perspektive für die Ukraine.

Bedenken hegt die deutsche bürgerliche Öffentlichkeit auch, ob die Mehrheiten in der Rada für die notwendigen Gesetzes- und Verfassungsänderungen zur Durchsetzung der Reformen überhaupt zustande kommen, zumal für eine Verfassungsänderung eine Zweidrittel-Mehrheit notwendig ist. Auch an der Haltung zu seinem Haus-Oligarchen Kolomojskyj (Kolomoiski) aus Dnipro (Dnepropetrowsk) will SPIEGEL online „Selenskyi mit seinen Reformversprechen“ testen.

Ebenfalls sickern schon Gerüchte durch, dass sich die nun überflüssigen Abgeordneten der abgewählten Parteien längst in der neuen Partei

Sluha Narodu eingemischt haben und ihre Saläre weiterhin von diversen

OligarchInnen beziehen (DLR, 22.7.2019). Das alte System ist zäh und widerborstig

und ist nicht gewillt sich einfach abwählen zu lassen, solange die Interessen,

die es tragen, noch lebendig sind.

In Russland hat die Wahl in der Ukraine eine große Aufmerksamkeit erfahren. Am Wahltag berichtete das russische Staatsfernsehen

den ganzen Tag live. Die staatstragenden KommentatorInnen gaben das Interesse

des russischen Staates vor: Russland ist zu Gesprächen mit Selenskyj bereit.

Außer über die Krim, deren Eingliederung von zentraler strategischer Bedeutung

für Russland ist, könne über alle Themen gesprochen werden. Vorstellbar ist,

dass der Krieg im Donbas beendet werden kann, wenn der Westen die Sanktionen

gegen Russland aufhebt.

Perspektive – Kampf für die Interessen der ArbeiterInnenklasse

Auch die ukrainische ArbeiterInnenklasse wird bald ihre Illusionen in den Westen ganz praktisch verlieren. Besonders die führenden

Länder des westlichen Imperialismus können ihre eigenen

Profitraten nur noch
aufrechterhalten, wenn sie weiter und weiter halb-koloniale
Länder und Regionen
in ihre Produktionsketten einbinden. Der einzige Maßstab dabei
ist: billiger
produzieren.

Selbst wenn die Investitionen in die Ukraine doch noch
kommen sollten, so zeigt ein Blick nach Bulgarien und
Rumänien, welche Zukunft
damit verbunden wäre. All die versprochenen Reformen und der
Kampf gegen die
Korruption, die als westliche Rezepturen gepriesen und
eingefordert und den Menschen
als Heilmittel für ihre jämmerliche Existenz gepredigt werden,
drücken nur die
Interessen des internationalen Kapitals und der ukrainischen
Eliten aus. Es
geht alleine um die Optimierung der Ausbeutung dieser Länder
für die
imperialistischen Mächte und eine korrupte nationale
politische und ökonomische
Elite sowie um deren geostrategische Einbindung im Kampf um
die Neuaufteilung
der Welt.

Dagegen muss sich heute die ArbeiterInnenklasse vorbereiten
und rüsten durch den gemeinsamen Kampf gegen die Kürzung der
Löhne und Renten,
gegen Einsparungen im Gesundheitswesen, gegen Erhöhung der
Energiekosten und
Mieten, für die Verstaatlichung von Monopolen, Banken, die
Energiewirtschaft
unter ArbeiterInnenkontrolle, gegen jegliche Privatisierungen,
gegen Aufrüstung,

mittels Selbstverteidigung gegen faschistische Angriffe.

Einen entscheidenden Punkt stellt dabei der Kampf gegen die weitere Kriegsmobilisierung gegen den Osten der Ukraine dar – wie umgekehrt gegen die Dominanz des russischen Imperialismus im Donbas. Dieser erfordert freilich den Bruch mit allen bürgerlichen Kräften – nicht nur mit Selenskyj und den pro-westlichen Parteien, sondern auch mit der pro-russischen „Opposition“. Nur auf dieser Basis es möglich, eine revolutionäre ArbeiterInnenpartei in der Ukraine aufzubauen und die politische Krise der Klasse zu überwinden.

Brasilien: Politisches Lumpenpack!

[Liga Socialista](#), Infomail 1063, 25. Juli 2019

Mit einer entscheidenden Abstimmung billigte das brasilianische Repräsentantenhaus am 8. Juli 2019 mit 379 Ja-Stimmen und 131 Nein-Stimmen den Grundtext der „Reform“ der sozialen Sicherheit. Die Debatte war im Plenum heftig geführt worden, wobei die Opposition große Anstrengungen unternahm, um diese Katastrophe zu vermeiden.

Die Umsetzung der Reform würde die Zerstörung des Sozialversicherungssystems des Landes bedeuten. Von nun an müssen die Arbeit„nehmer“Innen etwa zehn Jahre länger arbeiten, um mit einer Rente in den Ruhestand zu gehen, von der sie leben können. Darüber hinaus könnte die Höhe der Rente der Hälfte des bisherigen Gehalts entsprechen. Die Renten, die Ehemänner für ihre Witwen hinterlassen, betragen die Hälfte des Mindestlohns. Damit droht eine verheerende Situation im Land.

Wir müssen die Mitglieder des Parlaments unter die Lupe nehmen, die für diese Reform gestimmt haben. Während der gesamten Debatte bestanden sie darauf, dass Privilegien abgeschafft werden sollten und die Reform notwendig sei, um zu verhindern, dass das Land auseinanderfällt.

Dieses Lumpenpack! Gleichzeitig mit ihren Reden, in denen sie scheinheilig erklärten, dass BeamtenInnen und LehrerInnen privilegiert seien, wurde die Tatsache verschleiert, dass die Sonderkommission des Parlaments, die die Reform der Sozialversicherung analysierte, die Steuerbefreiung für die AgrarexporteurInnen wieder eingeführt hat, was ohne dieses Geschenk zu einem Steueraufkommen von rund 84 Milliarden Real geführt hätte.

Viele dieser Abgeordneten, die sagen, dass das Land vor einem finanziellen Zusammenbruch stand und es sich einfach

nicht mehr leisten konnte, die Renten zu zahlen, verteidigten und genehmigten das Repetro-Gesetz, das während der Regierung Temer verabschiedet wurde, das Ölgesellschaften, die das Gebiet über und unter den Salzsichten ausbeuten, Steuervorteile gewährte und bis 2040 wirksam ist. Diese Befreiungen werden zu Steuerausfällen von rund 1 Billion Real führen.

Wenn es dem Land an Geld mangelt, was ist dann mit dem Vermögen von hohen RegierungsbeamtInnen, Abgeordneten und SenatorInnen? Werden sie ihre Rentenansprüche und andere Privilegien aufgeben? Also, für wen war die Reform wirklich notwendig?

Diese Reform wurde durchgeführt, um den Bedürfnissen von Geschäftsleuten und Bankiers gerecht zu werden, denen dieser Ausgabenposten des Haushalts immer ein Dorn im Auge war. Ein Sozialhaushalt, der den ArbeiterInnen im Alter, bei Unfällen oder Krankheiten helfen sollte, wurde von den wirklich Privilegierten – Geschäftsleuten, Bankiers und AgroexporteurInnen –, die ihn in die Finger bekommen wollten, immer als Hindernis angesehen. Jetzt wird der Staat mehr Geld haben, um es auf Kosten der Gesellschaft an diese ParasitInnen zu verteilen.

Klassenwahl

Offensichtlich war die Abstimmung im Parlament eine Klassenwahl: eine Abstimmung für die Reichen und Superreichen, für das bürgerliche Establishment, für die Bankiers, Industriellen und das Agrobusiness, für das brasilianische und internationale Kapital. Es ist kein Wunder, dass alle bürgerlichen Parteien, die Stützen der Regierung sowie die traditionellen Parteien der brasilianischen Elite für die „Reform“ gestimmt haben. Es ist auch kein Zufall, dass eine beträchtliche Anzahl der „Mitte-Links“-Mitglieder von PDT (Demokratische ArbeiterInnenpartei) und PSB (Partido Socialista Brasileiro) ebenfalls dafür gestimmt hat, obwohl die Führungen dagegen sprachen. Nur die Abgeordneten der reformistischen und linken Parteien PT (ArbeiterInnenpartei), PSOL (Partei für Sozialismus und Freiheit) und PCdoB (Kommunistische Partei von Brasilien), die behaupten, die ArbeiterInnenklasse zu vertreten und historisch und organisatorisch mit den ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegungen verbunden sind, stimmten gegen diesen historischen Angriff auf die sozialen Rechte.

Unser Kampf kann und darf nicht hier enden. Wir müssen den Widerstand der ArbeiterInnenklasse weiterhin organisieren und mobilisieren. Die Abstimmung im Kongress war nur der erste Akt. Es wird nun eine längere Zeit der Änderungen und Ergänzungen geben, bis am 6. August eine weitere Abstimmung im

Kongress stattfinden wird. Wenn es noch eine Mehrheit dafür gibt, wird das Gesetz an den Senat, die zweite Kammer des Parlaments, am 8. August übergeben.

Natürlich können wir nicht erwarten, dass der Kongress, geschweige denn der Senat, die Rentenkürzungen aufgibt. Es wird viel „Kuhhandel“ geben, wo dieser oder jener Beruf (z. B. Lehrerschaft und Polizei) zusätzliche Regeln erhalten wird, wo das Mindestalter für den Ruhestand oder die Formel für die Beziehungen zwischen Beitragsdauer und Rentenniveau angepasst wird. Wir können mit Sicherheit erwarten, dass dies zum Schaden der Bevölkerungsmehrheit geschieht, auch wenn es einige Verbesserungen für Schichten der Gesellschaft geben wird, die von bestimmten Parlamentsfraktionen unterstützt werden. Wir können uns bei diesen Verhandlungen keinerlei Illusionen machen! Nur Massenmobilisierungen an den Arbeitsplätzen, in den Büros und auf den Straßen können die derzeitige Offensive von Regierung und Bürgertum stoppen.

Die CUT, der größte und wichtigste Gewerkschaftsdachverband des Landes, hat zu Massenversammlungen im Juli und zu einer Protestwoche vom 5. bis 12. August aufgerufen, die am 13. August in einem „Tag des Kampfes gegen die Rentenreform“ gipfelt, um das Land zum Stillstand zu bringen.

Es liegt auf der Hand, dass sich alle linken und ArbeiterInnenparteien und die sozialen Bewegungen, die StudentInnen, die Frauenbewegung, die Landlosen, die Bauern/Bäuerinnen und indigenen Völker sowie die Obdachlosenbewegung zusammenschließen sollten, um eine massenhaft vereinte Front gegen die Rentenreform aufzubauen. Wir, die Liga Socialista, schlagen vor, Aktionsräte an allen Arbeitsplätzen und in allen Büros, an den Schulen, Universitäten, in den ArbeiterInnensiedlungen, den Favelas, in Stadt und Land zu bilden, um die Aktion vorzubereiten, zu organisieren und zu leiten. Die Räte sollten von Massenversammlungen gewählt werden, ihrer Basis rechenschaftspflichtig und von ihr abrufbar sein und die Grundlage für eine nationale, demokratische Koordination des Kampfes bilden.

Die „Aktionswoche“ ist ein positiver Schritt nach vorne. Aber aus der Vergangenheit wissen wir, dass temporäre und begrenzte Maßnahmen, auch wenn es sich um einen eintägigen Generalstreik handelt, die Regierung und die Bosse nicht aufhalten werden. Wir müssen einen unbefristeten Generalstreik zur Rücknahme des Gesetzes einleiten und organisieren und er muss auf den Aktionsräten basieren. Um Provokationen und Angriffe der extremen Rechten, paramilitärischen bzw. (proto)faschistischen Kräfte oder der Polizei zu stoppen, muss die Bewegung eine Selbstverteidigung in großem Stil organisieren.

Eine solche Bewegung könnte natürlich nicht nur die Rentenreform stoppen, ein solcher unbefristeter Generalstreik würde auch die Frage der Macht aufwerfen, die Frage, welche Klasse die Gesellschaft führt und in wessen Interesse.

Wichtig ist, dass wir wissen, wie wir den Kampf gegen das Gesetz zu einem für eine sozialistische Gesellschaft eskalieren können, dass wir bereit sind, einen Verteidigungskampf und einen Generalstreik in einen Machtkampf zu verwandeln. Vom Widerstand zur Revolution!